

KONZERN

LANDKREIS

LIMBURG-WEILBURG



BETEILIGUNGSBERICHT

2017

Guten Tag,

mit der 14. Auflage des Beteiligungsberichts bieten wir auch im Jahr 2017 in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2016. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2016).



Der Bericht enthält die Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter www.landkreis-limburg-weilburg.de erhältlich.

Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im Dezember 2017

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Manfred Michel'. The signature is fluid and cursive, written over a light blue horizontal line.

Manfred Michel
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1	Grundsätzliche Informationen.....	1
1.1	Beteiligungsbegriff in diesem Bericht	1
1.2	Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung	2
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen.....	3
1.4	Erklärungen zur Rechnungslegung.....	4
1.5	Übersicht der Beteiligungen	7
2	Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe.....	9
2.1	Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	11
2.2	Abwasserverband Christianshütte.....	25
2.3	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg.....	27
2.4	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH.....	33
2.5	KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach	37
2.6	Kreishallenbad Weilburg GmbH.....	41
2.7	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	45
2.8	Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH.....	55
2.9	FrankfurtRheinMain GmbH.....	61
3	Sparkassen.....	69
3.1	Kreissparkasse Limburg.....	71
3.2	Kreissparkasse Weilburg	77
3.3	Nassauische Sparkasse.....	79
4	Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)	83
4.1	Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	85
4.2	Nassauische Heimstätte.....	87
4.3	Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.....	91
4.4	Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH.....	97
4.5	Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG.....	105
4.6	Vereinigte Volksbank Limburg eG.....	105
4.7	Frankfurter Volksbank eG	105

4.8	Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	107
4.9	ZVN Finanz GmbH	115
5	Zweckverbände.....	119
5.1	Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L.	121
5.2	Zweckverband Naturpark Taunus.....	125
5.3	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	127
6	Jobcenter	129
6.1	Jobcenter Limburg-Weilburg	131
7	Mittelbare Beteiligungen	135
7.1	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	137
7.2	clinicpartner eG.....	141
7.3	Hallenbad Diez-Limburg GmbH.....	143
7.4	Klinikverbund Hessen e. V.....	149
7.5	KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH.....	155
7.6	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH	159
8	Mitgliedschaften, Verbände und Vereine	163
8.1	Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2016	165
8.2	Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.....	169
8.3	Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.....	173

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:

Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.

In diesen Bericht werden deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2014 bis 2016.

Änderungen, die erst im Jahr 2016 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.

Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt.

Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d. h., nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1

Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).

Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h., von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf

das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe: die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstandsvorstand und die Versammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc.

das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt. Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h., eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt – dar.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

1.5.1 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter / Träger / Mitglied	Seite
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	137
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	141
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	169
FrankfurtRheinMain GmbH	-	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	105
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	33
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	85
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	143
Jobcenter Limburg	-		131
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	149
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	41
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	45
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	71
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	173
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	155
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine		Landkreis Limburg-Weilburg	163
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	79
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	159
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	91
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	105
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	105
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	115
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	125
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	127

1.5.2 Beteiligungen nach Bereichen und in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligung	Anteil	Gesellschafter/Träger/Mitglied	Seite
Banken und Sparkassen			
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	105
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	71
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	79
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	105
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	105
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	115
Bildung und Beschäftigung			
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	137
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	33
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	173
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	159
Entsorgung und Versorgung			
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	127
Gesundheit			
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	141
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	149
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	45
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	155
Immobilien, Dienstleistungen			
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
KIG II Kreisimmobilien-gesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	91
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
Jobcenter Limburg			131
Verkehr			
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Wirtschaft, Kultur und Freizeit			
FrankfurtRheinMain GmbH	-	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	169
Gesellschaft Hochtanusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	85
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	143
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	41
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	125

**2 Beteiligungen
(Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg
am Stammkapital von mehr als 20%)
und Eigenbetriebe**

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach
Homepage:	www.awb-lm.de
Rechtsform:	Der Abfallwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb des Landkreises wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und der Abfall- und Gebührensatzung als Eigenbetrieb geführt
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg 100 %
Stammkapital:	971.454,58 Euro
Gründungsjahr:	15.12.1995
Betriebssatzung:	beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand und Zweck des Unternehmens:

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sowie der Abfall- und Gebührensatzung sicher. Hierzu gehören folgende Aufgaben:

- a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
- b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
- c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
- d) die Abfallberatung,
- e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Bernd Caliarì	
Betriebskommission:	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Doris Reifenberg	
	Rüdiger Brühl	(bis 08. Juli 2016)
	Dr. Ralf Bletz	(bis 08. Juli 2016)
	Armin Müller	(bis 08. Juli 2016)
	Jürgen Dumeier	(bis 08. Juli 2016)
	Oliver Jung	(bis 08. Juli 2016)
	Reinhold Ketter	
	Valentin Bleul	(ab 08. Juli 2016)
	Burkhard Hölz	(ab 08. Juli 2016)
	Peter Trottmann	(ab 08. Juli 2016)
	Peter Rompf	(ab 08. Juli 2016)
	Kerstin Weyrich	(ab 08. Juli 2016)
	Michael Franz	
	Horst Kaiser	
	Michael Ott	(bis 10. Mai 2016)
	Sebastian Jeuck	(ab 08. Juli 2016)
	Carmen Steger	

Bezüge

Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betragen im Geschäftsjahr 2.607,85 Euro. In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Anlagevermögen	9.727.470,55	9.721.031,89	10.302.907,70
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.201,00	2.155,00	4.483,00
Vorräte	30.509,00	29.688,86	29.688,86
Forderungen	8.853.600,91	8.579.735,46	8.513.500,20
Wertpapiere	44.000.000,00	40.000.000,00	36.000.000,00
Kassenbestand	1.348.773,26	1.826.356,57	1.854.031,50
Rechnungsabgrenzungsposten	21.895,87	21.426,39	21.750,53
Summe Aktiva	63.983.450,59	60.180.394,17	56.726.363,79
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Stammkapital	971.454,58	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rücklagen	1.255.007,26	897.919,99	2.181.622,54
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	25.473,56	357.087,27	-1.283.702,55
Sonderposten mit Rücklageanteil	64.677,97	77.638,96	88.199,95
Rückstellungen	56.395.310,00	52.248.482,00	48.720.569,89
Verbindlichkeiten	5.271.527,22	5.627.811,37	6.048.219,38
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Summe Passiva	63.983.450,59	60.180.394,17	56.726.363,79

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Umsatzerlöse	20.087.923,03	19.493.485,98	19.345.857,08
+ sonstige betriebliche Erträge	173.905,74	114.142,43	115.184,08
- Materialaufwand	1.839.888,54	11.564.392,84	12.797.985,80
- Personalaufwand	1.611.221,05	1.392.981,38	1.387.144,18
- Abschreibungen	985.066,00	972.967,07	961.251,36
- sonstige betriebliche Aufwendungen	16.635.064,81	6.253.575,80	6.662.530,44
+ Erträge aus Wertpapieren	1.105.208,56	1.208.488,06	1.279.654,23
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.403,01	24.219,59	50.579,46
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	246.387,08	263.055,24	248.558,64
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	13.300		
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	15.039,30	16.676,46	17.506,98
Jahresgewinn/-fehlbetrag	25.473,56	376.687,27	-1.283.702,55

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

1. Allgemeines

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 15.12.1995 wurden die dem Landkreis obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf den mit Wirkung zum 01.01.1996 geschaffenen Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) des Landkreises Limburg-Weilburg übertragen.

Der AWB wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

2. Einrichtungen

Der AWB betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüll-ähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt die Behandlung der Restabfälle im mechanisch-biologischen Verfahren in der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG, Rennerod.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Hausmüll, Sperrmüll, Bauschutt, Erde, Asbestabfälle, Bitumenabfälle, Mineralfaserabfälle, Altholz, Metall, Papier und Pappe, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststoffe, Flachglas, Autobatterien, CDs, DVDs,

Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien sowie Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser) und Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen, Solarmodule und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Auch die Entgasung der Deponie wird in Eigenregie des AWB durchgeführt.

Die Verwertung des Deponiegases wurde bis zum Ende des Jahres 2016 in Form eines Betreibermodells durchgeführt. Mit der Inbetriebnahme der neu angeschafften Gasverwertungsanlage wird jetzt auch die Gasverwertung in Eigenregie durchgeführt.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die kreiseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach.

Ab dem Jahr 2016 werden die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten vom Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung durchgeführt.

Im Jahr 2016 wurde das gesammelte Altpapier von der REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Südwest einer Verwertung zugeführt. Ab dem Jahr 2017 hat die Bördner GmbH Städtereinigung diese Leistung übernommen.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die B-F Sonderabfall GmbH & Co. KG eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2016 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft zerlegt.

3. Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg“ vom 13. Dezember 2013 erhoben.

Seit dem 01.07.2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 17.808 T€. Hiervon entfielen 17.133 T€ auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll, 543 T€ auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 103 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 266 T€ über der Einnahme des Jahres 2015 (inkl. 29 T€ Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken).

4. Abfallmengen

Im Jahr 2016 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 96.236 Mg Abfall überlassen.

Von dieser Menge wurden 51.254 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 749 Mg gestiegen. Im Jahr 2016 wurden 24.282 Mg Bioabfall (plus 322 Mg), 13.352 Mg Altpapier (plus 615 Mg), 3.498 Mg Altglas (plus 172 Mg), 4.013 Mg Verkaufsverpackungen (plus 68 Mg) und 1.475 Mg Haushaltsgeräte (minus 189 Mg) gesammelt und verwertet. Weiterhin wurden 1.292 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 45 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 44.891 Mg an gemischten Abfällen überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Zunahme von 1.158 Mg. Von dieser Menge entfielen 39.265 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.626 Mg auf Sperrmüll.

Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 38.997 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt. Aus dieser Menge konnten 22.634 Mg Ersatzbrennstoff und 1.688 Mg Altmetalle gewonnen werden. 3.879 Mg verblieben als mineralischer Rest und wurden beseitigt. Die Differenz zur Ausgangsmenge entfällt auf das während der Behandlung verdunstete Wasser.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in zehn Materialfraktionen sortiert. Von den Sortierfraktionen wurden 136 Mg Abfall einer stofflichen und 5.490 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt.

Über die Sonderabfall-Kleinmengensammlung wurden 90 Mg Schadstoffe erfasst. Von dieser Menge wurden 29 Mg (Batterien, Öle, Fette und Fotochemikalien) einer Verwertung zugeführt.

Von der im Jahr 2016 überlassenen Menge von 96.236 Mg Abfall konnten 91.934 Mg verwertet werden. 4.302 Mg wurden beseitigt, davon 4.184 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselich.

5. Personal

Der Stellenplan 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 33 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 6 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleitung), 9 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 15 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen.

Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Im Jahr 2015 betrug der Personalaufwand 1.605 T€, davon entfallen 1.252 T€ auf Gehälter und 353 T€ auf den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse.

Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 8 T€ verausgabt.

6. Stand der Bauvorhaben

Das aus dem Jahr 1998 stammende Deponiegaskraftwerk wurde im Herbst 2016 durch ein modernes Kraftwerk mit einem 20 % höheren Wirkungsgrad ersetzt. Weiterhin verfügt das Kraftwerk über eine Aktivkohlefiltration zur Verbesserung der Emissionswerte.

Als nächste Deponiebau Maßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie ebenfalls ein Bestandteil der Nachsorge.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

In den Jahren 2017/18 ist die Erneuerung des Büro- und Verwaltungsgebäudes vorgesehen. Das neue Gebäude soll das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude sowie den aus dem Jahr 1990 stammenden Wiegecontainer ersetzen

7. Vermögenslage

Das Stammkapital des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich auf 971.454,58 Euro. Die Gebührenausschleichsrücklage aus den Vorjahren beläuft sich auf 1.255.007,26 Euro. Insofern ergibt sich per 31.12.2016 unter Berücksichtigung des Gewinns aus dem Wirtschaftsjahr 2016 von 25.473,56 Euro ein positiver Kapitalbetrag in Höhe von 2.251.935,40 Euro. Die in der Bilanz zum 31.12.2016 passivierten zweckgebundenen Sonderposten mit Rücklageanteil aus erhaltenen Zuschüssen betragen 64.677,97 Euro.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens und sonstigen liquiden Mitteln beträgt 1.348.773,26 Euro (Vorjahr: 1.826.356,57 Euro). Der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens hat sich von 40.000.000 Euro auf 44.000.000,00 Euro erhöht. Daneben haben sich die Verbindlichkeiten an Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 331.220,80 Euro auf 4.123.183,14 Euro vermindert. Insgesamt ergibt sich somit eine Verbesserung der Finanzlage in Höhe von ca. 3,9 Mio. Euro.

Die Summe der Rückstellungen beläuft sich auf 56.368.760,00 Euro. Hiervon entfallen auf die Rückstellung für die Nachsorge und Rekultivierung der Deponie 55.881.365,00. Für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaubsrückstellungen, Überstunden, Archivierungskosten, Steuerrückstellungen und Sonstige wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 224.110 Euro gebildet. Für Rückzahlungen, die noch entsprechend dem im Gebührenstreitverfahren erzielten gerichtlichen Vergleich zu leisten sein können, wurden 902,00 Euro zurückgestellt. Für den Rückbau der Kompostierungsanlage Gräveneck nach Aufgabe einer dauerhaften Nutzung wurde eine Rückstellung in Höhe von 262.383,00 Euro gebildet.

An den Landkreis Limburg-Weilburg besteht zum 31.12.2016 eine Forderung in Höhe von 7.174 T€.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen kurzfristigen Verpflichtungen bestehen in Höhe von 1.099 T€.

8. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 526 T€ auf 20.088 T€ gestiegen.

Die Gesamterträge einschließlich der Zinsen beliefen sich 2016 auf 21.371 T€ und lagen damit 460 T€ unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes. Ursache hierfür sind insbesondere die geringeren Einnahmen aus der Haushaltsgebührenveranlagung in Höhe von 718 T€, bedingt durch die nicht umgesetzte Gebührenerhöhung, sowie geringere Erlöse aus Direktanlieferungen in Höhe von 108 T€. Dem gegenüber standen Verbesserungen bei den periodenfremden Erträgen aufgrund von Endabrech-

nungen der Vorjahre über die Pachtzahlungen der Gemeinde Beselich in Höhe von 139 T€ sowie Mehreinnahmen aus der Altpapiersammlung in Höhe von 199 T€.

Bei den bezogenen Leistungen wurden mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1.697 T€ ca. 496 T€ eingespart. Davon entfallen auf die Betreiberentgelte für die Kompostanlagen 449 T€.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden 102 T€ geringere Aufwendungen verbucht. Davon entfallen auf Instandhaltung Fuhrpark und Maschinen 64 T€, auf Instandhaltung Deponie 27 T€ sowie Öffentlichkeitsarbeit 15 T€.

Bei den Personalkosten wurden 27 T€ und bei den Abschreibungen 130 T€ geringere Kosten realisiert.

Der Gesamtbetrag aller Aufwendungen liegt mit 21.346 T€ insgesamt ca. 720 T€ unter dem Planansatz von 22.066 T€.

Die Abschreibungen wurden 2016 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter bzw. auf den voraussichtlichen Schließungstermin der Deponie im Jahre 2020 ermittelt.

Der Jahresgewinn beläuft sich auf 25 T€. Er liegt damit um 259 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 234 T€.

9. Ausblick und Risikoabschätzung

Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2017 auf Basis der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 16. Dezember 2016. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schülleremann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet. Dabei wurden die Vorgaben aus dem Beschluss VGH vom 8. September 2005 berücksichtigt. Für das Jahr 2017 ergaben sich im Bereich der Haushalte um 1,5 bis 2 Prozent höhere Gebühren. Verursacht wird dieser höhere Bedarf im Wesentlichen durch die gestiegenen Kosten der Abfallsammlung.

Im Rahmen des vom Landkreis für die Jahre 2016 und 2017 aufgestellten Doppelhaushalts hat auch der AWB eine Planung für diese zwei Jahre erstellt. Für das Wirtschaftsjahr 2017 sind 21.753 T€ Gesamterträge geplant. Denen stehen Aufwendungen von 22.218,30 T€ gegenüber. Somit ist ein Verlust in Höhe von 465,3 T€ geplant. Dieser Verlust kann aus der Gebührenausgleichsrücklage abgedeckt werden.

Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von ca. 476 T€ vorgesehen. Im Jahr 2016 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in das laufende Jahr verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Gebäude und Betriebsausstattung.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand. Es ist keine Kreditaufnahme erforderlich.

In welchem Umfang eine Gebührenerhöhung für das Jahr 2018 notwendig ist, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag jeweils bis zum 1. Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den schon verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden. In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht, der Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2016 ein Betrag in Höhe von 5.879 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit wird für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 72.083 T€ benötigt. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 55.881 T€. Zum 31. Dezember 2016 besteht noch eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 72.083 T€ in Höhe von 16.202 T€. Dieser Betrag soll in den Jahren 2017 bis 2020 erwirtschaftet werden.

Es erfolgt eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Aktualisierung des Kosten- und Ausgabenplans.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten Finanzmittel sind zu etwa 73 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken angehören, angelegt worden. Ca. 7 Prozent sind als festverzinsliche Anlagen bei Instituten angelegt, die dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angehören. Etwa 7 Prozent der Finanzmittel sind Forderungen gegenüber dem Landkreis. Die übrigen 13 Prozent wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden oder in Gebäude, Fahrzeuge und Maschinen des AWB investiert.

Aufgrund der Reform des freiwilligen Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken werden Bund, Länder und Kommunen mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 als professionelle Investoren eingestuft und zukünftige Einlagen dieser Anleger nicht mehr geschützt. Die vor dem 1. Oktober 2017 getätigten Einlagen genießen Bestandschutz.

Dies bedeutet, dass zukünftig Gelder nur bei Instituten angelegt werden, die anderen Sicherungssystemen angehören. Hierzu gehören das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und

die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Erfahrungsgemäß liegen die Zinssätze der diesen Sicherungseinrichtungen angeschlossenen Institute deutlich unter denen der privaten Banken. Somit ist mittelfristig ein Rückgang der Zinserträge aus den angelegten Rückstellungen zu erwarten.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Restabfallvorbehandlung zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof-Umwelttechnik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 %
- und der Westerwaldkreis mit 26 %

der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Bei der mechanisch-biologischen Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separat und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg-Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114,00 € je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft inzwischen die Verarbeitungsentgelte zum 1. April 2015 auf netto 86,00 € je Tonne vermindern. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Derzeit beträgt das Entgelt netto 89,47 € je Tonne.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Konsolidierung des Entsorgungsmarktes für Restabfälle und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilat), wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefordert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

Restabfallbehandlung

Bei der mechanisch-biologische Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Abfalleinsammlung

Im Jahr 2016 hat die Fa. Remondis 100% der Gesellschaftsanteile an der Fa. Bördner Städtereinigung erworben. In Hinblick auf zukünftige Ausschreibungen im Bereich der Abfallsammlung ist zu beobachten, wie sich der Markt in diesem Bereich entwickelt. Bereits bei der im Jahr 2015 durchgeführten Ausschreibung der Sammlung und des Transports von Rest- und Bioabfall, Altpapier sowie Sperrmüll und Gehölzschnitt haben nur noch drei bis vier Unternehmen Angebote eingereicht. Bei Ausschreibung der gleichen Leistung im Jahr 2008 waren es noch fünf bzw. sechs Anbieter. Bis zur nächsten Ausschreibung sollen die Kosten für eine Eigenerledigung von Sammelleistungen ermittelt werden. Hierzu ist auch vorgesehen, die Abfallgefäße mit Transpondern auszustatten, um entsprechende Daten wie z. B. die genaue Anzahl, die räumliche Verteilung und den Bereitstellungsgrad der Gefäße zu gewinnen. Auf Basis einer eigenen Kalkulation soll dann entschieden werden, ob die jewei-

lige Leistung ausgeschrieben und durch Dritte erbracht oder selbst durchgeführt werden soll.

Wertstofffassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt seit dem 1. Januar 2015 u. a. die getrennte Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor. Als Erfassungssystem für diese Abfälle wurde eine verpflichtende Wertstofftonne auf Basis eines Wertstoffgesetzes diskutiert. Aufgrund des bei der Behandlung des Restabfall eingesetzten mechanisch-biologischen Verfahrens mit einem hohen Verwertungsanteil sieht der Landkreis Limburg-Weilburg und eine Reihe weiterer Gebietskörperschaften bei Einführung einer Wertstofftonne die Gefahr, dass diese gut funktionierende Restabfallverwertung beeinträchtigt wird. Das von diesen Gebietskörperschaften hierzu initiierte Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ wurde inzwischen eingestellt.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen sind erfüllt.

In den Jahren 2012 und 2013 hat sich die Betriebskommission intensiv mit der Bioabfallvergärung beschäftigt. Durch den Einsatz dieser Technik sollten die Geruchsemissionen aus der Kompostierungsanlage deutlich vermindert werden. Damit der Standortgemeinde kein Einvernehmen über den Bau einer Vergärungsanlage erzielt werden konnte, hat die Betriebskommission im Januar 2016 die Verlängerung des Vertrages über die Planung, Errichtung und Betrieb eines Kompostwerks zu verminderten Entgelten um drei Jahre bis zum 30.09.2020 beschlossen, um weitere Zeit für eine Entscheidungsfindung über die zukünftige Bioabfallbehandlung zu gewinnen.

Im Oktober 2016 hat das Regierungspräsidium Gießen der Herhof Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG als Betreiberin der Kompostierungsanlage eine nachträgliche Anordnung zur Sanierung der Anlage und Minderung der Geruchsemissionen zugestellt. Kernpunkt dieser Anordnung ist die Vorgabe, dass zukünftig kein Kompost und keine Nebenprodukte mit einem Rottegrad kleiner III (Frischkompost) außerhalb geschlossener Einrichtungen behandelt oder gelagert werden dürfen. Diese Vorgabe ergibt sich auch aus den Regelungen, die in der sich in Beratung befindlichen Neufassung der technischen Anleitung Luft (TA Luft) vorgesehen sind. Inwieweit die im Raum stehende Anordnung Vorgaben hinsichtlich des Rottegrades schon jetzt beinhalten darf, wird zwar juristisch unterschiedlich bewertet. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Vorgaben nach Fertigstellung der Maßnahme ohnehin gelten werden.

Das Büro Redwave Waste kommt zu der Einschätzung, dass eine entsprechend der Anordnung ertüchtigte Kompostanlage weitere 15 Jahre betrieben werden kann. Für die Ertüchtigung werden netto 3,85 Mio. € veranschlagt. Nach Prüfung möglicher Al-

ternativen hat sich die Betriebskommission des AWB für eine Ertüchtigung des Kompostwerkes ausgesprochen. Mit der Betreiberin wurde ein schrittweises Vorgehen besprochen und zunächst eine Vereinbarung über die Erstellung der Genehmigungsplanung geschlossen. Nach dem Vorliegen der Genehmigung, der damit verbundenen Auflagen und der zu erwartenden Kosten erfolgt dann die Entscheidung über die Umsetzung.

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 244 € je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des 1995 genehmigten Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurden. Vielmehr hält die Behörde aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses letzten Teilabschnitts eine erneute Genehmigung für erforderlich. Die Argumentation der Behörde wird derzeit geprüft und das weitere Vorgehen festgelegt. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung auch im Jahr 2017 nicht mehr möglich.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwerte sicher ein.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Mit dem Betrieb dieses Motors im Rahmen eines Betreibermodells war das Unternehmen Pro2 Anlagentechnik GmbH bis zur Inbetriebnahme des neuen Gasmotors im Dezember 2016 beauftragt. Seit diesem Zeitpunkt erfolgt die Gasverwertung in Eigenregie des AWB. Für den Zeitraum von fünf Jahren ist das Unternehmen Pro2 als Lieferant mit der Wartung des neuen Motors beauftragt.

Die vorhandene Hochtemperaturfackel kann bei Ausfall des Gasmotors weiterhin genutzt werden. Mit der Neuanschaffung der Gasverwertungsanlage und der Übernahme des Betriebes durch den AWB soll auch bei der abzusehenden rückläufigen

Deponieentwicklung ein wirtschaftlicher Einsatz bei ordnungsgemäßer Entgasung der Deponie ermöglicht werden.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft. Für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich wurde in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage (Betriebsgebäude Südwest) ein Schwarz-Weiß-Bereich eingerichtet. Hallen- und Freiflächen der ehemaligen Sortieranlage werden im Rahmen des zum 1. Januar 2016 übernommenen Behältermanagements genutzt. Sie dienen zur Unterstellung von Fahrzeugen und zur Lagerung, Reinigung und Reparatur von Abfallgefäßen.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage erfolgt ein Um- und Neubau der Räumlichkeiten. Danach soll das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude durch ein in Passivhaustechnik errichtetes Gebäude ersetzt werden. Darin soll das in den 1980er Jahren erbaute Betriebsgebäude integriert und so umgestaltet werden, dass zukünftig von dort die Verwiegung der Anlieferfahrzeuge erfolgen kann. Eine entsprechende Baugenehmigung liegt vor. Die Umsetzung ist für die Jahre 2017/2018 vorgesehen.

Das ehemalige Kraftwerksgebäude soll zukünftig von den Kreisgärtnern genutzt werden. Der hierzu notwendige Umbau wird von der Kreisverwaltung veranlasst.

Standortgemeinde Beselich

In dem Schiedsverfahren zwischen dem Landkreis Limburg und der Standortgemeinde haben sich beide Parteien am 7. September 2016 auf einen Schiedsspruch geeinigt.

Dieser sieht die schrittweise Absenkung der in § Absatz 1 lit.b des Vertrages über die Nutzung der Kreisabfalldeponie Beselich festgesetzten Ausgleichszahlung an die Gemeinde bis 50% in den Jahren 2019 und 2020 vor. Gleichzeitig verpflichtet sich der Landkreis, bis zum Ende des Jahres 2020 Abfälle auf der Kreisabfalldeponie abzulagern.

Sofern der Landkreis die Abfallablagerung über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen möchte, haben die Parteien ihre Bereitschaft erklärt, spätestens im ersten Quartal 2019 mit der Verhandlung über eine Neuregelung der Ausgleichszahlung für den Zeitraum nach dem Jahr 2020 zu beginnen. Sollte bei diesen Verhandlungen keine einvernehmliche Lösung erreicht werden und der Landkreis die Ablagerung fortsetzen, so ist die Ausgleichszahlung auf der oben genannten Basis von 50% zu entrichten.

2.2 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Rechtsform:	Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Mitglieder:	Landkreis Limburg-Weilburg Gemeinde Beselich	54% 46%
Gründungsjahr:	1984	
Verbandssatzung:	20. April 2010	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Stefan Lorber	
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat Michael Franz, Bürgermeister Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter Martin Schulz, Erster Gemeindebeigeordneter	Verbandsvorsteher stellv. Verbandsvorsteher
Verbandsversammlung:	Burkhard Hölz Regina Heep Ulrich Ahlbach Bernd Litzinger	(für den Kreis) (für den Kreis) (für die Gemeinde Beselich) (für die Gemeinde Beselich)

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.
Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ergebnis 2016 in €	Ergebnis 2015 in €	Ergebnis 2014 in €
Summe der ordentlichen Erträge	501.615,00	502.000,00	503.000,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	372.937,79	381.950,00	463.950,00
Verwaltungsergebnis	128.677,21	120.050,00	139.050,00
Finanzergebnis	-88.071,45	-95.500,00	-100.000,00
Ordentliches Ergebnis	40.605,76	24.550,00	39.050,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	40.605,76	24.550,00	39.050,00

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 27. April 2012	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (EGW) übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen und der wald- und forstwirtschaftlichen Flächen.

Die Bewirtschaftung beinhaltet den Kauf, die Anmietung und Vermietung von Immobilien, die Planung, die Errichtung, den Neubau, den Um- und Ausbau, die Erweiterung, die Sanierung, die Nutzung, den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandhaltung und Wartung, die Modernisierung, die Verwertung und Verkauf von Immobilien des Landkreises Limburg-Weilburg.

Nicht zu den Aufgaben des EGW gehören die laufende Unterhaltsreinigung der Immobilien und die Organisation der Hausmeisteraufgaben. Insofern sind dem EGW derzeit keine Reinigungskräfte bzw. Hausmeister zugeordnet.

Der EGW verwaltet insgesamt 80 Immobilienstandorte. Davon dienen 68 Immobilien schulischen Zwecken (einschließlich Sporthallen), acht Immobilien Verwaltungszwecken und vier Immobilien sonstigen Zwecken (z.B. Garagen, Parkplätze, etc.).

Nachdem im Juni 2015 bzw. Juni 2016 die Immobilien aus den beiden „Sale and lease back-Geschäften“ zurückgekauft wurden, befinden sich nun per 31. Dezember

2016 im Eigentum des EGW 70 Immobilien (66 Schulen bzw. Sporthallen und vier zu sonstigen Zwecken genutzte Immobilien). Gemietet sind neun Immobilien (zwei Schulen von den jeweiligen Standortgemeinden, fünf Immobilien für Verwaltungszwecke und zwei Immobilien für sonstige Zwecke) und eine Immobilie befindet sich im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages auf fremden Grund und Boden.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Michael Lohr Albrecht Heckelmann	Kaufmännischer Betriebsleiter Technischer Betriebsleiter
------------------------	-------------------------------------	---

Betriebskommission	Manfred Michel, Landrat Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender stv. Vorsitzender
Mitglieder	Ruprecht Keller Jutta Lippe (bis 14. Juli 2016) Karl-Heinz Stoll (ab 14. Juli 2016) Heinz Valentin Valentin Bleul (bis 8. Juli 2016) Andreas Bendel (ab 8. Juli 2016) Jürgen Dumeier (bis 8. Juli 2016) Wolfgang Erk Ingrid Friedrich Norbert Haberhauer (ab 8. Juli 2016) Willi Hamm Tobias Kress (ab 8. Juli 2016) Wolfgang Lippe (bis 8. Juli 2016) Karl Nießler Dr. Frank Schmidt Peter Trottmann Michael Uhl Joachim Veyhelmann (bis 8. Juli 2016) Kerstin Weyrich (ab 8. Juli 2016) Alexander Hannes Manfred Weyl	

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und der Lagebericht 2016 der Betriebsleitung enthalten folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf des Eigenbetriebs:

Das Geschäftsjahr 2016 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von € 1.369.814,47 € (Vorjahr Jahresverlust € 1.440.107,02) ab.

Im Berichtsjahr wurden zweite „Sale and lease back-Geschäft“ rückabgewickelt und für die Grundstücke ein Wert von € 13,3 Mio. auf Basis der Wertgutachten hinzuaktivierte.

Vorrangiges Ziel ist nach aktuellem Planungsstand, alle Schulen des Landkreises Limburg-Weilburg in einen den heutigen Anforderungen an Eigenverbrauch, Haus-technik und pädagogische Erfordernisse entsprechenden Zustand zu bringen.

Vorhergesehen sind insbesondere die Ausstattung der Gebäude mit Wärmedämmverbundsystemen, neuen Fensterelementen, Erneuerungen von Heiztechnik, Erneuerung von Elektrik und Beleuchtung, Anpassung der naturwissenschaftlichen Fachräume an heutige Erfordernisse, Umgestaltung von Schulhöfen usw.

An Bedeutung gewinnt ebenfalls die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler, daher wird die Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Küchen, Speiseräumen bzw. Mensen und Sportanlagen für Bewegungsaktivität erforderlich. Ebenfalls nimmt die Inklusion im Landkreis Limburg-Weilburg eine wichtige Rolle ein. Hier sind bauliche Voraussetzungen wie u. a. Fahrstühle, Rampen, Türöffner, Kommunikationssysteme für den Schulbetrieb zu beschaffen.

Unseres Erachtens ist die wirtschaftliche Lage und der Geschäftsverlauf von der Betriebsleitung im Lagebericht zutreffend dargestellt.

Zukünftige Entwicklung und Risiken

Die Betriebsleitung hat nach unserer Auffassung im Lagebericht folgende wesentliche Aussagen zur zukünftigen Entwicklung und den Risiken der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes getroffen:

Das im Jahr 2016 begonnene Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes für die Energetische Sanierung von Schulgebäuden und Sporthallen wird in den nächsten zwei Jahren abgewickelt. Dem Investitionsaufkommen in Höhe von 10,5 Mio. € stehen Bundeszuschüsse (90 % der förderfähigen Kosten) für die Umsetzung des Investitionsprogrammes entgegen.

Für die erforderlichen neuen und bereits begonnenen Baumaßnahmen sind für das Wirtschaftsjahr 2017 Mittel für Investitionen in Höhe von 6,5 Mio. € vorgesehen. Trotz

der in den vergangenen Jahren sehr hohen Investitionstätigkeit besteht nach wie vor Sanierungsbedarf an den Schulen und Sporthallen.

Da das Land Hessen zusammen mit dem Bund ein weiteres Konjunkturprogramm – KIP II plant, wurden Baumaßnahmen die im Wirtschaftsplan 2017 im Vermögensplan sowie im Investitionsplan angemeldet wurden und dem neuen Programm zugeordnet werden können, nicht begonnen. Im Jahr 2017 ist daher mit einer Entlastung für Investitionen von 1.325.000 € zu rechnen.

Gegenwärtig läuft auf Bundesebene das Gesetzgebungsverfahren, um eine Neuaufgabe des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KIP II) umzusetzen.

Dem Landkreis Limburg steht durch das Bundesprogramm ein Investitionsvolumen von 19.671.761 € zur Verfügung. 14.768.761 € fließen als Zuschuss des Bundes. Für den kommunalen Eigenanteil in Höhe von 4.923.000 € stellt das Land Hessen ein Darlehen über die WiBank Hessen zur Verfügung.

Über die im Jahresabschluss 2016 bereits berücksichtigte Vorsorge in Form von Rückstellung hinaus, sieht die Betriebsleitung keine weiteren finanziellen Risiken.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen spiegeln die Aussage der Betriebsleitung im Lagebericht die voraussichtlich zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung nach unserer Auffassung plausibel und folgerichtig wider. Die Lagebeurteilung ist dem Umfang nach abgemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortstand des Eigenbetriebs gefährdet ist.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2016 in €	2015 in €
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	332.314.029,91	262.079.230,09
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.736.932,06	7.079.985,32
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.161.557,47	19.643.249,55
Sonstige Ausleihungen	0,00	54.794.954,46
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	62.040,90	90.650,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	123.801,05	122.057,37
Sonstige Vermögensgegenstände	14.133,04	14.265,09
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.438.398,49	817.553,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.285.110,86	2.662.784,03
SUMME AKTIVA	355.136.003,78	347.304.729,46
Passiva		
A. Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Allgemeine Rücklage	132.357.553,43	124.765.897,47
Gewinn/ Verlust	-1.320.593,88	-1.440.170,02
B. Sonderposten		
Sonderposten für Zuweisungen	72.021.537,45	73.412.087,52
C. Rückstellungen		
Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.	1.968.909,00	1.860.303,00
Sonstige Rückstellungen	598.525,14	732.136,83
D. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	146.067.088,32	144.306.742,35
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.947.503,91	1.672.292,47
Verbindlichkeiten ggü. dem Landkreis	418.006,17	831.275,76
Sonstige Verbindlichkeiten	77.474,24	124.101,08
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	40.000,00
SUMME PASSIVA	355.136.003,78	347.304.729,46

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €
+ Umsatzerlöse	20.215.146,98	18.506.803,48
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.882.778,06	1.782.016,84
- Materialaufwand	-4.796.664,31	-4.853.159,22
- Personalaufwand	-1.734.743,73	-1.803.548,09
- Abschreibungen	-9.117.264,36	-5.321.481,67
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.297.401,70	-9.616.664,81
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.123.860,64	3.894.163,91
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.595.211,33	-4.027.252,69
- Sonstige Steuern	-1.094,13	984,77
= Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-1.320.593,88</u>	<u>-1.440.107,02</u>

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Im Schlenkert 14, 65549 Limburg		
Homepage:	www.gab-limburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg Weilburg	25.850 Euro	100,00 %
Stammkapital:	25.850 Euro		
Gründungsjahr:	1994		
Gesell.-vertrag:	vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011		
Beteiligungen:	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg	100 %	
	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH	25 %	
	Mittelhessischer Bildungsverein e.V. (Mitglied)		
	Paritätischen Wohlfahrtverband (Mitglied)		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i.S.d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d. h., unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z. B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Stephan H. Zimmermann

Aufsichtsrat/ Mitglieder

Gesellschafterversammlung:

Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
Marianne Zimmermann	stellv. Vorsitzende
Michael Lohr	
Karl Nießler	
Dr. Manfred Birko (bis August 2016)	
Tobias Eckert (ab August 2016)	

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.094,57	3.918,05	9,53
Sachanlagen	10.754.862,48	8.675.355,91	6.275.709,55
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.782,00	12.782,00	12.783,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.000,00	39.000,00	63.000,00
Vorräte	162.849,77	87.447,58	45.348,60
Forderungen	659.614,45	1.018.748,90	827.649,18
Kassenbestand	925.818,61	255.871,13	393.903,56
Rechnungsabgrenzungsposten	1.395,53	1.395,53	1.395,53
SUMME AKTIVA	12.535.418,41	10.094.520,10	7.619.798,95
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	5.264.788,67	5.264.788,67	5.264.788,67
Verlustvortrag	2.588.437,89	2.577.165,24	2.022.775,17
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	47.676,38	-11.272,65	-554.390,07
Eigenkapital	2.749.877,16	2.702.200,78	2.713.473,43
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	13.693,76	15.376,69	17.126,92
Rückstellungen	762.400,00	237.100,00	490.476,55
Verbindlichkeiten	8.997.322,49	7.126.217,63	4.383.597,05
Rechnungsabgrenzungsposten	12.125,00	13.625,00	15.125,00
SUMME PASSIVA	12.535.418,41	10.094.520,10	7.619.798,95

Gewinn und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
+ Umsatzerlöse	10.471.605,51	5.410.879,98	3.764.946,08
+ andere aktivierte Eigenleistungen	8.380,00	26.410,00	7.100,00
+ sonstige betriebliche Erträge	71.981,74	62.107,28	618.030,06
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.682,93	1.750,23	3.351,36
	10.553.650,18	5.501.147,49	4.393.427,50
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	143.631,55	226.371,05	197.589,63
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.939.863,98	664.527,61	158.739,56
- Personalaufwand	4.087.683,42	3.618.715,94	3.759.812,10
- Abschreibungen	380.451,86	253.721,45	213.402,59
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,06	412,22	1.029,11
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	156.930,64	101.805,03	59.177,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-6.156,79	-550.807,58
- sonstige Steuern	11.376,24	5.115,86	3.582,49
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	47.676,38	-11.272,65	554.390,07

2.5 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse:	Wolfratshauer Straße 49, 82049 Pullach
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)
Gesellschafts- verhältnisse:	Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %
Stammkapital:	25.000 Euro
Gründungsjahr:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet. Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG
Gesell.-vertrag:	13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin:	ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH (AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäftsführer <ul style="list-style-type: none">• Michael Ruhl, München• Klaus Steixner, Rottach-Egern
--	--

Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	0,00	49.906.949,39	51.125.017,25
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	85.603,19	83.375,80	2.115.036,64
Kassenbestand	205.536,96	36.769,71	15.990,18
SUMME AKTIVA	291.140,15	50.027.094,90	53.256.044,07
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Kapitalanteile	0,00	25.000,00	25.000,00
Kommanditkapital	0,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters	0,00	8.423.983,86	8.422.484,26
Rückstellungen	209.354,07	84.613,29	5.172,50
Verbindlichkeiten	81.786,08	41.518.497,75	42.738.501,06
SUMME PASSIVA	291.140,15	50.027.094,90	53.256.044,07
Gewinn- und Verlustrechnung			
	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse	3.519.140,73	5.242.469,13	3.062.200,01
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	49.221,71	53.151,78	53.043,68
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.218.067,86	1.218.067,86	1.218.067,86
- sonstige betriebliche Aufwendungen	105.996,63	26.293,38	25.176,76
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1,49	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.675.579,54	2.087.413,92	1.759.312,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	480.945,07	1.857.543,68	6.599,00
+ Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	283.183,47	1.719.496,52	0,00
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	197.761,60	138.047,16	6.599,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 8. Dezember 2006 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillen Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträge mit Gesamtinvestitionskosten von 56,7 Mio. EUR abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat von seinem Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 Gebrauch gemacht. Im Zuge des Vollzugs des Ankaufsrechts hat der Landkreis Limburg-Weilburg die Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden mit Kaufvertrag UR 350/2014 vom 12. Dezember 2014 zum 30. Juni 2016 angekauft. Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahrtragung gehen mit Wirkung zum 30. Juni 2016 auf den Landkreis Limburg-Weilburg über. Aus den Mitteln der Kaufpreiszahlung wurden die per 30. Juni 2016 valutierenden Darlehen der Gesellschaft vollständig zurückgeführt.

Da der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 ausgeübt hat, endete der Immobilien Mietvertrag automatisch mit Ablauf des 30. Juni 2016.

2.6 Kreishallenbad Weilburg GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.kreishallenbad-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg. Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Thorsten Roth	
Gesellschafterversammlung	Manfred Michel, Landrat Ruprecht Keller Karl Heinz Stoll	Vorsitzender

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag noch kein Jahresabschluss für das Jahr 2016 vor.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Sachanlagen	1.517.483,26	988.374,51	1.589.337,16
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53	6.975.412,53
Anlagevermögen	8.492.895,79	7.963.787,04	8.564.749,69
Vorräte	0,00	361,62	361,62
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	636.074,88	588.437,93	576.502,89
Kassenbestand	2,93	293.155,19	165.241,67
Umlaufvermögen	636.077,81	881.954,74	742.106,18
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	6.111,32	6.666,89
SUMME AKTIVA	9.128.973,60	8.851.853,10	9.313.522,76
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	585.922,86	585.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	4.164.377,23	4.514.422,63	4.105.661,59
Jahresüberschuss	244.380,99	-350.045,40	408.761,04
Eigenkapital	5.020.245,67	4.775.864,68	5.125.910,08
Sonderposten Investitionszuschüsse	700.000,00	50.000,00	0,00
Rückstellungen	15.476,48	12.195,00	12.069,00
Verbindlichkeiten	3.393.251,45	3.563.793,42	4.175.543,68
SUMME PASSIVA	9.128.973,60	8.851.853,10	9.313.522,76

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	141.085,49	193.646,66	204.284,82
- Materialaufwand	78.955,41	137.485,61	144.151,74
- Personalaufwand	205.640,93	267.433,11	256.521,63
- Abschreibungen	58.590,50	699.934,20	77.000,50
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	101.898,72	78.009,54	51.799,51
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	908.193,00	1.032.037,50
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72,75	101,06	848,37
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	249.750,00	135.300,00	134.750,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	107.219,70	134.736,94	160.805,06
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2914,99	913,28	4.338,48
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	244.380,99	-350.045,40	408.761,04

Situationsbericht

Beschreibung der Geschäftstätigkeit sowie gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft hat seit dem Jahre 1971 bis zum Ablauf des Monats Juni 2015 ein Hallenbad in Weilburg betrieben. Dieses Hallenbad wird nach Abriss neu aufgebaut. Eine Wiedereröffnung ist für Sommer/Herbst 2018 geplant. Durch die Schließung verschiedener Bäder im Landkreis ist das Kreishallenbad das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Somit hat es eine herausragende Stellung für den Sport und die Freizeitgestaltung. Gleichzeitig dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schulunterrichts.

Im Rahmen der statischen Vorplanungen wurde im September 2014 eine Betonuntersuchung durchgeführt. Dabei wurde nicht die erwartete Chloritbelastung, sondern eine extrem starke Betonkarbonarisierung festgestellt. Die voraussichtlichen Mehrkosten aufgrund dieser Tatsache wurden auf rund 700.000,-€ geschätzt. Dabei bleibt aber immer noch ein großes Restrisiko vorhanden und die zu erwartende Nutzungsdauer des Gebäudes ist weitaus geringer als bei einem Neubau. Daraufhin hat die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 27.11.2014 beschlossen, das Gebäude abzureißen und aufgrund der bis dahin durchgeführten Planungen neu aufzubauen. Die Planungen mussten aktualisiert und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Der Bauantrag zum Abriss des Gebäudes wurde Anfang April 2015 gestellt.

Das Kreishallenbad wurde am 30.06.2015 geschlossen.

2.7 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	100.000 Euro		
Gründungsjahr:	2005		
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011		
Beteiligungen:	Seniorenzentrum Fellersborn (Bestandteil der Muttergesellschaft)		
	KSB-Klinik Betriebe GmbH	25.000,00 Euro	100,00 %
	Clinicpartner eG		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen.

Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohnmöglichkeiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 50 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege, sowie seit 01.05.2017 über zusätzliche 15 vollstationäre Plätze zur besonderen Versorgung nach SgB.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Peter Schermuly	
Aufsichtsrat:	Landrat Manfred Michel	Vorsitzender

Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stv. Vorsitzender
Joachim Veyhelmann, Beamter / MdL
Dr. Dietrich Weiß, Arzt bis 02.06.2016
Dr. Ruth Kittler, Ärztin ab 02.06.2016
Dr. Hans Christoph Noack, Arzt
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister
Robert Becker, Bürgermeister a.D.
Günter Henche (Betriebsrat), Betriebsratsvorsitzender
Renate Michel (Betriebsrat), Lehrerin für Pflegeberufe
(bis 31.12.2016)
Peter Hoffmann (Betriebsrat) Technischer Leiter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Landrat Manfred Michel Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stv. Vorsitzender
Dr. Ralf Bletz, Rechtsanwalt und Notar (bis 2. Juni 2016)
Hans-Jürgen Heil, Bürgermeister a. D. (bis 2. Juni 2016)
Harald Sprenger, Polizeibeamter i. R. (bis 2. Juni 2016)
Peter Rompf, Regierungsangestellter
Christian Radkovsky, Student
Dr. Johannes Hanisch, Dipl. Kaufmann (ab 2. Juni 2016)
Sabine Häuser-Eltgen, Juristin , (ab 2. Juni 2016)
Andreas Hofmeister, MdL (ab 2. Juni 2016)

Bezüge:

Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 694,90 Euro erstattet.

Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Aktiva			
Anlagevermögen	13.872.854,71	14.058.566,27	14.982.495,71
Immaterielle Vermögensgegenstände	175.169,00	189.303,00	263.907,00
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Vorräte	384.685,72	444.032,80	415.351,26
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.161.666,36	3.905.263,46	3.254.442,32
Kassenbestand/Guthaben bei KI	312.473,73	44.407,68	402.541,36
Rechnungsabgrenzungsposten	18.569,71	15.856,61	15.447,88
SUMME AKTIVA	19.960.419,23	18.692.429,82	19.369.185,53
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	2.810.566,45	2.355.912,25	2.379.580,25
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-1.026.699,86	-548.376,66	-201.444,32
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	16.471,55	-478.323,20	-346.932,34
Eigenkapital	1.966.004,14	1.494.878,39	1.996.869,59
Sonderposten aus Zuweisungen	10.046.848,13	9.892.676,00	10.613.009,00
Rückstellungen	2.613.813,91	2.569.359,95	2.899.238,43
Verbindlichkeiten	5.190.859,52	4.540.360,95	3.612.652,98
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	142.893,53	195.154,53	247.415,53
SUMME PASSIVA	19.960.419,23	18.692.429,82	19.369.185,53

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Umsatzerlöse	29.317.905,52	26.743.970,71	26.611.618,85
Verminderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	-55.131,61	9.479,61	-94.927,99
Sonstige betriebliche Erträge	4.192.353,24	3.650.560,64	4.448.159,18
	33.455.127,15	30.404.010,96	30.964.850,04
- Personalaufwand	19.892.180,05	19.277.099,21	19.309.700,73
- Materialaufwand	7.375.802,32	7.162.760,43	6.970.592,35
Zwischenergebnis	6.187.144,78	3.964.151,32	4.684.556,96
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.423.290,09	1.424.025,63	1.429.920,31
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.615.486,39	2.894.189,70	3.482.476,91
Zwischenergebnis	148.368,30	-354.064,01	-227.840,26
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	773,67	497,59	1.527,03
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	91.818,55	92.308,61	98.588,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57.323,42	-445.875,03	-324.902,03
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	39.732,04	31.468,00	20.950,00
- Steuern	1.119,83	980,17	1.080,31
Jahresfehlbetrag/-überschuss	16.471,55	-478.323,20	-346.932,34

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen im Krankenhausbereich wird weiterhin durch die politischen Rahmenbedingungen zu permanenten Veränderungen motiviert. Der wirtschaftliche Druck wächst ständig. Das Vergütungssystem und die Versuche der Politik, die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten abzubauen, führen zu Herausforderungen, denen sich die Krankenhäuser in Zukunft stellen müssen.

Der Krankenhausmarkt ist ferner durch Konsolidierungen und Spezialisierungen der Fachabteilungen auf bestimmte Krankheitsbilder ausgerichtet. Prognosen zur Leistungs- und Umsatzentwicklung für Folgejahre gestalten sich schwierig, da der stationäre Leistungsbereich durch das fallpauschalenorientierte Abrechnungssystem einer jährlichen Anpassung unterliegt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich durch anhaltende Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Leistungsbereich.

Durch die Kostenträger werden zunehmend Nachweise zu definierten Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmalen abgefordert. Hieraus erwächst die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird. In Hessen hat es diesbezüglich in den zurückliegenden Jahren mehr vereinbarte Fälle zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern gegeben als sich tatsächlich ergeben hatten. Dies führt aktuell zu einer deutlich geringeren Steigerung des Landesbasisfallwertes und verschärft die Situation der Hessischen Kliniken daher noch besonders.

Personalkosten- und Sachkostensteigerungen lassen sich nicht mehr ohne weiteres mit den möglichen Erlössteigerungen auffangen. Viele deutsche Krankenhäuser stehen somit in einer Unterfinanzierung und können die Verpflichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen.

Neben den allgemeinen Preisentwicklungen stehen die Krankenhäuser besonders auch wegen der rasanten Entwicklung bei den medizinisch-technischen Möglichkeiten und damit einhergehenden steigenden Ansprüchen an die medizinische Versorgung in der Bevölkerung stark unter Druck. Hinzu kommt der demografische Wandel einer älter werdenden Gesellschaft.

Bund und Länder planen weitreichende Änderungen in der Finanzierung der Krankenhäuser und Verbesserungen in der Behandlungsqualität für die Patienten. In Hessen ist ab 2016 zudem eine Pauschalierung der Fördermittel für Baumaßnahmen vorgesehen. Klinikplanung und Bezahlung sollen sich an der Qualität ausrichten.

Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist im Krankenhausplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg verfügt über folgende Fachabteilungen:

- Allgemein-/ Viszeralchirurgie/ Proktologie
- Orthopädie/ Unfallchirurgie
- Innere Medizin
- Klinische Geriatrie

Es wird eine geriatrische Tagesklinik mit 10 Betten betrieben.

Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 50 Ausbildungsplätzen angegliedert.

Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 63 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Pflegesatzverfahren

Am 28. Oktober 2016 wurde mit den Kostenträgern eine Vereinbarung für das Jahr 2016 verhandelt. Der Genehmigungsbescheid wurde am 27.03.2017 erteilt.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2016	Ist-Ergebnis 2016	Ist-Ergebnis 2015
Fallzahl DRG	6.450	6.769	6.132
Summe effektiver Bewertungsrelation	7.025,000	7.102,354	6.804,865
CMI	1,089	1,049	1,110
Teilstationäre Fallzahl	135	148	143
Teilstationäre Abrechnungstage	1.381	1.682	1.496

Umsatzentwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH:

	2016	2015	2014
Behandelte Patienten (stationär*)	6.769	6.132,0	6.107,0
Belegungstage	46.026	45.338	46.380
Durchschnittl. Verweildauer(Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	6,80	7,39	7,59
Nutzungsgrad (%)	69,48	68,44	70,20
Planbetten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	125,75	123,88	127,07

Seniorenzentrum Fellersborn:

47,29 Bewohner (durchschnittlich) 17.309 Pflagestage

Investitionen

Es wurden Investitionen in Höhe von TEUR 1.223 getätigt, davon entfallen auf den Umbau Erdgeschoss/ 1. Obergeschoss TEUR 639, den Erwerb von Software-Lizenzen TEUR 79 und für Ausstattung Seniorenzentrum Fellersborn TEUR 3. Des Weiteren sind Investitionen von TEUR 320 für medizinische Ausstattung, TEUR 82 für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich und TEUR 11 für Ausstattung der Ausbildungsstätte angefallen.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung (Vollkräfte) stellt sich wie folgt dar:

	2016	2015	2014
Teilbereich Krankenhaus	260,94	262,95	267,89
Teilbereich Seniorenzentrum	20,88	20,04	19,82
Gesamt	281,82	282,99	287,71

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Krankenhaus seitens des Landkreis Limburg-Weilburg durch das Kommunalinvestitionsprogramm mit 5 Mio. € für Baumaßnahmen berücksichtigt.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist zu 100,5 % (2015: 92,1 %) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt. Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 152,1 TEUR (Vorjahr 156,3 TEUR) sowie DRG-Überlieger 232,6 TEUR (Vorjahr 287,7 TEUR).

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht betragen TEUR 1.327,7 (Vorjahr TEUR 239,1). Diese beinhalten eine Einzelförderung nach § 25 HKHG in Höhe von TEUR 1.287,0 sowie eine Restforderung an den Ausbildungsfonds gemäß § 17a KHG von TEUR 40,7.

Der Bestand der flüssigen Mittel betrug TEUR 312,5.

Das Eigenkapital hat sich durch den Verlustausgleich des Trägers für 2016 und durch den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung um TEUR 471,1 erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 9,85 %.

Die Verbindlichkeiten enthalten 2.142,2 TEUR langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht 1.391,9 TEUR.

Aufwands- und Ertragslage

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordern. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personalkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser, ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. So wurden die Tarifsteigerungen in den Jahren 2014 und 2015 nur teilkompensiert. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben im Bereich Hygiene, die mit der Einstellung von zusätzlichem Personal verbunden waren, welches ebenfalls nur zum Teil refinanziert wird. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und chirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegungskapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Mitglied des Klinikverbundes Hessen e.V., einem Zusammenschluss von 56 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Gleichzeitig werden auf Beschluss der Aufsichtsgremien seitens der Geschäftsführung Gespräche mit dem St.-Vincenz-Krankenhaus in Limburg hinsichtlich einer künftigen engeren Kooperation geführt. Zielsetzung hierbei ist, ein abgestimmtes Versorgungsangebot zu etablieren bei gleichzeitiger Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten.

Seit dem 01.12.2009 betreibt die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. zweier eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze. Das Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist weiterhin voll ausgelastet. Auch das wirtschaftliche Ergebnis gestaltet sich zwischenzeitlich positiv. Synergieeffekte wirken sich positiv auf die Krankenhausbilanz aus. Im Mai 2017 wurde das Alten- und Pflegeheim um eine neue Wohngruppe mit 15 Plätzen für besondere Dementenbetreuung erweitert.

Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie und Chirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2015 und 2016 realistisch erscheint. Die Zertifizierung zum Endoprothetikzentrum unterstützt dieses Ziel. Die Abteilung Orthopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenartenverfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen und der Versorgungsqualität zu senken und die Erlöse zu steigern. Unter Beteiligung einer entsprechenden Organisationsberatung wurden die Abläufe im Medizincontrolling im Sinne einer Fallsteuerung mit Beginn bei Aufnahme sowie beim Entlassungsmanagement optimiert. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau von Kooperationen mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o.a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u.a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und -bewertung zusammengefasst sind.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert. Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken - bestehen u.E. nicht.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Für das Jahr 2017 wird eine moderate Leistungssteigerung insbesondere im Bereich der Orthopädie und Chirurgie angestrebt. Gleichzeitig sollen die erfolgreich eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung weiterverfolgt und -entwickelt werden.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein verbessertes Ergebnis als in 2016 in Abhängigkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erwartet.

2.8 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH



Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	12.500 Euro	9,6153 %
	Lahn-Dill-Kreis	12.500 Euro	9,6153 %
	42 Städte und Gemeinden	mit je 2.500 Euro	je 1,92 %

Stammkapital: 130.000 Euro

Gründungsjaar: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Kira Lampe, Wetzlar
Dirk Plate, Weilmünster

Aufsichtsrat: Manfred Michel, Landrat, Limburg
Heinz Schreiber, Erster KB
Wolfgang Schuster, Landrat, Wetzlar (ab 12. Juni 2016)
Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg
Hans-Peter Stock, Bürgermeister, Schöffengrund
Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms
Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar
Wolfgang Erk, Bürgermeister, Bad Camberg

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg
Eckhardt Förster, Bürgermeister a. D., Herborn (bis 12. Juni 2016)
Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg
Hans Benner, Bürgermeister, Herborn
Hans-Peter Schick, Bürgermeister, Weilburg

Gesellschafter- gesamt 52 Stimmanteile
versammlung: u.a. Christian Radkovsky

Bezüge

Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	7,00	1.627,00	6.603,00
Grundstücke, Bauten	7.066,00	8.282,00	10.197,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	175.450,00	145.548,00	146.265,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:			
- aus Lieferungen und Leistungen	870.047,11	438.714,05	105.215,78
- gegen Gesellschafter	109.507,24	117.507,24	106.169,23
sonstige Vermögensgegenstände	373.145,63	962.329,97	678.080,71
Kassenbestand	20.045.711,01	16.824.380,39	15.044.288,85
Rechnungsabgrenzungsposten	1.035,84	606,84	331,84
SUMME AKTIVA	21.581.969,83	18.498.995,49	16.097.151,41
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	3.781.378,12	1.703.132,01	-495.992,59
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	682.241,90	2.078.246,11	2.199.124,60
Sonderposten für Investitionszuschüsse	24.385,00	63.953,00	72.038,00
Sonstige Rückstellungen	3.069.861,00	1.828.165,00	1.879.362,25
Verbindlichkeiten	1.266.835,66	280.457,69	333.532,88
Rechnungsabgrenzungsposten	5.134.199,31	4.921.919,53	4.485.964,12
SUMME PASSIVA	21.582.023,14	18.498.995,49	16.097.151,41

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Umsatzerlöse	15.667.092,75	13.111.946,24	13.010.521,02
+ sonstige betriebliche Erträge	7.728.825,75	8.859.681,25	8.773.192,59
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.910.535,80	18.227.616,66	17.930.811,18
Rohergebnis	3.485.382,70	3.744.010,83	3.943.902,43
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	960.570,96	890.043,05	862.720,06
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	263.834,46	246.006,26	244.268,94
Abschreibungen auf Sachanlagen	29.090,40	31.402,91	111.681,26
- sonstige betriebliche Aufwendungen	1.555.734,90	501.258,04	484.476,41
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.821,92	8.067,54	50.708,84
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	4.367,00	654,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	682.973,90	2.079.001,11	2.199.810,60
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	0,00	755,00	686,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	682.973,90	2.078.246,11	2.199.124,60

Situationsbericht

Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Im Jahr 2016 wurde als nächster Schritt zur weiteren Umsetzung das eTicketing die Einführung des Tarifes „RMVsmart“ in einer Testphase umgesetzt. Weiterhin wurde nach der Einführung der CleverCard kreisweit in den beiden Landkreisen im Schuljahr 2015/2016, im Schuljahr 2016/2017 ebenfalls dieses Produkt erfolgreich eingesetzt.

Die europaweite Ausschreibung der Linienbündel LDK-Bischoffen-Mittenaar (VLDW LDK) und LDK-Hohenahr (VLDW LDK) erfolgte 2016, der Betrieb wurde im Dezember 2016 zum Fahrplanwechsel, wie geplant, aufgenommen.

Beauftragt wurde für beide Linienbündel das mittelständische Verkehrsunternehmen B.u.B. Busverkehr GbR mit Sitz in Ehringshausen. Die B.u.B. Busverkehr GbR ist ein Zusammenschluss von zwei heimischen Verkehrsunternehmen: Becker & Sohn GmbH & Co. KG, Bad Endbach und Bender Reisen GmbH & Co. KG, Ehringshausen.

Die von der Gesellschaft betriebene Mobilitätszentrale in Weilburg, die neben den RMV Produkten auch DB Fernverkehrsprodukte vertreibt, beschäftigt im Geschäftsjahr drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Mobilitätszentrale in Wetzlar beschäftigt drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Durch die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2017 – 2021 wurde auch auf Verbundebene weitere Klarheit in der ÖPNV Finanzierung geschaffen. Hessen erhält dabei vom Bund zwar zunächst ca. 50 Mio. EUR jährlich mehr aus der Verteilung der Regionalisierungsmittel, es besteht aber weiterhin eine Deckungslücke von ca. 66 Mio. EUR jährlich zwischen dem Mittelbedarf der Verbünde und den zur Verfügung stehenden Regionalisierungs- und KFA-Mitteln.

Diese Finanzierungslücke soll zu jeweils einem Drittel vom Land, den Verbänden und der kommunalen Ebene getragen werden. Daraus ergibt sich, dass die Verbände ca. 22,9 Mio. EUR jährlich selbst tragen müssen, welche Auswirkungen dies auf die lokale Ebene haben wird, bleibt abzuwarten. Positiv zu bewerten ist, dass die regionalen Leistungsbestellungen im RMV bis 2021 gesichert sind.

Die Umsetzung des LHO Tarifs mit dem letzten Tarifabschluss wird zu hohen Auswirkungen in der Preisentwicklung der Verkehrs-Service Verträge führen. Hier zeichnen sich bereits Probleme ab, die auch auf Verbund bzw. Landesebene erkannt wurden und durch eine entsprechende Arbeitsgruppe, unter dem Vorsitz des Mobilitätsbeauftragten des Landes Hessen, gelöst werden soll.

Es kann klar angemerkt werden, dass im Personalbereich sehr große Probleme und Risiken in der Entwicklung des ÖPNV für die nächsten Jahre liegen. Insbesondere die zukünftige Ausbildung von Busfahrerpersonal, vor dem Hintergrund einer leistungsgerechten Bezahlung, kann hier zu existentiellen Schwierigkeiten bei Verkehrsunternehmen führen.

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der Jahresüberschuss der VLWD beträgt für das Geschäftsjahr 2016 TEUR 682 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 2.078) und ist damit um TEUR 1.405 gesunken. Zu beachten ist hierbei, dass unterjährig die Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg bereits Umlagezahlungen auf das zu erwartende Defizit in Höhe von TEUR 5.711 getätigt haben. Werden die genannten Umlagezahlungen nicht berücksichtigt, ergab sich in 2016 ein Jahresfehlbetrag von TEUR 5.030.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

In der Übersicht auf der folgenden Seite sind die Bilanzposten zum 31.12.2016 den Werten zum 31.12.2015 gegenübergestellt. Die wesentlichen Veränderungen der einzelnen Bilanzposten sind nachfolgend erläutert_

Gegenüber dem Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis bestanden zum 31.12.2016 Forderungen i. H. v. TEUR 98. Diese Forderungen betreffen jedoch nicht die planmäßig vom Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis TEUR 3.011 unterjährig überwiesenen Umlagen, sondern übrige Schlussabrechnungen.

Umgruppierungen zwischen den „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ und „sonstigen Vermögensgegenständen“, erfolgten aufgrund zwingender Vorgaben des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von TEUR 183 in 2015 um TEUR 1.020 auf TEUR 1.203. Hauptsächlich sind hier die Kosten der Sanierung des Hasselborner Tunnels mit TEUR 1.000.

Die Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Zusatzleistungen im Regionalbusverkehr (RBNV, TEUR 99) und Verkehrs-Service-Verträgen (VSV, TEUR 271) sowie rückständige Infrastrukturausgleichsleistungen (TEUR 93) und Mittel für das Einnahmeaufteilungsverfahren (EAV) 2016 (TEUR 2.474).

Die Erhöhung des passiven Abrechnungspostens (PRAP) von TEUR 4.922 in 2015 auf TEUR 5.134 in 2016 sind hauptsächlich auf die Erlössteigerungen im Bestell- und

Bezahlwesen der CleverCards und der damit einhergehenden Verpflichtung der Abgrenzung zurückzuführen.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklungen und Chancen

Es ist für die nächsten Jahre weiterhin damit zu rechnen, dass auf Grund knapper Finanzierungsmittel für den ÖPNV die Finanzsituation schwierig bleibt. Es gilt daher den Status Quo im ÖPNV Angebot zu sichern und damit eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Da die Schüler/-innen die wichtigste Kundengruppe im ländlichen Raum darstellen, gilt es insbesondere den Herausforderungen einer sich wandelnden Schullandschaft sowie zurückgehender Schülerzahlen Rechnung zu tragen. Nach der Neuausschreibung von zwei Verkehrsverträgen erwartet die Gesellschaft mit der Vergabe an mittelständische Unternehmen aus der Region eine stabile Entwicklung für die nächsten Jahre.

Eine Chance für die Tarifentwicklung wird in der im Jahre 2016 getätigten Einführung des Modellprojektes „*der neue RMVsmart Tarif*“ gesehen.

Abzuwarten bleibt darüber hinaus die im März 2017 beschlossene Einführung des „hessenweiten Schülertickets“. Dieses Ticket wird die Produkte der „CleverCards Familie“ ab dem Schuljahr 2017/2018 ablösen. Mit diesem Ticket können Auszubildende, Schüler und Schülerinnen hessenweit für 365/Jahr unterwegs sein. Das Land Hessen sieht in diesem Ticket die Möglichkeit junge Menschen verstärkt an den ÖPNV heranzuführen und erhofft sich eine Zunahme von bis zu 10 % mehr Fahrgästen.

Aufgrund der Entwicklung in der Zinspolitik wurden von den Hausbanken (Sparkasse Wetzlar und Weilburg) Anfang 2017 kurzfristig für die liquiden Mittel der VLDW mbH Strafzinsen angekündigt.

Um hier keine Aufwendungen für die VLDW mbH auszulösen, wurde in Absprache mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Landrat Michel, sowie dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung Landrat Schuster und dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Schreiber, jeweils eine sogen. „Liquiditätshilfe“ bei Bedarf für die beiden Hauptgesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg vereinbart.

Zurzeit der Erstellung des Lageberichtes 2016 betraf dies den Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis.

Ergebnisprognose für das folgende Geschäftsjahr

Der Wirtschaftsplan 2017 wurde mit TEUR 20.941 Einnahmen und TEUR 21.287 Aufwand festgesetzt, die in voller Höhe auf den Erfolgsplan entfallen. Damit wird für das Jahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 346 gerechnet.

Hierbei ist zu beachten, dass Zahlungen des Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis mit TEUR 2.980 und des Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 2.700 bereits in den Einnahmen des Erfolgsplanes berücksichtigt wurden.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die Einführung des hessenweiten Schülertickets und die Erwartung des Landes Hessen von einem Zuwachs von bis zu 10 % an Fahrgästen kann auch gleichzeitig als „Risiko“ gesehen werden; Bei einem Eintreffen dieser Prognose, bedeutet dies im Umkehrschluss eine Erwartungshaltung an zu Verfügung stehenden Kapazitäten. Dies birgt ein nicht unerhebliches Risiko an zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für zusätzliche Fahrzeuge und Personal.

Bisher liegen noch keine Ergebnisse der im Lagebericht 2015 bereits aufgeführten Verbunderhebung 2016 vor. Es wird aber weiterhin davon ausgegangen, dass von einer Verschiebung hin zum Regionalverkehr auszugehen ist. Problematisch für die Zukunft bleibt in diesem Zusammenhang auch die Haushaltslage der Aufgabenträger, sollte das befürchtete Ergebnis der Verbunderhebung sich bewahrheiten, kann hier für den ÖPNV mit weiteren Einschränkungen gerechnet werden.

Es folgt hier explizit nochmals ein Hinweis auf die Problemlage „Personal“.

2.9 FrankfurtRheinMain GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt am Main	
Homepage:	www.frm-united.com	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:		
	Stadt Frankfurt am Main	(37,5%)
	IHK Forum Rhein-Main	(7,5%)
	Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	(5,0%)
	Landeshauptstadt Wiesbaden	(4,0%)
	Main-Taunus-Kreis	(3,5%)
	Main-Kinzig-Kreis	(3,5%)
	Kreis Offenbach	(3,5%)
	Hochtaunuskreis	(3,5%)
	Land Hessen	(3,25%)
	Regionalverband FrankfurtRheinMain	(3,0%)
	Kreis Groß-Gerau	(2,5%)
	Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	(2,5%)
	ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	(2,0%)
	Stadt Offenbach am Main	(2,0%)
	Wissenschaftsstadt Darmstadt	(2,0%)
	Stadt Eschborn	(2,0%)
	Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	(1,0%)
	Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	(1,0%)
	Stadt Rüsselsheim am Main	(1,0%)
	Stadt Hanau	(1,0%)
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	(1,0%)
	Kreis Bergstraße	(1,0%)
	Rheingau-Taunus-Kreis	(1,0%)
	Odenwaldkreis	(0,5%)
	Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	(0,5%)
	Stadt Neu-Isenburg	(0,5%)
	Stadt Dreieich	(0,5%)
	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing off he Region	(3,75%)
Stammkapital:	250.000 Euro	
Gründungsjahr:	24. März 2005	
Gesell.-vertrag:	24. März 2005, Änderung vom 15. Februar 2012	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing off he Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraumes zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraumes und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraumes ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild und die Marke des Wirtschaftsraumes zu entwickeln und zu pflegen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

Menges Eric
Schwebel Oliver

Geschäftsführung
Geschäftsführung

Aufsichtsrat:

Albers Burkhard
Bendel Detlev
Prof. Dr. Bender Wilhelm
Burghardt Patrick
Cyriax Michael
Engelhardt Christian
Feldmann Peter
Frank Markus
Geiger Matthias
Gräßle Matthias
Herkströber Martin
Herzog Klaus
Hetjes Alexander W.
Hunkel Herbert
Kaminsky Claus
Kowol Andreas
Krebs Ulrich
Matiaske Frank
Prof. Dr. Müller Mathias
Partsch Jochen
Paulsen Uwe
Pipa Erich
Quilling Dirk-Oliver
Dr. Riess Christof
Samson Mathias
Schellhaas Klaus Peter
Scherf Jens Marco
Schneider Horst
Stüve Ludger
Will Thomas
Zimmer Dieter

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	2016 in €	2015 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	73.761,83	63.195,83
Grundstücke, Bauten	30.596,00	3.165,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.026,00	99.259,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:		
- aus Lieferungen und Leistungen	178.554,82	135.394,86
sonstige Vermögensgegenstände	36.519,44	78.925,40
Kassenbestand	<u>1.287.858,49</u>	<u>1.707.988,29</u>
	1.502.932,75	1.922.308,55
Rechnungsabgrenzungsposten	439.717,89	1.922.308,55
SUMME AKTIVA	2.134.035,47	2.240.879,08
Passiva		
gez. Kapital	240.625,00	238.125,00
Kapitalrücklage	25.103.910,74	24.750.205,07
Bilanzverlust	<u>-23.575.441,53</u>	<u>-23.371.448,62</u>
	1.769.094,21	1.616.881,45
Sonstige Rückstellungen	137.824,50	242.849,00
Verbindlichkeiten	227.116,76	381.148,63
SUMME PASSIVA	2.134.035,47	2.240.879,08

Gewinn- und Verlustrechnung		
	2016 in €	2015 in €
Umsatzerlöse	848.743,87	703.652,74
+ sonstige betriebliche Erträge	126.900,57	73.541,13
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.208.763,96	1.914.149,75
Rohergebnis		
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	1.300.570,03	1.268.297,06
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	316.891,45	293.569,48
Abschreibungen auf Sachanlagen		
- sonstige betriebliche Aufwendungen	854.851,82	850.330,41
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	271,45	1.934,72
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-27.531,63
Sonstige Steuern	766,33	361,42
Jahresfehlbetrag/-überschuss	3.760.287,24	3.556.294,33

Lagebericht

Nachdem im Jahr 2013 die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses Ausrichtung, Kernbranchen und Kernländer neu für sich definiert hatte, wurde im Jahr 2015 die konsequente Implementierung und Umsetzung der neu definierten Schwerpunkte fortgesetzt. Auf Basis der neuen Fokussierung konnten neue Gesellschafter gewonnen und ausgetretene Gesellschafter von der Rückkehr überzeugt werden. Nachdem bereits im Jahr 2014 der Gesellschafterkreis wieder erweitert werden konnte, kamen in 2015 weitere Eintritte und Anteilserhöhungen dazu. Die Stadt Neulsenburg übernahm 0,5 % der Anteile, die Hessische Landesregierung kehrte (über das Wirtschaftsministerium) mit 3,25 %, ebenso wie der Rheingau Taunuskreis mit 1 %, in den Kreis der Gesellschafter zurück. Der Regionalverband Frankfurt-RheinMain sowie der Bayrische Untermain verdoppelten ihre Anteile um 1,5 % respektive 1 %. Leider hat die Stadt Offenbach wie in 2014 bereits angekündigt in 2015 Ihren Anteil von 4 % auf 2 % reduziert. Weiterhin hat der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V. (Wifö e.V.) seinen Anteil zum 31.12.2016 gekündigt. Dies wurde durch zwei Neueintritte im Jahr 2016 kompensiert: der Odenwaldkreis und die Stadt Dreieich sind beide mit jeweils 0,5 % neue Gesellschafter der FRM GmbH, rückwirkend zum 01.01.2016.

Als sehr positive Entwicklung sieht die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Gesellschaft, dass der Gesellschaft weiterhin mehrere Anfragen nach zusätzlichen Anteilsübernahmen von potentiellen neuen Gesellschaftern vorliegen. So hat der Landkreis Limburg-Weilburg im Wege eines eigenen Gremienbeschlusses erklärt, Gesellschafter der FRM GmbH zum 01.01.2017 mit 1 % werden zu wollen. Die formalrechtliche Umsetzung erfolgt dann im Jahr 2017, was auch die finanzielle Position der Gesellschaft weiter verbessert. Die Geschäftsführung wertet dies als Zeichen, dass die positive Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft wahrgenommen wird und sich die in 2013 beschlossene Strategie bewährt.

Im Jahr 2016 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region 55.292.434 zielgruppenrelevante Medienkontakte. 8.081 Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht.

Daraus ergaben sich 271 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsanfragen in der Region und 105 konkrete Ansiedlungsprojekte. Im Jahr 2016 konnten dann 42 Unternehmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden. Insgesamt wurden 79 neue ausländische Ansiedlungen bei der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region registriert (42 begleitet durch die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region und 37 weitere registrierte Ansiedlungen).

Ca. ein Drittel der registrierten Ansiedlungen kamen aus dem Länderbereich China/Taiwan (28 Ansiedlungen), aus den USA (20 Ansiedlungen) und ca. 1/7 der Ansiedlungen aus Großbritannien (11 Ansiedlungen). Durch Delegationsreisen, Standortseminare, Roadshows, Messen und Konferenzen im Ausland kontaktierte die Gesellschaft 3.768 interessierte Unternehmensvertreter, während über 4.313 ausländische Besucher an von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region organisierten Veranstaltungen teilnahmen. Als die vier Top-Branchen der von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region begleiteten Ansiedlungen lassen sich „IKT (Informations- und Kommunikationstechnik)“ mit 7 von

79 Ansiedlungen, „Automobilwirtschaft“ mit 7 von 79 Ansiedlungen und "Konsumgüter/Retail“ mit 6 Ansiedlungen identifizieren.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beteiligte sich als Premium-Plus-Partner am gemeinsamen Auftritt der Region FrankfurtRheinMain auf der Immobilienmesse MIPI in Cannes (Frankreich), der von der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH organisiert wird.

Im Bereich Online Marketing hat die Gesellschaft neben der bestehenden Firmenwebsite frm-united.com und frm-united.de die Aktivitäten in social media, insbesondere Facebook, Weibo (China) und Twitter weiter verstärkt. Neu sind die Aktivitäten bei WeChat in China. Im Gegensatz zu westlichen Pendanten wie WhatsApp bietet WeChat auch diverse Zusatzservices an. Schon heute hat WeChat über 762 Millionen Nutzer. Aktivitäten des Kompetenzzentrums im Jahr 2016
Arbeitstreffen Kompetenzzentrum:

Am 23.02.2016, 05.07.2016 und am 27.09.2016 fanden jeweils die „Arbeitstreffen Kompetenzzentrum“ statt. Den Teilnehmern wurden aktuelle Themen präsentiert. Im Anschluss an die Vorträge bot sich den teilnehmenden Akteuren die Möglichkeit des gemeinsamen Austauschs. Am 22.07.2016 organisierte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region einen Seminartag in Kooperation mit der Hessen Trade & Invest GmbH.

EXPO REAL 2016:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernahm 2014 erstmalig die Organisation und Durchführung des Gemeinschaftsstandes des Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V. (nach Abschluss der Dienstleistungsvereinbarung am 30.06.2014 zwischen dem Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V. und der Gesellschaft). Seit 2004 organisiert der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V. einen Gemeinschaftsstand auf der EXPO REAL (Europas größte B2B-Fachmesse für Immobilien und Investitionen) in München. Die Durchführung und Organisation der EXPO REAL erfolgte 2016 wie auch 2015 auf eigene Rechnung und auf eigenen Namen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region.

Die FrankfurtRheinMain International Marketing of the Region führte mit Unterstützung einer Anwaltskanzlei im Rahmen einer Dienstleistungsbeauftragung ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für den Messebau durch, welches in 2015 begann und im April 2016 endete. Es ist erstmals gelungen, ein gemeinsames Standkonzept für die Metropolregion FrankfurtRheinMain mit den Städten Bad Homburg, Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Wiesbaden und dem Regionalstand des Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V. zu entwickeln. Das Ausstellungskonzept rückt vor allem den starken Zusammenhalt der Region in den Fokus. Die Ausstellungsbereiche der sechs Partner wurden deshalb von einem umlaufenden, weithin sichtbaren roten Banner „Metropolregion FrankfurtRheinMain“ eingerahmt. Auf diesem Banner sowie auf den einzelnen Standflächen wurde eine immer wiederkehrende Netzgrafik präsentiert. Dadurch wurde den Besuchern stets das Motto „Vernetzung“ dieses Gemeinschaftskonzeptes der Metropolregion vor Augen geführt. Auch farblich hob sich das Ausstellungskonzept deutlich von anderen ab. Neben dem Banner wurde der Bodenbelag einschließlich der Gangflächen durchgängig in

Grau gehalten, um eine einheitliche Gesamtfläche zu suggerieren. Auf die Standflächen der sechs Partner wurde mit roten Highlight-Flächen hingewiesen. Der Messeauftritt der Metropolregion FrankfurtRheinMain, mit einer Grundfläche von rund 1.000 m², vermittelt Zusammengehörigkeit, erlaubt aber den einzelnen Städten dennoch ihre individuelle Präsentation.

In 2016 konnten final 16 Standpartner und sechs Sponsoren gewonnen werden, jeweils zu 50 % Gebietskörperschaften und zu 50 % Unternehmen, erstmals mit dem neuen Standkonzept.

Planung MIPIM 2017:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region unterstützte auch die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung beim EU-weiten Ausschreibungsprozess für den Messebau, der Zuschlag erfolgte am 04.12.2016.

Projekt FrankfurtRheinMain (FRM) 2030:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region hat eine Dienstleistungsvereinbarung mit dem FrankfurtRheinMain – Verein zur Förderung der Standortentwicklung e. V. abgeschlossen. Diese beinhaltet die Beauftragung und Koordination des Projekts FRM 2030 und darauf aufbauend die Koordination des Strategieprozesses zur Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Das Projekt hat zum Ziel, für gesonderte Handlungsfelder die Chancen und Herausforderungen der Region FrankfurtRheinMain zu identifizieren und die räumlichen Verflechtungen in der Region darzustellen, unabhängig von Gemarkungsgrenzen. Dies geschieht mittels einer Mikroanalyse (Gebiet des Regionalverbandes), einer Makroanalyse (Gebiet der Metropolregion FrankfurtRheinMain) und einer zusammenfassenden Analyse, die von der Firma PricewaterhouseCoopers erstellt wird.

Ein Management Summary wurde bereits am 17.05.2016 am Tag der Metropolregion in der IHK Frankfurt am Main durch die Firma PricewaterhouseCoopers präsentiert. Die Analysephase wurde im Sommer/Herbst 2016 abgeschlossen.

Im Zeitraum vom 08.09. bis 30.09.2016 wurden 2.699 regionale Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und weiteren Gesellschaftsbereichen gebeten, an einer Online-Umfrage zur Zukunftsentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain teilzunehmen. Die Rücklaufquote betrug 19,4%. Am 25.11.2016 fand ein Kick-off-Workshop für die geplanten Zukunftswerkshops statt, welche für das erste Quartal 2017 mit folgenden Themenfeldern geplant sind:

Themenkomplex „Wohnen und Demografischer Wandel“ (Wohnen)

Themenkomplex „Mobilität und Energie“ (Infrastruktur)

Themenkomplex „Bildung und Wissenschaft“ (Wissen)

Themenkomplex „Wirtschaft und Internationalität“ (Wirtschaft)

Themenkomplex „Tourismus, Kultur und Sport/Gesundheit“ ([Er-]Lebensqualität)

Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V.:

Seit dem 01.07.2014 verantwortet die FRM GmbH als Dienstleister sowohl die Betreuung der Geschäftsstelle des Wifö e. V. als auch die Durchführung und Organisation des Gemeinschaftsstandes der Region Frankfurt RheinMain auf der Immobilienmesse EXPO REAL in München. Am 20.04.2016 fand die 68. Vorstandssitzung und am 13.09.2016 die 69. Vorstandssitzung statt. Am 13.12.2016 organisierte die FRM GmbH die jährliche Mitgliederversammlung des Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V..

Ertragslage:

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Dienstleistungen, wie der Durchführung diverser Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2016 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 849 (Vorjahr TEUR 704) erzielt. Die Gesellschaft geht auch weiterhin davon aus, langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten durch Erlöse über die zusätzliche Einrichtung eines Kompetenzzentrums decken zu können. Der Jahresfehlbetrag der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt TEUR -3.760 nach TEUR -3.556 im Vorjahr. Diese Erhöhung des Jahresfehlbetrags um TEUR 204 geht im Wesentlichen auf insgesamt verstärkte Aktivitäten und die damit verbundenen Ausgaben, basierend auf den zusätzlichen Gesellschafterzuzahlungen, zurück. Insgesamt betrachtet bewegte die Gesellschaft sich aber innerhalb des durch die Gesellschafterversammlung beschlossenen Budgetrahmens. Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass der Anteil der Erlöse aus Beteiligungen Dritter und durch Projekte des Kompetenzzentrums in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass langfristig im Durchschnitt ein höherer Anteil der Kosten durch Erlöse, auch durch die zusätzliche Einrichtung des Kompetenzzentrums, gedeckt werden kann.

Prognosebericht:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen in der Region steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, dem Aufsichtsrat bis zum 31. Mai eines jeden Jahres den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan auf Empfehlung des Aufsichtsrates. Dieser Wirtschaftsplan umfasst neben dem Erfolgs- und Finanzplan auch eine fünfjährige Finanz- und Personalplanung. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde dem Aufsichtsrat fristgerecht vorgelegt und in der Gesellschafterversammlung am 14.06.2016 beschlossen. Weiterhin hat die Gesellschafterversammlung, nach vorheriger Vorlage im Aufsichtsrat, eine Ergänzung des Wirtschaftsplans 2017 am

08.12.2016 beschlossen. Sollte sich der Trend weiterer Eintritte fortsetzen, ist für die Zukunft eine Kapitalerhöhung im Bereich des Möglichen zu sehen.

Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung im Jahr 2017 ein entsprechendes Budget durch Zuzahlungen in Höhe von TEUR 3.810 und durch Entnahmen aus den Rücklagen zur Verfügung. Allerdings ist wie bereits beschrieben auch mit einer zusätzlichen Erhöhung der Umsatzerlöse zu rechnen. Die Wirtschafts- und Projektplanung wird entsprechend angepasst sollten sich durch neue Gesellschafter neue Umstände ergeben.

Anzumerken ist, dass die Gesellschaft auch künftig – nach derzeitiger Planung – nur einen Teil der Kosten durch Erlöse wird decken können.

Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelbestand auch noch vorhanden.

Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind als sehr positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain, d. h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und wettbewerbsfähig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Durch die Gründung des Kompetenzzentrums wird die Gesellschaft intensiver und besser mit der Region und den mit Wirtschaftsförderung betrauten Stellen in der Region vernetzt. Weiterhin ergeben sich durch das Kompetenzzentrum vielfältige neue Möglichkeiten der Einnahmenerzielung.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Die Gesellschaft blickt voll positiver Erwartung in die Zukunft. Aufgrund der Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen und der Neuausrichtung im Jahr 2013 geht die Gesellschaft davon aus, dass es auch in den kommenden Jahren gelingen wird, weitere neue Gesellschafter und ausgetretene Gesellschafter zurückzugewinnen sowie weitere Finanzmittel anzuwerben.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 41, 65549 Limburg	
Homepage:	www.ksk-limburg.de	
Handelsregister	Amtsgericht Limburg HRA 994	
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1908	
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	2,56 %
	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	0,77 %
	Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	1,21 %
	Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
	Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
	Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
	Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
	Teliko GmbH	9,60 %
	Lord Zweite Filmproduktion GmbH & Co. KG	1,15 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
	Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
	Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat (15 Mitglieder, davon 5 Vertreter der Arbeitnehmer)	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister i.R.	stv. Vorsitzender
	Andreas Alfa	
	Lothar Blättel	(bis 7.12.2016)
	Nathalie Bleul	(ab 8.12.2016)
	Ludger Burdich	(ab 8.12.2016)
	Natalie Distler	(ab 8.12.2016)
	Wolfgang Erk	(bis 7.12.2016)
	Jörg Groos	(bis 7.12.2016)
	Paul-Josef Hagen	(ab 8.12.2016)
	Alexander Hilb	
	Christel Höhler-Heun	(ab 8.12.2016)
	Silvia Lissner	
	Jörg Mackauer	
	Karl-Heinz Marx	(bis 7.12.2016)
	Karl Nießler	
	Thomas Plückebaum	(bis 7.12.2016)
Alexander Poppe	(ab 8.12.2016)	
Wolfgang Sandner	(bis 8.12.2016)	
Dr. Frank Schmidt		
Wolfram Uhe		
Vorstand	Patrick Ehlen	Vorstandsvorsitzender
	Mario Rohrer	Vorstandsmitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2016 auf 456 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 62 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz	2016	2015	2014
Aktiva	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	10.384	20.779	108.209
Forderungen an Kunden	938.986	904.150	881.230
Wertpapiere	424.202	456.030	346.183
Übrige Aktiva	55.059	57.118	60.853
Bilanzsumme	1.428.632	1.438.076	1.396.475
	2016	2015	2014
Passiva	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	120.518	204.641	207.545
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.114.884	1.054.380	1.029.543
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.662	9.684	6.729
Eigene Mittel	151.892	143.103	131.726
Übrige Passiva	27.676	26.268	20.932
Bilanzsumme	1.428.632	1.438.076	1.396.475

Gewinn- und Verlustrechnung Entwicklung der Ertragslage	2016 in TEUR	2015 in TEUR	2014 in TEUR
Zinsüberschuss	32.090	35.674	34.409
+ Provisionsüberschuss	9.344	9.716	8.833
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0	0
- Personalaufwand	18.782	19.072	19.308
- Sachaufwand	9.544	9.703	9.990
+/-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	+50	+218	+2.034
= Betriebsergebnis vor Bewertung	13.158	16.833	15.978
- Bewertung/Risikovorlage	6.812	9.663	11.233
= Betriebsergebnis nach Bewertung	6.346	7.170	4.745
- außerordentliches Ergebnis	0	0	0
- Steueraufwand	3.857	4.675	2.340
= Jahresüberschuss nach Steuern	2.489	2.495	2.405

Kennzahlen

TEUR bzw. %	2016	2015	2014
Eigenmittel gem. SolvV bzw. CRR	154.500	141.800	126.100
Kernkapitalquote %	19,90	18,70	17,80
Gesamtkennziffer %	21,50	20,20	18,40
Eigenkapitalrentabilität %	8,50	11,60	10,90
Cost-Income-Ratio %	67,90	63,70	64,00

TEUR bzw. %	2016	2015	2014
Anzahl Girokonten	49.068	48.755	48.070
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	41.483	43.201	44.798
Anzahl Kundendepots (Depot B)	8.764	8.765	8.893
Stiftungskapital (TEUR)			
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	255	255	255

Situationsbericht

Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2016 178 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg) und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg setzt sich für die Förderung von Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport und Forschung/Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg ein.

Im Hinblick auf den intensiven Wettbewerb in der Finanzbranche hat die Sparkasse im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis erreicht, mit dem wir zufrieden sind. Auf Basis von Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierungen und einem höheren Zinsüberschuss konnte das Geschäftsjahr mit einem leicht höheren Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr abgeschlossen werden.

Die Sparkasse ermittelt ein Bewertungsergebnis aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere, aus Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft und aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere.

Dieses betrug nach den gemäß §§ 340c Abs. 2 und 340f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnungen mit entsprechenden Erträgen insgesamt -0,5 Mio. EUR und lag aufgrund der besseren Ergebnisse im Wertpapier- und Kreditgeschäft günstiger als der prognostizierte Wert und niedriger als der Vorjahreswert.

Nach Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 6,3 Mio. EUR (Zuführung im Vorjahr: 8,9 Mio. EUR) ergibt sich ein Bewertungsergebnis von -6,9 Mio. EUR. Damit liegen wir aufgrund der besseren Ergebnisse im Wertpapier- und Kreditgeschäft günstiger als der prognostizierte Wert und über dem Vorjahreswert von -9,7 Mio. EUR.

Das Kreditvolumen lag über den Erwartungen der Sparkasse. Die Zusagen verteilen sich über alle Kundengruppen hinweg, wobei der Privatkundenbereich am deutlichsten stieg. An Privatkunden waren 62,0 % des Kreditvolumens (Vorjahr: 60,4 %) und an Unternehmen und Selbstständige 34,6 % (Vorjahr: 36,1 %) ausgeliehen. 2016 sagten wir neue Darlehen in Höhe von 209,1 Mio. EUR zu (Vorjahr: 181,7 Mio. EUR). Die Ursachen für diese erfreuliche Entwicklung sehen wir in Investitionsanreizen durch das niedrige Zinsniveau, dem Ausbau unserer digitalen Vertriebskanäle und in der von unseren Kunden geschätzten kompetenten Beratung in Verbindung mit kundenorientierten Produkten.

Durch die Steigerung im Kundenkreditgeschäft und nicht wieder angelegte Volumen aus Fälligkeiten reduzierte sich der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 31,8 Mio. EUR. Auf Wiederanlagen haben wir aufgrund der guten Entwicklung des Kundenkreditgeschäfts verzichtet, zumal uns Anlagen in Papiere von Emittenten mit zweifelsfreier Bonität derzeit aufgrund der Niedrigzinsphase wenig attraktiv erscheinen.

Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Prognose:

Durch das schwierige Umfeld und die Bedingungen im Kreditgewerbe sehen wir der Zukunft bei der Ertragslage pessimistischer entgegen. Das von uns erwartete niedrigere Ergebnis führt aber zu keiner Einschränkung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse und erfüllt alle regulatorischen Mindestanforderungen.

Wir erwarten, dass sich unsere Aufwand-Ertrags-Relation für 2017 aufgrund der sinkenden Erträge spürbar verschlechtert. Für die Finanzlage der Sparkasse erwarten wir 2017 nach wie vor eine Liquiditätskennzahl deutlich über der Mindestanforderung von 1,0. Ebenso werden wir die kurzfristige Liquiditätskennziffer „LCR“ deutlich erfüllen.

Die gemeinsam mit dem Verwaltungsrat festgelegte Strategie für die nächsten Jahre beschreibt Handlungsoptionen zu Zins-, Personal-, Vertriebs- und Kostenthemen. Dadurch sind wir optimistisch ausreichende Betriebsergebnisse oberhalb des Durchschnitts der übrigen Sparkassen im Verbandsgebiet zu erzielen.

3.2 Kreissparkasse Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.ksk-weilburg.de		
Handelsregister:	Amtsgericht Limburg HRA 2227		
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg		100%
Gründungsjahr:	1904		
Kommanditanteile:	SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	885 TEUR	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Hans-Peter Schick, Bürgerm. Weilburg	stellv. Vorsitzender
	Friedhelm Bender	
	Dr. Ralf Bletz	(bis 8.11.2016)
	Dr. Bettina Dannewitz	(seit 8.11.2016)
	Willy Eltgen	
	Jan Erbe	
	Bruno Götz	(bis 8.11.2016)
	Alexandra Gürth	(seit 8.11.2016)

	Dr. Johannes Hanisch	(seit 8.11.2016)
	Oliver Bernd Herbert	(seit 8.11.2016)
	Ruprecht Keller	
	Uwe Ketter	
	Stephan May	
	Christine Ost	(seit 8.11.2016)
	Dr. Frank Schmidt	
	Jochen Schmidt	(bis 8.11.2016)
	Bettina Schuhmann	(bis 8.11.2016)
	Sybille Theis-Schermuly	
	Florian Würz	(bis 8.11.2016)
Vorstand	Stefan Hastrich	Vorsitzender
	Stephan Gürtler	Mitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2016 auf 458 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 57 TEUR.

Situationsbericht

Rechtliche Rahmenbedingungen

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Bilanzsumme/Geschäftsvolumen

Das Geschäftsvolumen zum 31.12.2016, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stieg im Vergleich zum Bilanzstichtag 2015 um 14,0 Mio. EUR auf 1.007,7 Mio. EUR. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 13,4 Mio. EUR bzw. 1,4 % auf 981,8 Mio. EUR und die Eventualverbindlichkeiten erhöhten sich um 0,6 Mio. EUR bzw. 2,3 % auf 26,0 Mio. EUR. Die Ursachen für die Ausweitung der Bilanzsumme liegen im gestiegenen Kundengeschäft im Einlagenbereich sowie bei den Forderungen an Kreditinstitute und gehen damit mit der Planung konform.

3.3 Nassauische Sparkasse



Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau:
Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt/Main
Hochtaunuskreis
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1840

Anteilsbesitz:	Naspa Direkt GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100 %
	Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75 %
	Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100 %
	Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %
	Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100 %
	Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100 %

Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	10,4 %
mittelbar:	Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	7,0 %
	DekaBank	1,2 %
	Landesbank Berlin	1,2 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung, sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Kundenkreditvolumen und –einlagen konnten ab 2013 spürbar gesteigert werden. Bei letzteren zeigt sich der infolge des Niedrigzinsumfeldes anhaltende Trend zu kurzfristigen Einlagen auch in der veränderten Struktur des Kontenbestandes. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main, sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen, sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Trägers

Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender)
Michael Baumann (ab 17. Oktober 2016)
Andreas Fabich (bis 31. August 2016)
Bertram Theilacker

Verwaltungsrat: Landrat Manfred Michel
Dr. Frank Schmidt (bis 30. August 2016)

Verbandsvorstand: Dr. Norbert Zabel
Andreas Bendel (ab 30. August 2016)

Verbandsversammlung: Regina Heep
Ruprecht Keller
Wolfgang Lippe (bis 30. August 2016)
Markus Sabel (ab 30. August 2016)

Bezüge

Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 2.200 TEUR.

Situationsbericht

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % auf 16.531 Mrd. EURO. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Zinsüberschuss um 17.2 Mio. EURO, jedoch nicht so stark wie erwartet. Der Provisionsüberschuss liegt jedoch über den Erwartungen und mit 85.3 Mio. EURO leicht unter dem Vorjahresergebnis. Der Personal- und Sachaufwand einschließlich der Abschreibungen entwickelte sich positiver als erwartet und liegt mit 207.4 Mio. EURO 4,3 % unter dem Vorjahresniveau. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 50,9 Mio. EURO steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Unternehmensdaten

Bilanz	2016 in	2015 in	2014 in
Aktiva	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	418	564	565
Forderungen an Kunden	9.096	8.822	8.282
Wertpapiere	1.143	1.303	1.433
Finanzanlagen	117	116	127
Übrige Aktiva	444	495	396
Bilanzsumme	11.218	11.300	10.803
Passiva	2016 in	2015 in	2014 in
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.378	1.291	1.158
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	8.523	8.702	7.977
Verbriefte Verbindlichkeiten	188	177	192
Eigene Mittel	945	922	888
Übrige Passiva	184	208	588
Gesamt	11.218	11.300	10.803
Eventualverbindlichkeiten	227	211	233

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in	2015 in	2014 in
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	236,0	253,2	238,1
Provisionsüberschuss	85,3	86,8	86,2
Personal-/Sachaufwand	207,4	216,7	211,15
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,0	2,0	2,0
Handelsbestand	1,2	1,2	1,1
Betriebsergebnis vor Bewertung	113,1	122,5	111,9
Bewertungsergebnis	-44,0	+82,6	+6,7
Betriebsergebnis nach Bewertung	69,1	205,1	118,6
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	14,8	-156,9	-80,8
Steuern	-33,0	-14,2	-8,9
Bilanzgewinn	50,9	34,0	28,9

Prognosebericht

Für das Jahr 2017 gehen die einschlägigen aktuellen Prognosen von einer erneut guten Entwicklung in Deutschland aus. Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe prognostizieren dabei eine weiterhin leicht ansteigende Erwerbstätigkeit mit einer leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit. Das Wachstum des realen, kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes wird dabei auf 1,3 % geschätzt. Somit wird das Jahr 2017 voraussichtlich ein erneut gutes Konjunkturjahr und das vierte Jahr in Folge mit einem Wachstum über dem Durchschnitt der letzten Dekade.

Insgesamt erwartet die Naspa für das kommende Geschäftsjahr Erträge – Zinsen und ordentliche Erträge – unter dem Ertragsniveau des Vorjahres. Das anhaltend niedrige Zinsniveau wirkt sich nach wie vor belastend auf den Zinsüberschuss aus. Weiterhin wurden bei den Planungsrechnungen keine ergebnisstabilisierenden Maßnahmen für das Jahr 2017 berücksichtigt. Beim Provisionsüberschuss prognostiziert die Sparkasse einen leichten Rückgang, welcher sich aus rückläufigen Erträgen im

Vermittlungsgeschäft sowie verminderten Gebührenerträgen durch regulatorische Vorgaben ergibt.

Der erwartete Bewertungsaufwand wird im Vorjahresvergleich deutlich höher ausfallen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr führten hohe Auflösungen von Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft zu einem, ohne Berücksichtigung der Zuführung von Vorsorgereserven nach § 340g HGB in Höhe von 58,1 Mio. EUR, per saldo positiven Bewertungsergebnis. Diese Entwicklung wird sich nach den Planungen der Sparkasse nicht fortsetzen, sodass mit geringeren Auflösungen gerechnet wird. Der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft wird aufgrund von absehbaren „über pari“-Abschreibungen ansteigen. Das neutrale Ergebnis ist im abgelaufenen Geschäftsjahr durch Sonderfaktoren begründet, die für die Planungsrechnungen 2017 unberücksichtigt bleiben. Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin mit einer positiven Eigenkapitalrentabilität gerechnet. Das außerordentlich gute Ergebnis des Vorjahres wird aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen planmäßig nicht mehr erzielt werden können, dennoch wird es zufriedenstellend bleiben.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR



Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.taunus.info

Mitglieder: Bad Homburg v.d.Höhe, Hochtaunuskreis,
Landkreis Limburg-Weilburg, Stadt Bad Camberg,
Stadt Oberursel, Gemeinde Weilrod,
Gemeinde Schmitten, HoGa Taunus

Gründungsjahr: 1970

Verbandsumlage: 1.124,80 Euro

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Folgende Aufgaben nimmt die Gesellschaft Hochtaunusstraße GbR wahr:

- die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
- für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
- die in den Orten an dieser Straße stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
- die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
- auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

Organe der Gesellschaft

Verbandsvorstand: Landrat Ulrich Krebs Vorsitzender
Wolfgang Erk stellv. Vorsitzender

Geschäftsführerin: Daniela Krebs

Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg: Lars Wittmaack (WfG)

4.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm



Unternehmensportrait

Adresse:	Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt		
Homepage:	www.naheimst.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:			
(Auszug)	Land Hessen	61.545.124,07 Euro	56,021 %
	Stadt Frankfurt	34.180.833,71 Euro	31,113 %
	LK Limburg-Weilburg	9.970,19 Euro	0,009 %
Stammkapital:	109.860.775,22 Euro		
Gründungsjahr:	26.06.1928		
Gesell.-vertrag:	vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011		

Beteiligungen: (Auszug, hier nur Beteiligungen über 20 %)

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebs GmbH, Frankfurt/ Main	60,00 %
NH Projektstadt GmbH, Frankfurt am Main	100,00 %
MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH	100,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH, Dietzenbach	33,33 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.

Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsoli-

dert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilsenerwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	Priska Hinz Peter Feldmann Jens Bersch Markus Amon Ulrich Baier Oliver Baltes (seit 1. Juli 2016) Dagmar Brinkmann Gerd Brückmann Ulrich Caspar Elmar Damm Martina Feldmeyer (seit 1. Juli 2016) Dr. Christian Hermann Hans-Joachim Hertling (bis 1. Juli 2016) Christian Hey (seit 1. Juli 2016) Marion Hofmann Wolfgang Koberg Andreas Koch (bis 1. Juli 2016) Werner Koch Bernhard Köppler Sascha Langknecht (bis 1. Juli 2016) Dr. Walter Lübcke Elke Maiberger (bis 1. Juli 2016) Peter Mensinger (bis 10. Oktober 2016) Thomas Metz (bis 1. Juli 2016) Dr. Frank Roland (seit 1. Juli 2016) Jan Schneider (seit 10. Oktober 2016) Ulrich Türk (seit 1. Juli 2016) Thomas Völker (seit 1. Juli 2016) Astrid Wallmann (seit 29. April 2016)	Vorsitzende stv. Vorsitzender stv. Vorsitzender
Geschäftsführung	Dr. Thomas Hain Dr. Constantin Westphal Monika Fontaine-Kretschmer (ab 1. Juli 2016)	Ltd. Geschäftsführer

Landrat Manfred Michel als Mitglied im Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“.

Bezüge

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bei der Gesellschaft betragen 1.037.310,78 Euro. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 32.108,66 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	918.135,00	887.234,00	821.914,00
Sachanlagen	1.206.438.421,89	1.144.815.001,11	1.100.768.568,15
Finanzanlagen	174.218.730,30	162.038.999,00	171.313.753,94
Umlaufvermögen	121.522.889,70	121.385.080,25	108.220.959,32
Forderungen	16.706.248,71	9.923.725,24	24.991.827,01
Wertpapiere, Kassenbestand	49.998.708,50	92.120.738,58	126.351.884,36
Rechnungsabgrenzungsposten	1.306.277,99	1.320.281,48	1.572.448,13
Summe Aktiva	1.623.125.532,52	1.532.491.059,66	1.534.041.354,91

Passiva	2015 in €	2014 in €
Gezeichnetes Kapital	109.860.775,22	109.860.775,22
Kapitalrücklage	8.282.928,48	8.282.928,48
Sonstige Rücklagen	348.232.522,33	327.486.823,37
Bilanzgewinn	29.431.876,32	25.137.998,91
Rückstellungen	30.740.164,85	33.635.487,26
Verbindlichkeiten	1.042.799.539,48	1.025.259.144,14
Rechnungsabgrenzungsposten	3.739.095,84	2.827.902,28
Summe Passiva	1.623.125.532,52	1.532.491.059,66

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
+ Umsatzerlöse	298.972.695,56	290.479.772,91	280.835.975,97
+ Erhöhung des Bestandes	475.061,99	161.322,87	801.016,98
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	6.511.640,69	6.742.550,24	6.855.771,40
+ sonstige betriebliche Erträge	1.474.975,21	8.061.533,46	2.260.000,90
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	142.896.643,56	146.741.938,00	130.872.414,77
- Personalaufwand	51.103.561,92	50.746.125,97	49.488.627,96
- Abschreibungen	39.063.330,65	37.642.590,36	34.964.633,61
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.962.471,89	21.182.791,91	17.281.786,34
+ Erträge aus Beteiligungen	719.887,07	634.824,91	582.083,29
+ Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	0,00	4.588.782,93	11.207.846,15
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	858.084,95	1.374.534,37	1.656.163,33
+ Sonstige Zinsen und Erträge	700.303,88	675.664,22	693.314,01
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	300.340,00	1.312.259,00
- Aufw. Für Verlustübernahmen	1.229.068,08	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.204.261,05	28.605.446,85	30.924.897,62
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	31.302.596,57	27.177.107,08	38.445.518,77
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.821.903,55	1.988.416,06	2.800.900,00
- Sonstige Steuern	49.408,35	50.692,11	52.894,79
Jahresüberschuss	29.431.284,67	25.137.998,91	35.591.723,98
Einstellung in gesellschaftsvertr. Rücklage	25.039.576,37	20.745.698,96	31.199.424,03
Bilanzgewinn	4.392.299,95	4.392.299,95	4.392.299,95

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 9.970,19 Euro. Dies entspricht 0,009 %.

Im Haushaltsjahr 2016 wurde eine Dividende in Höhe von 4% auf die Stammkapitalbeteiligung (398,81 Euro abzügl. Steuern) gezahlt.

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen

Homepage: www.mittelhessen.org

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351 Euro	5,40 %
	Lahn-Dill-Kreis	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351 Euro	5,40 %
	Vogelsbergkreis	1.351 Euro	5,40 %
	Stadt Limburg a.d. Lahn	676 Euro	2,70 %
	Stadt Wetzlar	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351 Euro	5,40 %
	HWK Wiesbaden	2.838 Euro	11,35 %
	HWK Kassel	878 Euro	3,51 %
	IHK Gießen-Friedberg	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Kassel-Marburg	2.027 Euro	8,11 %
	IHK Lahn-Dill	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Limburg	946 Euro	3,78 %
	Justus-Liebig-Universität Gießen	338 Euro	1,35 %
	Phillips-Universität Marburg	338 Euro	1,35 %
	THM Techn.Hochschule Mittelhes.	338 Euro	1,35 %
	Mittelhessen e.V.	1.015 Euro	4,06 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 27. Dezember 2012

Gesell.-vertrag: 27. Dezember 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Jens Ihle, Gießen

Aufsichtsrat: Klaus Repp
(Auszug) Egon Vaupel
Manfred Michel, Landrat

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Bezüge

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.
Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Anlagevermögen/gewerbliche Schutzrechte	1,00	5,00	64,00
Sachanlagen, BGA	18.238,00	24.279,00	1.670,00
Umlaufvermögen/FO/Sonstige Vermögensgegenstände	46.065,63	114.225,83	35.332,37
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	191.219,67	79.158,21	191.277,36
Rechnungsabgrenzungsposten	585,36	3.865,04	2.928,92
Summe Aktiva	256.109,66	221.533,08	231.272,65
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen			
Gewinnvortrag	165.183,63	88.615,43	28.294,35
Jahresüberschuss	12.319,02	76.568,20	60.321,08
Rückstellungen	29.246,00	18.445,00	81.498,77
Verbindlichkeiten	24.008,96	12.168,34	34.358,44
Rechnungsabgrenzungsposten	352,05	736,11	1.800,01
Summe Passiva	256.109,66	221.533,08	231.272,65

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
+ Umsatzerlöse	346.776,75	263.548,04	254.940,44
+ sonstige betriebliche Erträge	576.018,36	785.383,82	764.388,91
- Personalaufwand	360.360,44	336.224,40	299.214,51
- Abschreibungen	9.022,76	2.101,23	1.386,93
- sonstige betriebliche Aufwendungen	540.566,90	633.889,19	588.626,50
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	106,96	56,38
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	114,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.731,01	76.824,00	130.157,79
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,76	0,45	66.558,77
- sonstige Steuern	411,23	256,25	3.277,94
Jahresüberschuss	12.319,02	76.568,20	60.321,08

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.

Situationsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte, sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bewerkstelligen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

1. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der solide Wachstumstrend der deutschen Wirtschaft blieb auch im Jahr 2016 ungebrochen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes legte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der Zuwachs fiel damit um 0,2 Prozentpunkte höher aus als im Jahr 2015 (+1,7 %). Der Jahresverlauf erwies sich allerdings als recht schwankungsanfällig.

Im ersten Quartal konnten Privathaushalte und Unternehmen durch den gesunkenen Ölpreis auf der Kostenseite merklich entlastet werden. Das regte zu höheren Ausgaben an, wovon die gesamtwirtschaftliche Produktion profitierte. Wachstumsfördernd wirkte aber auch die milde Witterung, die zu einer vorgezogenen Frühjahrsbelebung führte. Im Sommerhalbjahr verlor das Wirtschaftswachstum dann spürbar an Tempo, bevor es im vierten Quartal wieder anzog. Über das gesamte Jahr hinweg blieben die Konsumausgaben der zentrale Treiber der konjunkturellen Entwicklung.

Dies wurde insbesondere durch einen weiteren Beschäftigungsaufbau, die niedrige Arbeitslosigkeit sowie die deutlichen Reallohnzuwächse ermöglicht. Die Konsumausgaben des Staates (+4,2 %) wurden ebenfalls erheblich ausgeweitet. Insgesamt trug der Staatsverbrauch mit einem Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten aber etwas weniger stark zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei als der Privatkonsum (+1,1 Prozentpunkte).

Das Außenhandelsgeschäft der deutschen Wirtschaft entwickelte sich eher verhalten. Die Exporte und Importe stiegen mit Wachstumsraten von 2,5 % und 3,4 % weniger deutlich als im Vorjahr (+5,2 % und +5,5 %), wofür vor allem das schwierige internationale Umfeld verantwortlich war. Dies kam auch im Hinblick auf das gedämpfte Investitionsklima in Deutschland zum Ausdruck. Viele Unternehmen stellten wegen der hohen Verunsicherung über die wirtschaftspolitische und konjunkturelle Entwicklung in Europa und in der Welt ihre geplanten Investitionsprojekte zurück.

Stimulierend wirkten dagegen Faktoren wie die nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, die gute Arbeitsmarktlage, die aufgestockten kommunalen Infrastrukturmittel und der erhöhte Bedarf zur Unterbringung von Flüchtlingen. Der staatliche Gesamthaushalt schloss das dritte Jahr in Folge mit einem Finanzierungsüberschuss ab. Hierfür waren die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge verantwortlich, die angesichts des anhaltenden Konjunkturaufschwungs gestiegen sind. Die Schuldenquote des Staates sank von 71,2 % in 2015 auf 68,1 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2016 auf T€ 256,1 und erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 34,5. Diese Bilanzsummenausweitung resultiert hauptsächlich aus der Verwendung des Jahresüberschusses von 2015. Die Gesellschafter der RMG stimmten dafür, den gesamten Jahresüberschuss 2015 in Höhe von T€ 76,5 dem Gewinnvortrag zuzuführen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2016 erfolgte entsprechend der angepassten Planung. Für 2017 wird entsprechend der Budgetplanung erstmalig mit einem Jahresdefizit in Höhe von T€ -30,2 EUR gerechnet. Diese Mittel sollen aus dem Gewinnvortrag der letzten Jahre verbraucht werden. Sollte es der RMG gelingen erfolgreich zusätzliche Fördermittel einzuwerben, werden die Gewinnrücklagen nicht benötigt. Die RMG wird aber auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

2. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten. Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.

b) Chancenbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH hat mit Zuwendungsbescheid vom 10. August 2016 vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung eine erneute Förderung in Höhe von 100.000 EUR aus Landesmitteln für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Regionalmanagements (Fördertatbestand Regionalbudget) für 2017 bewilligt bekommen. Für 2018 sei eine weitere und letztmalige „Basisförderung“ in Aussicht gestellt worden.

Ab 2019 ist eine EFRE-Förderung ausschließlich als Projektförderung möglich. Dies betrifft den Fördertatbestand der sog. „ergänzenden Projekte“ mit innovativem Charakter (Bedingung der Förderfähigkeit: Einklang mit Schlüssel- und Handlungsbereichen der hessischen Innovationsstrategie und den EFRE-Zielen). Die Richtlinie dazu ist am 26. Dezember 2016 im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht worden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art.

3. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Seit Beginn des Geschäftsjahres werden die Gesellschafter ebenso über den Zielerreichungsgrad der nicht monetären Zielwerte informiert.

Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

4. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.
Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a. T.

Homepage: www.rmv@rmv.de

Gesellschafter:	Name	Euro Anteil in %	% Anteil in EUR
	Land Hessen	3,704	25.564,59
	Stadt Darmstadt	3,704	25.564,59
	Stadt Frankfurt a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Offenbach a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Wiesbaden	3,704	25.564,59
	Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,704	25.564,59
	Stadt Fulda	3,704	25.564,59
	Stadt Gießen	3,704	25.564,59
	Stadt Hanau	3,704	25.564,59
	Stadt Marburg	3,704	25.564,59
	Stadt Rüsselsheim	3,704	25.564,59
	Stadt Wetzlar	3,704	25.564,59
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Fulda	3,704	25.564,59
	Landkreis Gießen	3,704	25.564,59
	Landkreis Groß-Gerau	3,704	25.564,59
	Landkreis Hochtaunuskreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Lahn-Dill	3,704	25.564,59
	Landkreis Limburg-Weilburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Kinzig	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Taunus	3,704	25.564,59
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	3,704	25.564,59
	Odenwaldkreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Offenbach	3,704	25.564,59
	Rheingau-Taunus-Kreis	3,704	25.564,59
	Vogelsbergkreis	3,704	25.564,59
	Wetteraukreis	3,704	25.564,59

Stammkapital: 690.244,04 Euro

Gründungsjahr: 1994

Beteiligungen:		Euro	%
	RMV Service GmbH (rms)	125.000,00	100
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)	100.000,00	100
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm)	30.000,00	12,45
	RTW Planungsgesellschaft mbH	5.000,00	16,67
	VDV eTicket Service	100.000,00	10,13

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Regionalisierter Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt Vorsitzender
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis stellv. Vorsitzender
Staatsekretär Mathias Samson (HMWEVL)
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland (HMdF)
Stadträtin Cornelia Zuschke, Stadt Darmstadt (bis 31.08.2016)
Oberbürgermeister Jochen Partsch, Stadt Darmstadt (ab
01.09.2016)
Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach am Main (bis
13.09.2016)
Bürgermeister Horst Schneider, Stadt Offenbach am Main (ab
14.09.2016)
Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden
Oberbürgermeister Alexander Hetjes, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld (ab 15.08.2015), Stadt-
Fulda
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen
Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Hanau
Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, Stadt Marburg
Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim
Oberbürgermeister Manfred Wagner (bis 03.07.2016), Stadt Wetzlar
Oberbürgermeister Norbert Kortlüke (ab 04.07.2016), Stadt Wetzlar
Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, Landkreis Darmstadt-
Dieburg
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Erster Kreisbeigeordneter Walter Astheimer, Kreis Groß-Gerau
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg

Kreisbeigeordneter Johannes Baron, Main-Taunus-Kreis
Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow, Landkreis Marburg-Biedenkopf
Landrat Frank Matiaske (ab 01.09.2015), Odenwaldkreis
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach
Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis
Kreisbeigeordneter Matthias Zach, Main-Kinzig-Kreis

Gesellschafterversammlung: u.a. Landrat Manfred Michel, Limburg-Weilburg

Geschäftsführung: Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF
Dr. André Kavai
Stellvertreter
oder Prokuristen: Susanne Bieling
Kai Daubertshäuser
Thomas Busch
Thomas Kern
Jörg Puzicha

Unternehmensdaten

Bilanz	2016	2015	2014
AKTIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	8.206	6.495	6.277
Finanzanlagen	2.504	1.904	1.609
Anlagevermögen	10.710	8.399	7.886
Vorräte	50	89	89
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	24.950	26.401	25.739
Kassenbestand, Wertpapiere	709	709	709
Liquide Mittel	251	208	387
Umlaufvermögen	25.960	27.407	26.924
Rechnungsabgrenzungsposten	354	355	357
SUMME AKTIVA	37.024	36.161	35.167
	2016	2015	2014
PASSIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	690	690	690
Rücklagen	1.481	1.481	1.481
Eigenkapital	2.171	2.171	2.171
Sonderposten für Zuschüsse	10.710	8.399	7.886
Rückstellungen	16.679	19.183	15.983
Verbindlichkeiten	7.419	6.312	9.052
Rechnungsabgrenzungsposten	45	96	75
SUMME PASSIVA	37.024	36.161	35.167

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 TEUR	2015 TEUR	2014 TEUR
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	40.487	44.935	38.306
+ Umsatzerlöse	3.477	2.722	1.960
+ Sonstige betriebliche Erträge	2.894	1.315	1.012
- Zuführung zu Sonderp. für Zuschüsse zum AV	4.762	3.107	3.138
- Materialaufwand	28.045	31.301	21.277
- Personalaufwand	10.717	11.930	11.059
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.719	3.975	5.339
+ Erträge aus Gewinnabführung	1.755	1.754	1.602
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	68	48	96
- Abschreibungen auf Finanzanlagen etc.	0	4	5
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	435	454	479
Betriebsergebnis	3	3	1.179
- Außerordentliche Aufwendungen	3	3	1.179
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 118.305,92 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2016	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	5,9 %	6,0 %	-2,33	-0,1
Eigenkapitalrendite (Jahresergebnis / (Gez.Kapital+Rücklagen))	0,0 %	0,0 %	0,00	0,00
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR)	4.805	2.926	1.879	39,1
Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen)	22,2 %	18,0 %	23,40	4,2
Sonstige Kennzahlen				
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	141	138	3	2,17
Anzahl der Linien des lokalen u. regionalen Verkehrs im RMV	1.000	980	20	2,04
Angebotskilometer (lokaler Verkehr, in TNUTZKm)	138.678	139.263	-585	-0,42
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	65.255	64.079	1.176	1,84
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	12.000	11.800	200	1,69

Situationsbericht

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe

Die Finanzierung im RMV wird durch eine über mehrere Jahre laufende Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen gesichert. Zur Absicherung des Jahres 2016 wurde die für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2015 und 2016 verlängert. Da die Revision der Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2015 nicht umgesetzt worden ist, wurde die Finanzierungsvereinbarung des RMV im Rahmen einer Änderungsvereinbarung mit dem Land Hessen um zwei Jahre zunächst ohne Dynamisierung verlängert. Mittels

einer weiteren Änderungsvereinbarung konnte für 2015 eine Dynamisierung der Mittel in Höhe von 1,5% und für 2016 zusätzliche Mittel in Höhe von 24 Mio. EUR vereinbart werden. In 2016 wurde für den Zeitraum ab 2017 eine Folgevereinbarung mit dem Land Hessen bis zum Jahr 2021 geschlossen.

Im Bereich der Fahrgeldsicherung wurden auch in 2016 neben den verkehrsvertraglich vorgegebenen Fahrgeldsicherungsleistungen RMV-seitig zusätzliche Maßnahmen vorangetrieben. So wurde das Ein-satzgebiet, in welchem das RMV-ServiceTeam zu Prüfzwecken eingesetzt wurde, kontinuierlich erweitert, dessen Personalstärke aufgrund der positiven Erfahrungen auf rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Auch gab es erstmals öffentlichkeitswirksame Schwerpunktkontrollen im Stadtgebiet von Offenbach in Zusammenarbeit mit den Offenbacher Verkehrsbetrieben.

Im Bereich des im Jahr 2016 abgeschlossenen Forschungs- und Förderprojektes ((eSIM 2020 (EFM-Systemintegration und Migration für den Zielhorizont 2020) sind im Geschäftsjahr die technologischen Grundlagen für das elektronische Fahrgeldmanagementsystem „Be-In-Be-Out“ weiter erforscht worden und die grundsätzliche Machbarkeit auf der Basis von Standardfunktechnologien in einem Feldversuch nachgewiesen worden. Im Rahmen eines Folgeprojekts mit dem Titel „EiLo“ (Einsteigen und Losfahren) werden die erarbeiteten Grundlagen in den Jahren 2017/2018 weiter entwickelt und für ein Produktivsystem erforderliche Komponenten entwickelt. Im Förderprojekt DYNAMO (dynamische, nahtlose Mobilitäts-information) wurde die Entwicklung eines digitalen dynamischen Reisebegleitdienstes erfolgreich weitergeführt, dessen Ergebnisse in den Jahren 2017/2018 schrittweise in den Regelbetrieb überführt werden.

Neben den Entwicklungen zur Digitalisierung innerhalb des Bediengebietes treibt der RMV eine Initiative zur bundesweiten Vernetzung der Mobilitätsangebote gemeinsam mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Ziel ist es eine gemeinsame übergreifende Plattform zu entwickeln, die den Kunden Zugang zur Mobilität aus einer Hand bietet.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Betriebserträge haben sich aufgrund gesteigener Erträge aus Projektzuwendungen gegenüber dem Vorjahr um T€ 809 auf T€ 4.067 erhöht.

Die Betriebsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.070 auf T€ 48.246 zurückgegangen. Dies betrifft im Wesentlichen die Aufwendungen für bezogene Leistungen (- T€ 3.256) aufgrund des Entfalls der Kosten im Zusammenhang mit der Verkehrserhebung im Jahr 2015, sowie den Personalaufwand (- T€ 1.213) aufgrund des geänderten Zinssatzes bei der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen. Demgegenüber ist die Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um T€ 1.655 angestiegen.

Insgesamt ergibt sich ein betrieblicher Mehraufwand von T€ 44.179, der sich um T€ 2.879 gegenüber dem Vorjahr reduziert hat.

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.755 (i. Vj. 1.754) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -430 (i. Vj. TEUR -442) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Vermögenslage

Der Anstieg der immateriellen Vermögensgegenstände um T€ 1.859 begründet sich insbesondere durch die geleisteten Anzahlungen an die Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH für das Projekt „Harmonisierung der IT-Infrastruktur im RMV“. Der Rückgang der Forderungen um T€ 1.423 begründet sich im Wesentlichen durch den geringeren Forderungssaldo gegenüber dem Treuhandbereich.

Auf der Passivseite ist der Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen aufgrund erhöhter Zugänge zum Anlagevermögen um T€ 2.311 gestiegen. Dagegen sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen um T€ 1.435 zurückgegangen. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus dem Rückgang der sonstigen Rückstellungen um T€ 2.662 sowie dem stichtagsbedingten Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um T€ 1.599.

Die saldierte Bilanzsumme ist somit um T€ 1.031 angestiegen; die Eigenkapitalquote beträgt unverändert 6%.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Ergebnisse der Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Der rms GmbH ist es gelungen, in den letzten Jahren durch die Besetzung neuer Themen ihre Marktposition kontinuierlich auszubauen. Trotz der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Kunden, konnte dadurch ein stetiges, zuletzt sogar schwung-volles Wachstum erreicht werden. Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr von 10.605 T€ auf 16.114 T€ gestiegen. Die Gesamtleistung der rms GmbH betrug 15.228 T€ (Vorjahr 12.792 T€). In der Gesamtleistung ist auch die Bewertung der laufenden Projekte (Bestandsveränderungen) enthalten. Das Erlösvolumen mit Dritten beträgt 2.946 T€. Weiterhin wurden Umsätze in Höhe von 252 T€ mit Fördermitteln aus Forschungsprojekten erzielt. Der Anteil der Drittumsätze am Gesamtumsatz liegt bei 18,3 %.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Nutzungsüberlassung in Höhe von TEUR 6.862. Diesen standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 1.832 gegenüber.

Das Jahresergebnis der fahma für das Geschäftsjahr 2016 beträgt TEUR 1.393 (i. Vj. TEUR 1419). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2016

(TEUR 600) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch den Gesellschafter erfolgte am 28. November 2016.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

Die Bilanzsumme verminderte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 10.361 auf TEUR 7.686.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Zuschüsse im Rahmen der EU-Finanzhilfvereinbarung für die Jahre 2015 und 2015 in Höhe von TEUR 1.953. Die Betriebsaufwendungen haben sich im Jahr 2016 um TEUR 571 auf TEUR 3.236 erhöht. Insgesamt ergibt sich somit ein Mehraufwand aus der Geschäftstätigkeit von TEUR 1.235, der sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 195 erhöht hat.

I

vm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 269 gestiegen. Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen) beträgt 38,4 % der Bilanzsumme

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr TEUR 65 und ist damit um TEUR 127 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Hauptursache ist der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Gegenläufig hat sich der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewirkt.

Die Erträge aus Projektförderung und Kooperationsvereinbarungen erhöhten sich um T€ 64 auf T€ 269, vor allem aufgrund höherer Erträge aus Forschungsförderung.

Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 740 auf TEUR 3.912 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 958 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 339 verbessert werden.

Sonstige Angaben

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2016:

- Herr Professor Knut Ringat, Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der RMV GmbH, zuständig für die Geschäftsbereiche Verkehrs- und Mobilitätsplanung, Verkehrs- und Finanzwirtschaft sowie Marketing und Innovation, und Geschäftsführer der fahma
- Herr Dr. André Kawai, Geschäftsführer der RMV GmbH, zuständig für Bestellung und Infrastrukturmanagement, Koordination, Zentrale Aufgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2016 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 4 an (i. Vj. TEUR 5,6) an.

Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2016 durchschnittlich 141 (i. Vj. 138) Arbeitnehmer, davon 28 Teilzeitkräfte (i. Vj. 26) und stichtagsbezogen 12 Aushilfen (i. Vj. 8).

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG



Adresse: Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar

Homepage: www.gewobausparbauwz.de

Geschäftsanteil: 5.500 Euro 0,293 %

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 220 Euro ausgezahlt.

4.6 Vereinigte Volksbank Limburg eG



Adresse: Werner-Senger-Straße 8, 65549 Limburg

Homepage: www.vvblm.de

Geschäftsanteil: 50 Euro (Mitgliedsnummer 800273765)

Für diesen Geschäftsanteil wurde eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Geschäftsanteile: 200 Euro (4 Anteile; Mitgliedsnummer 800072085)

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

4.7 Frankfurter Volksbank eG



Adresse: Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt

Homepage: www.frankfurter-volksbank.de

Geschäftsanteil: 100 Euro

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 6,36 Euro ausgezahlt.

Landrat Manfred Michel als Mitglied in Vertreterversammlung

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43,65549 Limburg		
Homepage:	www.wfg-limburg-weilburg-diez.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	15.450 €	15,00 %
	die Städte Bad Camberg, Hadamar, Runkel, Limburg, Weilburg, Diez und Verbandsgemeinde Diez	je 1.800 €	1,75%
	Gemeinde Beselich, Dornburg, Hünfelden, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Selters, Villmar, Waldbrunn, Elz, Brechen, Weilmünster, Weinbach		
	Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
	Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
	Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
	Volksbank Rhein Lahn Limburg e.G.	3.550 €	3,40%
	Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
	Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
	Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
	Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
	Volksbank Rhein-Lahn Limburg e.G.	2050 €	2,00%
	Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
	Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
	Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%
Stammkapital:	103.000 Euro		
Gründungsjahr:	12. April 1994		
Gesell.-vertrag:	12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwörter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirt-

schaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Region Limburg-Weilburg und Diez. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Gesellschaft in der Initiierung, Gestaltung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur indirekten Wirtschaftsförderung in der Region tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr. Dipl.-Geogr. Walter Gerharz

**Gesellschafter-
versammlung:** Mitglieder des Kreisausschusses:
Peter Trottmann
Silvia Scheu-Menzer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat: Herr Landrat Manfred Michel Vorsitzender
Herr Erster Kreisbeigeordneter Helmut Jung stellv. Vorsitzender
Herr Bürgermeister Werner Schlenz, Gemeinde Brechen
(bis 9. November 2016)
Herr Bürgermeister Peter Blum, Gemeinde Waldbrunn (ab 9.
November 2016)
Herr Bürgermeister Michael Franz, Gemeinde Beselich
Herr Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft Limburg-
Weilburg
Herr Stadtbürgermeister Frank Dobra, Stadt und Verbandsge-
meinde Diez
Herr Alfred Ullner, Vorstand Vereinigte VoBa eG Limburg
Herr Dipl.Päd. Norbert Oestreicher, Hauptgeschäftsführer IHK
Limburg
Herr Patrick Ehlen, Vorstand KSK Limburg
Herr Bürgermeister Jörg Lösing, Gemeinde Weinbach
Herr Michael Stanke, 1.Stadtrat Limburg an der Lahn
Frau Marlene Schmitz, Vorsitzende Region Aktiv e.V. Limburg

Bezüge

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00	12,00
Beteiligungen	0,00	7.000.000,00	7.002.676,06
Umlaufvermögen	216.522,22	250.607,79	257.062,19
Kassenbestand, Guthaben bei KI	525.208,87	472.359,67	441.256,31
Rechnungsabgrenzungsposten	786,27	753,17	735,74
SUMME AKTIVA	742.531,36	7.723.734,63	7.701.744,30
Passiva			
	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Gewinnvortrag	237.699,82	205.420,45	198.133,64
Jahresüberschuss	35.654,21	32.279,37	7.286,81
Eigenkapital	376.354,03	340.699,82	308.420,45
Rückstellungen	27.400,00	21.150,00	18.300,00
Verbindlichkeiten	0,00	7.031.085,83	7.047.196,53
- aus Lieferungen und Leistungen	2.174,57	5.608,18	2.379,04
- gegenüber Gesellschaftern	314.444,51	314.444,51	314.444,51
Sonstige Verbindlichkeiten	22.158,25	10.746,29	11.003,77
SUMME PASSIVA	742.531,36	7.723.734,63	7.701.744,30

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €
+ Umsatzerlöse	323.069,03	162.497,59
+ sonstige betriebliche Erträge	3.518,08	0,00
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.669,36	11.424,28
- Personalaufwand	230.155,56	176.580,46
- sonstige betriebliche Aufwendungen	108.090,51	107.738,94
+ Erträge aus Beteiligungen	67.892,61	204.050,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13,07	53,81
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	2.676,06
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.910,47	31.582,63
Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	44.666,89	36.599,03
- sonstige Steuern	9.012,68	4.319,66
Jahresüberschuss	35.654,21	32.279,37

Geschäftsverlauf

1. Wirtschaftsbericht

Im Geschäftsjahr 2016 fanden 2 Aufsichtsratssitzungen und 1 Gesellschafterversammlung statt.

In der 53. Aufsichtsratssitzung vom 12.04.2016, die bei der WFG im Kreishaus in Limburg stattfand, standen der Jahresabschluss 2015, die Entlastung der Geschäftsführung, ein ausführlicher Tätigkeitsbericht und der Sachstand „Stille Beteiligung NASPA“ auf der Tagesordnung. Weiterhin wurde über die erfolgte Stellenausschreibung „LEADER“ berichtet.

Die 54. Aufsichtsratssitzung fand am 14.09.2016 ebenfalls bei der WFG im Kreishaus statt. Themen waren der Bericht der Geschäftsführung über laufende Projekte, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 sowie Veränderungen im Aufsichtsrat und bei den Gesellschaftern.

Am 9.11.2016 fand in der Kulturhalle in Brechen die 30. Gesellschafterversammlung der WFG statt. Themen der Versammlung waren der Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, die Feststellung des Jahresabschlusses 2015, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2016. Weiterhin erfolgte die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015. Bestätigt wurden weiterhin Herr Bürgermeister Peter Blum, Waldbrunn, als neues Aufsichtsratsmitglied bzw. Nachfolger für Herrn Bürgermeister Werner Schlenz.

Wie in den Jahren zuvor bestand 2016 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Mittelpunkt bildeten hierbei betriebswirtschaftliche Fragestellungen, Standortthemen, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie Fragen zur Infrastrukturplanung.

Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2016 war die Betreuung und Beratung von Unternehmen und Existenzgründern. Neben individuellen Beratungen konnte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellen. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmenssprechtage waren stets gut besucht.

Die erfolgreiche Beratungsleistung der WFG zeigt sich darin, dass die Region in aktuellen Berichten der KfW und der Kammern erneut zu den gründungsstarken Regionen außerhalb der Ballungsräume gezählt werden kann.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2016 vor allem der gemeinsame Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Exporeal in München hervorzuheben.

Im Bereich der Ansiedlung und Bestandsentwicklung konnte die WFG im Geschäftsjahr erfolgreich Vorhaben in der Region initiieren. Hervorzuheben sind hier die Ansiedlung eines französischen IT-Unternehmens in Limburg, die Begleitung der Standortsuche inkl. Erweiterung eines Limburger Unternehmens und die Ansiedlung eines Verpackungsunternehmens in Bad Camberg. Die drei Unternehmen haben insgesamt ca. 70.000 qm Gewerbeflächen erworben. Die Investitionssumme wird im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg-Wetzlar, dem Jobcenter und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Oktober auch wieder einen Gründertag. Es gelang den Organisatoren, alle relevanten Institu-

tionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2016 erneut die Breitbandversorgung der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen eine kostengünstige flächendeckende Breitbandversorgung des Landkreises auf den Weg bringen. Der Projektabschluss der flächendeckenden Breitbandversorgung erfolgte im Sommer 2016 termingerecht. Für den Ausbau konnten zudem weitere Fördermittel beim Bund und dem Land erfolgreich akquiriert werden.

Auf Grund des von der WFG in 2014 erstellten Entwicklungskonzeptes für die Region wurde der Landkreis im Frühjahr 2015 vom Land Hessen offiziell als LEADER-Region anerkannt. Mit dieser Anerkennung stehen dem Landkreis bis zum Ende der EU-Förderperiode im Jahre 2020 ca. 2.100.000,00 € als anteiliger Zuschuss für Projekte zur Verfügung. Der eigens gegründete Trägerverein des LEADER-Prozesses, Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e.V., beauftragte die WFG für den Zeitraum 01.08.2015 – 31.12.2020 mit dem erforderlichen Regionalmanagement. Die dadurch generierten Einnahmen decken die zusätzlich entstandenen Personal- und Sachkosten. Mit Datum 1.07.2016 stellte die WFG eine Mitarbeiterin, Frau Martina Donnert für die Betreuung von LEADER-Projekten ein. Im Rahmen des Regionalmanagements der WFG konnten in 2016 mehrere Projekte erfolgreich aus dem LEADER-Budget gefördert werden.

Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 ebenfalls bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich erneut ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch in 2016 konnte die WFG Zuschüsse für überwiegend erstmals geschaffene Ausbildungsplätze im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die WFG im Geschäftsjahr 2016 in allen Aufgabengebieten ihre Beratungsleistungen sehr erfolgreich anbieten konnte. Die Veränderungen der Vermögens- und Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr zeigt die folgende Übersicht:

	31.12.2016		31.12.2015	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	-	0,0	7.000	90,6
Umlaufvermögen/RAP	743	100,0	724	9,4
	743	100,0	7.724	100,0

	31.12.2016		31.12.2015	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	376	50,7	Eigenkapital	376
Langfristige Verbindlichkeiten	314	42,3	Langfristige Verbindlichkeiten	314
Kurzfristige Verbindlichkeiten	52	7,0	Kurzfristige Verbindlichkeiten	52
	743	100,0	743	

Im Berichtsjahr haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung stellt sich wie folgt dar:

	<u>2016</u>	<u>2015</u>
	T€	T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	22	37
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	31	-6
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittelfonds	<u>53</u>	<u>31</u>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	472	441
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u><u>525</u></u>	<u><u>472</u></u>

Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage im Vorjahresvergleich:

	<u>2016</u>	2015	<u>Ergebnisveränderung</u>	
	T €	T €	T €	%
Erträge aus Zuschüssen	102,7	106,5	-3,8	-3,6
Betriebsergebnis	-19,3	-133,2	113,9	85,5
Finanzergebnis	64,0	169,8	-105,8	-62,3
Jahresüberschuss	35,7	32,3	3,4	10,5

Der Jahresüberschuss ist um T€ 3,4 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

2. Prognosebericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.

Mit Vertrag vom 5.12.2006 hatte die Gesellschaft einen Vertrag als stiller Gesellschafter mit der Nassauischen Sparkasse mit einer Vermögenseinlage von € 7,0 Mio. geschlossen. Die Laufzeit war zunächst auf das Ende des Kalenderjahres 2015 befristet und war für beide Seiten unkündbar.

Mit Datum 16.12.2010 wurde die Laufzeit der Vermögenseinlage prolongiert. In Abänderung von § 4 Abs. 1 des Vertrages über die stille Gesellschaft wurde die Laufzeit der stillen Gesellschaft über den 31.12.2015 hinaus bis zum Ende des Kalenderjahres 2032 verlängert.

Für die stille Gesellschaft wurde eine Verzinsung im Nennbetrag der Einlage mit dem 12-Monats Euribor zuzüglich einer Marge von 2,58 % gewährt.

Die Vermögenseinlage wurde in voller Höhe bei einem Kreditinstitut (HSH Nordbank AG) refinanziert. Der Kredit war endfällig am 30.04.2016 und durch eine 100%ige Ausfallbürgschaft des Landkreises Limburg-Weilburg abgesichert.

Im Kontext der in 2014 und 2015 geführten Gespräche zur zukünftigen Finanzierung der Vermögenseinlage entschieden sich die Gewährträger auf Grund der aktuellen

Bürgschaftsvoraussetzungen für eine Modifikation der Vermögenseinlage. Mit Datum 1.05.2016 wurden die Vermögenseinlagen der Gewährträger ausschließlich über eine Zweckgesellschaft (ZVN) erbracht. Mit diesem Datum hat die WFG auch ihre Beteiligung an die Zweckgesellschaft übertragen und gleichzeitig den Kredit bei der HSH Nordbank getilgt. Ab diesem Datum erhält der Landkreis Limburg-Weilburg über die Zweckgesellschaft ZVN die jährliche Aval-Provision aus der Beteiligung. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat am 11.12.2015 beschlossen, dass die Aval-Provision aus dieser Beteiligung weiterhin als Zuweisung an die WFG fließen wird.

Für das Geschäftsjahr 2017 rechnet die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan mit einem neutralen Ergebnis. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch in 2018 eingehalten werden kann.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag sind nicht vorhanden.

4. Chancen- und Risikobericht

Freiwillige Leistungen insbesondere der öffentlichen Haushalte unterliegen immer den Risiken konjunktureller Schwankungen bzw. deren Auswirkungen auf die Einnahme- und Ausgabenseiten der jeweiligen Einrichtungen. In Relation zum Kapitalvolumen der Gesellschafter ist das finanzielle Risiko für diese bzw. für die Gesellschaft aber als sehr gering einzustufen.

Chancen ergeben sich durch erhöhte Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zuge einer positiven Konjunktorentwicklung.

5. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH betreibt keine Forschung und keine Entwicklung und hat somit auch keine Aufwendungen in diesem Bereich vorzuweisen.

6. Zweigniederlassungsbericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH verfügt über keine Zweigniederlassungen. Mit Datum 01.07.2016 wurde der Firmensitz von der Schiede 43 in 65549 Limburg in die Schiede 20 ebenfalls in Limburg verlegt. Die erforderliche Meldung an das Handelsregister ist erfolgt.

4.9 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Carl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	2.850 Euro	11,4 %
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rheingau-Taunus-Kreis	5.000 Euro	20,0 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.850 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	1.150 Euro	4,6 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 2006

Gesell.-vertrag: 29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:

Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2016 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Aktiva			
Anlageverm., Bet. als stiller Gesellschafter	62.000.000,00	51.000.000,00	51.000.000,00
Umlaufverm. / Forderungen und sonst Verm	1.883.574,50	1.951.539,00	2.040.518,00
Guthaben bei Kreditinstituten	376.883,97	448.385,74	349.420,24
Summe	64.260.458,47	53.399.924,74	53.389.938,24
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.500,00	12.500,00	12.000,00
Einlage des stillen Gesellschafters	-	39.000.000,00	39.000.000,00
Gewinnrücklagen	603.253,69	503.168,99	406.714,16
Jahresüberschuss	100.646,78	100.066,70	96.454,83
Eigenkapital	716.382,47	39.615.735,69	39.515.668,99
Genussscheinkapital	-	12.000.000,00	12.000.000,00
Rückstellungen	5.550,00	35.296,55	32.849,25
Verbindlichkeiten	63.538.526,00	1.748.892,50	1.841.420,00
Summe	64.260.458,47	53.399.924,74	53.389.938,24

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Sonstige betriebliche Erträge	1.249,26	222,25	11,74
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	9.156,40	8.907,09	8.733,59
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	1.883.104,28	1.948.920,00	2.040.180,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	0,14	492,80
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.693.578,91	1.751.894,47	1.845.616,52
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	316.290,61	187.340,83	185.334,43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79.971,45	87.274,13	88.879,60
Jahresüberschuss	100.646,78	100.066,70	96.454,83

Geschäftsverlauf

Die ZVN Finanz GmbH hat per 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von 39,0 Mio. EUR erhalten und am gleichen Tag eine stille Einlage von ebenfalls 39,0 Mio. EUR bei der Nassauischen Sparkasse platziert. Aus den Geschäften erzielt die ZVN Finanz GmbH eine Marge. Die erhaltene und die platzierte stille Einlage waren ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Die erhaltene Einlage wurde am 29. April 2016 zurückgezahlt. Die Laufzeit der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlage wurde im Dezember 2010 bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert.

Mit Wirkung zum 29. April 2016 wurden zwei weitere ebenfalls bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlagen von nom. 16,0 Mio. EUR und 7,0 Mio. EUR, die die gleichen Ausstattungsmerkmale wie die bereits im Bestand befindliche stille Einlage aufweisen, auf die ZVN Finanz GmbH übertragen.

Zur Refinanzierung der stillen Einlagen von nunmehr insgesamt nom. 62,0 Mio. EUR hat die ZVN Finanz GmbH per 29. April 2016 ein kommunalverbürgtes Schuld-scheindarlehen mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2025 und fester Verzinsung aufgenommen sowie als Sicherungsinstrument für das Darlehen ebenfalls per 29. April 2016 einen Zinsswap mit einer Laufzeit ebenfalls bis zum 30. Dezember 2025 abgeschlossen (Micro-Hedge).

Aufgrund der neuen Finanzierungsstruktur wurde die Höhe der Avalprovision angepasst.

Am 29. Februar 2008 hat die ZVN Finanz GmbH einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR an die Naspas Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden, verkauft und am gleichen Tag von der Nassauischen Sparkasse einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR erworben. Daraus erzielt die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge. Die Genussscheine waren jeweils am 31. Dezember 2015 fällig und wurden am 2. Mai 2016 zurückgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von 101 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2016 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Ausblick

Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlagen und des aufgenommenen Darlehens ist bis 30. Dezember 2025 fest vereinbart und der als Sicherungsinstrument für das Darlehen abgeschlossene Zinsswap hat eine Laufzeit bis 30. Dezember 2025. Daher bestehen für die der ZVN Finanz GmbH bis zum 30. Dezember 2025 keine Zinsänderungsrisiken, sodass das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtungen für die bei ihr platzierten stillen Einlagen aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

5 Zweckverbände

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L.

Unternehmensportrait

Adresse: Am Orschbach 2, 54518 Rivenich

Homepage: www.mulewf.rlp.de

Rechtsform: Zweckverband

Mitglieder:

Landkreise Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Limburg-Weilburg Mainz-Bingen, Merzig-Wadern, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Saarpfalzkreis, Stadtverband Saarbrücken, Trier-Saarburg,	Altenkirchen (Westerwald), Bad Dürkheim, Berncastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Germesheim, Kusel, Ludwigshafen, Mayen-Koblenz, Neunkirchen, Pirmasens, Rhein-Lahn-Kreis Saarlouis St. Wendel, Südliche Weinstraße, Westerwaldkreis,
--	---

Stammkapital: 2.200.000 Euro

Gründungsjahr: 1981 (Hessen)

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.

Mitglied: Landrat Manfred Michel

Neutraler Liquidator gem. § 6 Abs. 3 AGTier NebG ist an deren Stelle getrennt.

Verbandsvorsteher, Werkausschuss, Werkleitung

Unternehmensdaten

Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €
A. Anlagevermögen:	10.422.164,11	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte		5.593,52
Geleistete Anzahlungen		94.439,82
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		7.222.526,69
Maschinen und maschinelle Anlagen		2.997.568,66
Fuhrpark		1.648.637,58
Betriebs- und Geschäftsausstattung		147.298,31
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		225.666,65
Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00
B. Umlaufvermögen:	3.183.654,21	
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.478.411,55
Fertige Erzeugnisse und Waren		130.270,16
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		2.734.024,52
Forderungen an die Einrichtungsträger		0,00
Sonstige Vermögensgegenstände		862.814,50
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		26.509,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.034,96	26.661,45
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.911.757,85	43.509.135,45
SUMME AKTIVA	18.543.611,13	61.134.558,77
Passiva	2014 in €	2013 in €
A. Eigenkapital	0,00	
Stammkapital		2.200.000,00
Zweckgebundene Rücklagen		368.130,15
Allgemeine Rücklage		4.878.904,57
Verlustvortrag		47.529.958,89
Jahresverlust		3.426.211,28
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		43.509.135,45
B. Rückstellungen	3.122.563,05	
Steuerrückstellungen		9.307,00
Sonstige Rückstellungen		44.813.818,07
C. Verbindlichkeiten	15.421.048,08	
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten		14.622.449,09
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		630.018,22
Verbindlichkeiten ggü. Verbundenen Unternehmen		682.817,69
Verbindlichkeiten ggü. Den Einrichtungsträgern		273.902,98
Sonstige Verbindlichkeiten		102.245,72
SUMME PASSIVA	18.543.611,13	61.134.558,77

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €
1. Umsatzerlöse	13.664.738,82	12.605.494,34
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	-13.007,80	-57.147,63
3. Sonstige betriebliche Erträge	45.096.977,37	661.088,51
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.382.982,49	2.771.728,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.056.570,24	5.653.545,61
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.759.109,74	1.896.470,79
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.813.454,49	4.289.623,60
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.919,00	766,63
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	636.748,99	652.350,32
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40.032.869,44	-2.053.516,84
10. Außerordentliche Aufwendungen	-850.217,01	-1.289.388,96
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	39.704,70	25.530,18
12. Sonstige Steuern	545.570,13	57.775,30
Jahresverlust	3.8597.377,60	-3.426.211,28

Der Zweckverband befindet sich aktuell in Liquidation. Seit dem 1. Januar 2016 gehört der Landkreis Limburg-Weilburg dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessel-Süd an. Nähere Erläuterungen hierzu unter 5.3.

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus



Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.naturpark-taunus.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:	Hochtaunuskreis	38,22 %
	Main-Taunus-Kreis	32,81 %
	Wetteraukreis	7,61 %
	Stadt Frankfurt am Main	7,61 %
	Landkreis Limburg-Weilburg	6,11 %
	Lahn-Dill-Kreis	6,11 %
	Landkreis Gießen	1,53 %

Gründungsjahr: 1962

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:

Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Verbandsumlage	20.800 Euro im Jahr 2012
	21.200 Euro im Jahr 2013
	21.600 Euro im Jahr 2014
	22.050 Euro im Jahr 2015
	23.400 Euro im Jahr 2016

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis Vorsitzender
Landrat Michael Cyriax stellv. Vorsitzender
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Peter Dommermuth, Stadt Frankfurt am Main
Karl-Heinz Stoll, Landkreis Limburg-Weilburg
Bardo Bayer, Wetteraukreis
Wolfram Dette, Lahn-Dill-Kreis

Verbandsversammlung

davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:

Ferdinand Muth, Selters
Reinhold Ketter, Weinbach

5.3 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Unternehmensportrait

Adresse: Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Homepage: www.kreis-bergstrasse.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:

Landkreis Aschaffenburg	3,37%
Landkreis Bergstraße	5,14%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,60%
Landkreis Groß-Gerau	5,06%
Hochtaunuskreis	4,50%
Landkreis Limburg-Weilburg	3,33%
Main-Kinzig-Kreis	7,94%
Main-Taunus-Kreis	4,48%
Odenwaldkreis	1,88%
Landkreis Offenbach	6,65%
Rheingau-Taunus-Kreis	3,55%
Rhein-Neckar-Kreis	10,42%
Wetteraukreis	5,79%
Stadt Aschaffenburg	1,33%
Stadt Darmstadt	2,94%
Stadt Frankfurt	13,88%
Stadt Mannheim	6,43%
Stadt Offenbach	2,34%
Stadt Wiesbaden	5,36%

Gründungsjahr: 1994

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße

Verbandsvorstand

Christian Engelhardt, Kreis Bergstraße	Vorsitzender
Oliver Grobeis, Odenwaldkreis	stellv. Vorsitzender
Christel Fleischmann, LK Darmstadt-Dieburg	Mitglied

Verbandsversammlung

Gerhard Weber, Wetterau-Kreis	Vorsitzender
Frank Sürmann, Bergstraße	stellv. Vorsitzender

Unternehmensdaten

Bilanz	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Aktiva			
Flüssige Mittel	57.104,10	73.444,70	92.265,48
Summe	57.104,10	73.444,70	92.265,48
Passiva	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Netto-Position	191.221,59	191.221,59	191.221,59
Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-117.757,58	-99.054,74	-81.331,18
Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-19,31	98,63	
Ordentlicher Jahresüberschuss	-16.940,60	-18.702,84	-17.624,93
Außerordentlicher Jahresabschluss		-117,94	
Eigenkapital	57.104,10	73.444,70	92.265,48
Summe	57.104,10	73.444,70	92.265,48

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 in €	2015 in €	2014 in €
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	169,44
Sonstige ordentliche u. Außerordentliche Einz.	0,00	-117,94	75,62
Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.426,68	-117,94	245,06
Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-21.767,28	-18.702,84	-17.869,99
Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.767,28	-18.702,84	-17.869,99
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-16.340,60	-18.820,78	-17.624,93
Finanzmittelbestand am Anfang des Hj.	73.444,70	92.265,48	109.890,41
Finanzmittelbestand am Ende des Hj.	57.104,10	73.444,70	92.265,48

Gesamtergebnisrechnung

In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 22,4 T € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 12,6 T € enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 6,5 T €. Die restlichen rd. 3,3 T € betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs.

Aufgrund der ordentlichen Erträge in Position 10 in Höhe von rund 5,4 T € ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von rd. 16,9 T €.

Gesamtfinanzrechnung

Zum Ende des Jahres 2016 ergibt sich ein Finanzmittelbestand von 57.104,10 €.

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse: Cahenslystraße 2, 65549 Limburg
Homepage: www.jobcenter-limburg-weilburg.de
Rechtsform: Trägerversammlung
Gründung: öffentlich-rechtlicher Vertrag vom 18.11.2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Organe des Unternehmens

Trägerversammlung: Manfred Michel, Landrat Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stellv. Vorsitzender

~~~~~ P^|{ ~ dU&@-^!  
~~~~~ Ö:É0a) \ Ä&@ äc  
~~~~~ Ö:É0a) \ Ä&@ äc

**Geschäftsführer:** Reinhard Penner

## Unternehmensdaten und Situationsbericht

Für 2016 wurden mit der Agentur für Arbeit folgende Ziele vereinbart:

- eine **Integrationsquote von 26,2%** (- 7,2% zum Vorjahr)
- eine Integrationsquote **ohne Flucht von 29,4 %** (+ 1,5 % zum Vorjahr)
- die Senkung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern **um minus 1,0 %**

Darüber hinaus wurde die Entwicklung der Leistungen zum Lebensunterhalt ohne Flucht unterjährig über ein qualitatives Monitoring nachgehalten (Erwartungswert der Agentur Steigerung zum VJ um maximal 10,3%).

Priorisiertes Ziel war und ist die "Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug". Zur Konkretisierung wird der Zielindikator "Bestand an Langzeitleistungsbeziehern" herangezogen.

Langzeitleistungsbezieher (LZB) sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 17. Lebensjahr vollendet und in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate Leistungen der Grundsicherung bezogen haben. Der Zielindikator erfasst damit sowohl die präventiven Bemühungen der gemeinsamen Einrichtungen, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht in den Langzeitleistungsbezug übergehen zu lassen, als auch ihre Leistungsfähigkeit den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern zu reduzieren.

Ergänzend zu den genannten Zielen wurden von der Bundesagentur für Arbeit wie im Vorjahr geschäftspolitische Handlungsfelder in unterschiedlicher regionaler Ausprägung benannt:

- Jugendliche in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren
- Langzeitbezieher/**Langzeitarbeitslose** aktivieren und Integrationschancen erhöhen
- Marktnähe leben, Arbeitgeber erschließen und Beschäftigungschancen für schwerbehinderte Menschen verbessern
- Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt bringen
- **Herausforderungen durch Zuwanderung, Flucht und Asyl bewältigen**
- Rechtmäßigkeit und Qualität der operativen Umsetzung sicherstellen

Im Rahmen des geschäftspolitischen Handlungsfeldes „Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt integrieren“ wurde auch zentral wieder ein Handlungsschwerpunkt gesetzt. Mit der Agentur für Arbeit waren daher für 2016 47 Umschulungen und Ausbildungen in Berufe nach dem BBiG vereinbart.

Darüber hinaus beteiligte sich das Jobcenter 2016 an einer hessischen Aktivierungsoffensive. Insgesamt wurden 1.814 Kunden zu Informationsveranstaltungen eingeladen (Gruppeninformationen, Maßnahmen zur Teilnehmergeinnung, Stellenbörsen etc.), zu denen 64,67 % der Eingeladenen erschienen.

Weitere Rahmenbedingungen für die Integrationsarbeit ergaben sich aus dem Prioritätenbeschluss der Trägerversammlung zum Einsatz von Eingliederungsleistungen:

- Eingliederungsleistungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Fortführung von Jobakademie und STELLenWERKstatt und Jugendzentrum Meet!Up

- Förderung der beruflichen Weiterbildung, Umschulung und Ausbildung, insbesondere auch die berufsabschlussorientierte Förderung von geeigneten 25- bis unter 35jährigen
- Aktivierungsmaßnahmen, vorrangig bei Arbeitgebern
- Aktivierungsmaßnahmen für Langzeitleistungsbezieher und beschäftigungsschaffende Maßnahmen

## **Strukturdaten**

2016 erhielten im SGB II durchschnittlich ca. 10.521 Menschen Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes. 2015 waren es 10.813 (minus 2,8 % zum Vorjahr). Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag mit einem Jahresdurchschnittswert von ca. 5.351 unter Vorjahresniveau (2015 5.430, minus 1,5% zum VJ). Anzumerken ist, dass nur 70 % der Leistungsempfänger erwerbsfähig waren. Davon hatten wiederum nur ca. 40 % den Status arbeitslos. Zu den nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gehören u. a. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, erwerbstätige Hilfebedürftige (sogenannte Ergänzter) und Menschen, für die aus besonderen Gründen eine Beschäftigungsaufnahme nicht in Betracht kommt (z. B. wegen Kinderbetreuung).

## **Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II**

Mit insgesamt 4,6% (= 4.165 Arbeitslose) fiel die regionale Arbeitslosenquote im Dezember 2016 besser aus, als im Vorjahresmonat (4,9 %). In der Grundsicherung lag die Quote mit 3,1% unter Vorjahresniveau (absolut= 2.822, VJ 3,4 %, 3.083 Arbeitslose).

Im Schnitt wurden 2016 ca. 67 % der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut. Im Dezember 2016 waren es sogar 67,8 %. Mit der Umsetzung ihres Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms konnte die gemeinsame Einrichtung auch 2016 wieder einen wichtigen Beitrag zum moderaten Verlauf der Arbeitslosenquote in der Region leisten.

SGB III – Kunden profitieren erfahrungsgemäß deutlich mehr von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. So blieb die Arbeitslosenquote im SGB III im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 1,5 % während die SGB II – Quote im Vergleich zum Vorjahr (3,4 %) im Dezember 2016 auf 3,1 % sank. In Folge blieb der Anteil der arbeitslosen Menschen, die in der Grundsicherung betreut werden, gleich. Im Schnitt wurden 2016 ca. 67 % (VJ 67 %) der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut. Im Dezember 2016 waren es 67,8 %. Insbesondere die komplexeren Kundengruppen sind mit höheren Anteilen in der Grundsicherung vertreten (Langzeitarbeitslose 89,9 %, Ausländer 77,5 %, Ältere ab 50 58,7 % - siehe hierzu nachstehende Tabelle zur Struktur der Arbeitslosen).

## **Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit**

Ein Indikator für individuell verfestigte Arbeitslosigkeit, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Insgesamt konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der langfristigen Betrachtung deutlich reduziert werden (Jahresdurchschnitt 2007: 2.524, 2015: 1490, 2016: 1337).

## **Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit**

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 ein besonderer geschäftspolitischer Schwerpunkt in den Arbeitsmarktprogrammen des Jobcenters. Die erzielten Erfolge spiegeln sich in den Daten der arbeitslosen Jugendlichen wieder. Die Zahl konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden (Dezember 2009: 306, Dezember 2014: 249, Dezember 2016: 203 arbeitslose Jugendliche in der Grundversicherung).

## **Kostenentwicklungen in den Bedarfsgemeinschaften**

Die Zugänge aus Flucht/Asyl und die Erhöhung der Regelbedarfssätze haben sich 2016 auf die Kostenentwicklung bei den Leistungen zum Lebensunterhalt ausgewirkt. Im ersten Ladestand Dezember 2016 wurde das Vorjahresergebnis um plus 1,4 % überschritten (Ausgaben 26,2 Mio. €). Ohne Flucht und Asyl konnten die Ausgaben um - 6,6 % zum VJ reduziert werden (Ausgaben ohne Flucht und Asyl ca. 22 Mio. €). Bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung fiel die Entwicklung moderater aus (Ausgaben 21,1 Mio. € - 0,7 % zum VJ). Die Daten werden sich allerdings mit den nächsten Ladeständen noch verändern.

## **Zielerreichung 2016**

Der Bewertung der Zielerreichung erfolgt auf Grundlage der Controllingdaten des Berichtsmonats Dezember im ersten Ladestand (Daten ohne Wartezeit).

## **Integrationsquote**

Vereinbarer Zielwert war eine Integrationsquote von 26,2 % (das entspricht 1.919 Integrationen). Erreicht hat das Jobcenter mit 2.093 Integrationen eine Integrationsquote von 28,6 % (VJ 28,2 %). Damit steht das Jobcenter im Vergleichstyp IIC auf Rang 3 von 23 der gemeinsamen Einrichtungen (gE). Von den hessischen gE haben nur die Jobcenter Schwalm-Eder (29,1 %), Werra-Meißner (29,0 %) und Waldeck-Frankenberg (28,7%) bessere Integrationsquoten erzielt.

## **7 Mittelbare Beteiligungen**



## 7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

---

### Unternehmensportrait

|                         |                                                            |       |
|-------------------------|------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Adresse:</b>         | Im Schlenkert 14, 65549 Limburg                            |       |
| <b>Homepage:</b>        | www.gab-limburg.de                                         |       |
| <b>Rechtsform:</b>      | Gesellschaft mit beschränkter Haftung                      |       |
| <b>Gesellschafter:</b>  | Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg | 100 % |
| <b>Stammkapital:</b>    | 25.564,59 Euro                                             |       |
| <b>Gründungsjahr:</b>   | 9. Oktober 1998                                            |       |
| <b>Gesell.-vertrag:</b> | 9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011      |       |

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

#### **Gegenstand des Unternehmens:**

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe

### Organe des Unternehmens

**Geschäftsführung**     Stephan H. Zimmermann, Limburg

#### **Bezüge**

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge.

#### **Kuratorium**

In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:

- Agentur für Arbeit, Limburg
- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg

Industrie- und Handelskammer Limburg  
Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft  
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg  
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg  
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg  
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg  
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher  
Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg  
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg  
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

## Unternehmensdaten

| <b>Bilanz</b>                                |                  |                  |
|----------------------------------------------|------------------|------------------|
| <b>Aktiva</b>                                | <b>2016 in €</b> | <b>2015 in €</b> |
| <b>Anlagevermögen</b>                        |                  |                  |
| Sachanlagen                                  | 0,51             | 0,51             |
| <b>Umlaufvermögen</b>                        |                  |                  |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen   | 21.449,02        | 26.706,57        |
| Forderungen gegenüber Unternehmen            | 21.000,00        | 21.000,00        |
| Sonstige Vermögensgegenstände                | 486,05           | 1.057,41         |
| Kassenbestand                                | 23.680,69        | 5.934,89         |
| <b>Summe Aktiva</b>                          | <b>66.616,27</b> | <b>54.699,38</b> |
| <b>PASSIVA</b>                               |                  |                  |
| <b>Eigenkapital</b>                          |                  |                  |
| Gezeichnetes Kapital                         | 25.564,59        | 25.564,59        |
| Verlustvortrag                               | -15.191,83       | -12.874,41       |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag                 | 6.086,44         | -2.317,42        |
| <b>Rückstellungen</b>                        |                  |                  |
| Sonstige Rückstellungen                      | 7.500,00         | 4.858,41         |
| <b>Verbindlichkeiten</b>                     |                  |                  |
| Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen | 852,86           | 2.521,38         |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen      | 13.846,90        | 16.414,65        |
| Sonstige Verbindlichkeiten                   | 11.425,97        | 2.132,18         |
| <b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>            | <b>16.531,34</b> | <b>18.400,00</b> |
| <b>Summe Passiva</b>                         | <b>66.616,27</b> | <b>54.699,38</b> |

| <b>Gewinn und Verlustrechnung</b>     | <b>2016</b>     | <b>2015</b>      |
|---------------------------------------|-----------------|------------------|
| 1. Umsatzerlöse                       | 263.052,14      | 221.472,97       |
| 2. sonstige betriebliche Erträge      | 0,00            | 13,00            |
| 3. Gesamterträge                      | 263.052,14      | 221.485,97       |
| 4. Personalaufwand                    | 247.450,97      | 209.494,67       |
| 5. sonstige betriebliche Aufwendungen | 9.515,36        | 14.270,19        |
| 6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen   | 0,00            | 38,53            |
| <b>Jahresergebnis</b>                 | <b>6.086,44</b> | <b>-2.317,42</b> |



## **Lagebericht**

### **Wirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen**

Die deutsche Wirtschaft ist in 2016 in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr gewachsen. Die Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes 2016 betrug 1,9 % (Vorjahr 1,7 %). Für das Bundesland Hessen lag das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in 2016 bei durchschnittlich 1,5 % (Vorjahr 1,7 %).

Die hessischen Erwerbstätigen erwirtschafteten in 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von insgesamt Mio. € 269.400. Die Erwerbstätigkeitszahlen in Hessen durchschnittlich 161.682 Einwohner (Vorjahr 177900 Einwohner). Dies sind rd. 12.218 oder knapp 9,1 % weniger als in 2015. Mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,3 % (Vorjahr 5,1%) lag dies unter dem Bundesdurchschnitt von 6,1 % (Vorjahr 6,4 %). Dabei beträgt der Anteil des Dienstleistungssektors in Hessen über 75 % (Quelle: Hessisches Staatstisches Landesamt)

### **Geschäftsverlauf**

In 2016 wurden 13 Integrationshelfer (Vorjahr 11) zur Begleitung und Betreuung von behinderten Kindern in der Astrid-Lindgren-Schule, Limburg und eine Integrationshelferin für den Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt. Weiterhin wurden 12 Personen (im Jahresdurchschnitt 6) im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres eingesetzt.

In 2011 hat das Hessische Kultusministerium das Projekt zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, genannt Inklusion umgesetzt. In diesem Rahmen hat der Landkreis Limburg-Weilburg das Förderprogramm Betreuung und Begleitung 2011 aufgelegt und die BBG mit der Übernahme von Integrationshelferstellen beauftragt.

Nachdem in 2015 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von € 2.317,42 zu verzeichnen war, ist in 2017 wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von € 6.086,44 erwirtschaftet worden.

Auf der Grundlage der beschriebenen Entwicklung haben wir in 2015 auch die Gemeinnützigkeit der Betätigung der BBG beim Finanzamt wieder beantragt. Der Bescheid ist im September 2016 positiv erteilt worden.

### **Vermögens- und Ertragslage**

Von den Aktiva in Höhe von T€ 66,6 entfallen T€ 23,7 (35,6 %) auf liquide Mittel. Das Eigenkapital beträgt nach Ergebnisverrechnung T€ 16,5 oder 24,8 % der Bilanzsumme. Investitionen waren in 2016 nicht notwendig und sind für 2017 auch nicht geplant.

Durch die ganzjährige Beschäftigung von 13 Integrationshelfern hat sich die Ertragslage stabilisiert. Die Umsatzerlöse konnten von T€ 221,5 in 2015 auf T€ 263,1 in 2016 gesteigert werden. Bei um T€ 38,0 höheren Personalaufwendungen ist bei weiteren Aufwendungen (T€9,5) u.a. für Abschlussprüfung und laufende Buchhaltung ein Jahresverlust in Höhe von T€ 6,1 entstanden.

### **Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Nachdem in 2015 ein leichter Überschuss erzielt wurde, ist in 2016 ein Verlust in Höhe von T€ 6,1 realisiert worden. Aufgrund der geringen Spanne zwischen Umsatzerlösen und Personalaufwendungen führen weitere Aufwendungen zur Ergebnisbelastung. Die Geschäftsleitung versucht daher, diese auf ein notwendiges Maß zu vermindern. Es verbleiben allerdings notwendige Ausgaben für z.B. Jahresabschlussprüfung und die Erstellung der Jahresrechnung sowie die Personalverwaltung und –betreuung.

Die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz der Integrationshelfer und auch der Kräfte im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres sind positiv. Wir gehen davon aus, dass die bisherige Stellenzahl beibehalten wird und zukünftig weitere Stellen hinzukommen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

## 7.2 clinicpartner eG



### Unternehmensportrait

|                       |                                                                        |
|-----------------------|------------------------------------------------------------------------|
| <b>Adresse:</b>       | Am Wiesenbusch 2, 65966 Gladbeck                                       |
| <b>Homepage:</b>      | <a href="http://www.clinicpartner-eg.eu">www.clinicpartner-eg.eu</a>   |
| <b>Rechtsform:</b>    | eingetragene Genossenschaft                                            |
| <b>Träger:</b>        | 48 Trägereinrichtungen<br>u. a. <b>Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH</b> |
| <b>Gründungsjahr:</b> | 1997                                                                   |

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

#### **Gegenstand des Unternehmens:**

Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten.

Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung unserer Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

### Organe des Unternehmens

|                      |                                                                                          |                                      |
|----------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|
| <b>Aufsichtsrat:</b> | Dipl.- Kfm. Berthold Grunenberg<br>Dipl.- Kfm. Burkhard Nolte<br>plus 6 weitere Personen | Vorsitzender<br>stellv. Vorsitzender |
| <b>Vorstand:</b>     | Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Appelstiel<br>Betrw. staatl. gepr. Olaf Berse             |                                      |

## Unternehmensdaten

| <b>Bilanz</b>                                      | 2015 in € | 2014 in € | 2013 in €         |
|----------------------------------------------------|-----------|-----------|-------------------|
| <b>Aktiva</b>                                      |           |           |                   |
| Anlagevermögen                                     |           |           |                   |
| Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä., Lizenzen |           |           | 3.527,00          |
| Sachanlagen: andere Anlagen, BGA                   |           |           | 87.758,00         |
| Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen  |           |           | 0,00              |
| Umlaufvermögen                                     |           |           |                   |
| Vorräte: Fertige Erzeugnisse und Waren             |           |           | 0,00              |
| Forderungen                                        |           |           | 387.393,63        |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       |           |           | 220.674,11        |
| <b>Summe Aktiva</b>                                |           |           | <b>769.713,97</b> |
| <b>Passiva</b>                                     |           |           | <b>2013 in €</b>  |
| Eigenkapital                                       |           |           | 230.204,50        |
| Gewinn- / Verlustvortrag                           |           |           | 16.728,10         |
| Jahresüberschuss /-fehlbetrag                      |           |           | 1.263,23          |
| Rückstellungen                                     |           |           | 81.080,00         |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen     |           |           | 53.694,17         |
| Sonstige Verbindlichkeiten                         |           |           | 386.743,97        |
| <b>Summe Passiva</b>                               |           |           | <b>769.713,67</b> |

| <b>Gewinn und Verlustrechnung</b>            | 2015 in € | 2014 in € | 2013 in €       |
|----------------------------------------------|-----------|-----------|-----------------|
| Umsatzerlöse                                 |           |           | 1.558.187,90    |
| fertige/unfertige Erzeugnisse                |           |           | 0,00            |
| Personalaufwand                              |           |           | 946.054,41      |
| Abschreibungen                               |           |           | 33.231,66       |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen           |           |           | 589.991,11      |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen    |           |           | 0,49            |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit |           |           | 22.142,87       |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag         |           |           | 6.556,00        |
| Sonstige Steuern                             |           |           | 1.232,64        |
| <b>Jahresüberschuss /-fehlbetrag</b>         |           |           | <b>1.263,23</b> |

Der Jahresabschluss für die Jahre 2014, 2015 und 2016 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichts noch nicht vor. Es erfolgt immer eine Prüfung von zwei Jahren.

### **Zahlen - Daten - Fakten** (Stand 2010)

- Mitgliederbestand von 112 Krankenhäusern mit ca. 32.000 Planbetten und 100 Altenpflegeheimen/Pflegeeinrichtungen mit ca. 7.500 Pflegeplätzen
- seit 2006 Beitritt von 42 neuen Mitgliedshäusern
- strategisches Einkaufsvolumen von über 850 Mill. Euro über alle Fachbereiche
- Jahresrückvergütung in 2009 von ca. 6,6 Mill. Euro, die direkt von den Vertragslieferanten an die Mitglieder ausgeschüttet werden

## 7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH



### Unternehmensportrait

|                         |                                                |                      |             |
|-------------------------|------------------------------------------------|----------------------|-------------|
| <b>Adresse:</b>         | Am Hallenbad 1, 65582 Diez                     |                      |             |
| <b>Homepage:</b>        | www.oranienbad.de                              |                      |             |
| <b>Rechtsform:</b>      | Gesellschaft mit beschränkter Haftung          |                      |             |
| <b>Gesellschafter:</b>  | Stadt Diez                                     | 7.669,38 Euro        | 30 %        |
|                         | Stadt Limburg                                  | 5.112,93 Euro        | 20 %        |
|                         | <b>Kreishallenbad Weilburg GmbH</b>            | <b>6.391,14 Euro</b> | <b>25 %</b> |
|                         | Rhein-Lahn-Kreis                               | 6.391,14 Euro        | 25 %        |
| <b>Stammkapital:</b>    | 25.564,59 Euro                                 |                      |             |
| <b>Gründungsjahr:</b>   | 2. Juni 1966                                   |                      |             |
| <b>Gesell.-vertrag:</b> | 2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001 |                      |             |

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

### **Gegenstand des Unternehmens:**

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

### Organe des Unternehmens

|                                         |                                                                                                                                                       |                                                                                                                          |
|-----------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Geschäftsführung:</b>                | Bürgermeister Dr. Marius Hahn, Limburg<br>1. Stadtrat Michael Stanke, Limburg<br>Bürgermeister Frank Dobra, Diez<br>1. Beigeordneter Edgar Groß, Diez |                                                                                                                          |
| <b>Gesellschafter-<br/>versammlung:</b> | Landrat Frank Puchtler<br>Landrat Manfred Michel<br>Axel Fickeis<br>Dietmar Kramm<br>Marco Rosso                                                      | Vorsitzender<br>stellv. Vorsitzender<br>Vertreter der Stadt Diez<br>Vertreter der Stadt Diez<br>Vertreter der Stadt Diez |

|                       |                                                     |
|-----------------------|-----------------------------------------------------|
| Lothar Schmidt        | Vertreter der Stadt Diez                            |
| Dr. Christopher Dietz | Vertreter der Stadt Limburg                         |
| Werner Laux           | Vertreter der Stadt Limburg (bis 12.7.2016)         |
| Martin Zimmer         | Vertreter der Stadt Limburg (bis 12.7.2016)         |
| Hüseyin Kaya          | Vertreter der Stadt Limburg (ab 12.7.2016)          |
| Cornelius Dehm        | Vertreter der Stadt Limburg (ab 12.7.2016)          |
| Nicole Roßberger      | Vertreter der Stadt Limburg (ab 12.7.2016)          |
| Helmut Jung           | Vertreter Hallenbad Weilburg                        |
| Thorsten Roth         | Vertreter Hallenbad Weilburg                        |
| Elke Fehr             | Vertreter Hallenbad Weilburg                        |
| Karl-Heinz Stoll      | Vertreter Hallenbad Weilburg                        |
| Matthias Lammert      | Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises                    |
| Ursula Ohl            | Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises                    |
| Emil Werner           | Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises<br>(bis 31.7.2016) |
| Peter Schleenbecker   | Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises<br>(ab 26.09.2016) |
| Michael Schnatz       | Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises                    |

## Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt in 2016 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von € 1.381,05 (Vorjahr € 2.936,01) keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2016 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftervertreter in Höhe von € 1.718,64 ausbezahlt.

## Unternehmensdaten

### Bilanz

| <b>Aktiva</b>                                     | <b>2016 in €</b>    | <b>2015 in €</b>    | <b>2014 in €</b>    |
|---------------------------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Anlagevermögen                                    | <b>3.510.557,69</b> | <b>3.426.219,52</b> | <b>1.982.882,57</b> |
| Vorräte                                           | 3.924,13            | 14.734,69           | 2.932,46            |
| Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände         | 54.173,55           | 220.470,65          | 157.436,33          |
| Guthaben bei Kreditinstituten                     | 831.252,27          | 1.713.794,83        | 974.267,97          |
| Rechnungsabgrenzungsposten                        | 0,00                | 5.049,05            | 0,00                |
| <b>SUMME AKTIVA</b>                               | <b>4.339.907,64</b> | <b>5.380.268,74</b> | <b>3.117.519,33</b> |
| <b>Passiva</b>                                    | <b>2016 in €</b>    | <b>2015 in €</b>    | <b>2014 in €</b>    |
| Gezeichnetes Kapital                              | 25.564,59           | 25.564,59           | 25.564,59           |
| Kapitalrücklagen                                  | 922.256,69          | 922.256,69          | 922.256,69          |
| Jahresfehlbetrag                                  | 834.168,28          | 809.264,33          | 538.308,47          |
| Landeszuschüsse                                   | 0,00                | 0,00                | 750.000,00          |
| Rückstellungen                                    | 37.700,00           | 96.850,00           | 105.850,00          |
| Verbindlichkeiten                                 | 3.051.263,28        | 3.960.506,10        | 1.128.492,36        |
| Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehlbetrag | 1.197.209,17        | 1.184.273,50        | 723.581,97          |
| Rechnungsabgrenzungsposten                        | 82,19               | 82,19               | 82,19               |
| <b>SUMME PASSIVA</b>                              | <b>4.339.907,64</b> | <b>5.380.268,74</b> | <b>3.117.519,33</b> |

| <b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>     | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  | <b>2014 in €</b>  |
|----------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| + Umsatzerlöse                         | 436.482,50        | 125.476,38        | 150.807,73        |
| + Sonstige betriebliche Erträge        | 10.128,51         | 79.584,94         | 63.831,71         |
| - Materialaufwand                      | 344.754,85        | 428.703,37        | 170.103,44        |
| - Personalaufwand                      | 600.057,78        | 382.227,85        | 347.646,63        |
| - Abschreibungen auf Sachanlagen       | 159.904,17        | 46.931,20         | 32.478,21         |
| - Sonstige betriebliche Aufwendungen   | 102.744,15        | 84.675,10         | 134.053,46        |
| + Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 67,13             | 382,49            | 549,47            |
| - Zinsen und ähnliche Aufwendungen     | 73.385,47         | 72.170,62         | 69.215,64         |
| <b>Jahresfehlbetrag</b>                | <b>834.168,28</b> | <b>809.264,33</b> | <b>538.308,47</b> |

## **Situationsbericht**

### **A. Überblick über den Geschäftsverlauf**

#### **I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit**

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet.

Die Gesellschaft führt den Namen "Hallenbad Diez-Limburg GmbH".

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit

der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

#### **II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen**

Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft.

- Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil.
- Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird da her auch im Rahmen des Schulsports genutzt.
- Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gesellschafter sind Investitionen oder er wünschte Neuerungen zeitlich zu strecken, so dass manch mal Wünsche der Badegäste und Wirklichkeit des Badeangebotes auseinanderfallen.

Alle Bäder sind in gewissem Maße abhängig von den Schwankungen in der Gesamtwirtschaft.

Das Oranienbad wird nach wie vor gut besucht, da durch Betriebs- und Geschäftsführung das Angebot ständig verbessert (Schwimm- und Aquafitnesskurse, Saunaaufgüsse, Klangschalensauna und Veranstaltungen o. ä.) sowie durch organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen (Verkauf von Badeartikeln) die Attraktivität des Bades gesteigert wird.

### **III. Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft**

Da ab der Neueröffnung des sanierten Hallenbads im November 2015 eine vollständige neue Regelung zu den Eintrittspreisen in Kraft getreten ist, sind die Erlöse des Jahres 2014 nicht in gleicher Weise zu gruppieren wie im Jahr 2015. Deshalb entfällt eine Darstellung der Umsätze des Jahres 2014 nach Gruppen.

## **B. Darstellung der Lage der Gesellschaft**

### **I. Darstellung der Ertragslage**

In der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 schloss die Gesellschaft insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag von 834.168,28 Euro (Vorjahr Jahresfehlbetrag 809.264,33 Euro) ab.

Die Geschäftsjahre 2015 und 2016 sind aufgrund der unterschiedlichen Öffnungsperioden nur eingeschränkt vergleichbar. Auf Grund des ganzjährigen Vollbetriebs im Geschäftsjahr sind infolge dessen die Besucherzahlen von 28.132 um 115.972 bzw. 412,2 % auf 144.104 und damit verbunden auch die Umsatzerlöse um T€ 311,0 bzw. 247,8 % auf T€ 436,5 gestiegen.

### **II. Darstellung der Vermögenslage**

Bei einer um T€ 980 verminderten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote in Höhe von 2,58 % rechnerisch gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 79,78 % (Vorjahr 63,68 %).

Die liquiden Mittel haben sich von T€ 1.713,8 um T€ 882,5 auf T€ 831,3 vermindert.

Die Verbindlichkeiten haben sich von T€ 5.144,8 um T€ 896,3 auf T€ 4.248,5 vermindert.

Bei der Bewertung der Rückstellungen T€ 37,7 (Vorjahr T€ 96,9) und deren Bemessung wurden allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

### **III. Darstellung der Finanzlage**

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

## **C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung**

### **I. Darstellung der voraussichtlichen Lage**

Das Bad ist im Jahr 2016 das gesamte Jahr im Vollbetrieb gewesen, nachdem es im November 2015 nach einer Sanierung wieder in Betrieb gegangen ist. Es sind allerdings noch Mängel durch die Baufirmen zu beheben. Die Verwendungsnachweise



wurden erstellt und an die Fördermittelgeber übersandt.

Nunmehr ist das Augenmerk auf die Schwimmhalle zu richten. Hier sollen in den folgenden Jahren energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden, ohne lange Schließungsphasen auszulösen.

Hinzu kommt, dass in 2017ff eine Attraktivitätssteigerung des Bades durch ein Kursangebot erfolgen soll. Die Kurse sollen von eigenen Kräften angeboten werden, um somit auch die Einnahmen des Bades zu steigern.

## **II. Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2017**

Entsprechend dem Erfolgsplan 2017 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 923,- (Vorjahr T€ 822,-) gerechnet.

### **D. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung**

Da die Gesellschaft unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt, ist sie nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Gleichwohl verfolgt sie eine Politik der höchstmöglichen Kostendeckung bzw. Verlustminimierung.

Sofern die Gesellschafter die Jahresfehlbeträge weiterhin gemäß Gesellschaftervertrag ausgleichen, ergeben sich keine wesentlichen künftigen Risiken.

### **E. Sonstige Angaben**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres lagen zum Stichtag der Lageberichterstattung nicht vor.



## 7.4 Klinikverbund Hessen e. V.



### Unternehmensportrait

**Adresse:** Forsthausstraße 1-3 / Haus 3e, 35578 Wetzlar

**Homepage:** [www.klinikverbund-hessen.de](http://www.klinikverbund-hessen.de)

**Rechtsform:** Verein

**Mitglieder:** **Hessische Spitzenverbände**

Hessischer Landkreistag

Hessischer Städtetag

Hessischer Städte- und Gemeindebund

**Krankenhausgesellschaften in  
öffentlich-rechtlicher Trägerschaft**

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Main-Kinzig-Kliniken gGmbH, Gelnhausen

Kreiskrankenhaus Vogelsbergkreis in Alsfeld GmbH

Klinikum Bad Hersfeld GmbH

Klinikum Darmstadt GmbH

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, Erbach

Kreisklinik Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau

Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar

Hochtaunus Kliniken gGmbH, Bad Homburg

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Hofheim

**Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg**

Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH

GPR gesundheits- und Pflegezentrum gGmbH Rüsselsheim

Klinikum Frankfurt/Main-Höchst GmbH, Frankfurt

Klinikum Hanau GmbH

Kreiskrankenhaus Bergstrasse gGmbH, Heppenheim

Kreiskrankenhaus Frankenberg gGmbH, Frankenberg

Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH, Friedberg

Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt

Kerckhoff-Klinik GmbH, Bad Nauheim

Vitos GmbH

Universitätsklinikum Frankfurt am Main

Gesundheit Nordhessen Holding GmbH

Klinikum Hanau GmbH

**Gründungsjahr:** 5. Dezember 2013

**Satzung:** Letzte Fassung vom 24. Februar 2015

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Ziel und Aufgabe des Vereins ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

### **Gegenstand des Unternehmens:**

Die Beratung und Erbringung von Dienstleistungen und Geschäftsbesorgungen aller Art für die Gesellschafter sowie weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens. Weiterhin ist die Erbringung von Managementleistungen Gegenstand des Unternehmens. Ferner hat die Gesellschaft die Beteiligung an anderen Unternehmen mit einem verwandten Unternehmenszweck sowie deren Geschäftsführung zum Gegenstand.

### **Organe des Unternehmens**

**Geschäftsführung:** Frau Brigitte Wagner, Frankfurt

**Mitgliederversammlung**

**Vorstand**

### **Unternehmensdaten**

#### **Bilanz**

| <b>Aktiva</b>                                 | <b>2016 in €</b> | <b>2015 in €</b> | <b>2014 in €</b> |
|-----------------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen    | 0,00             | 0,00             | 0,00             |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung            | 0,00             | 0,00             | 14.763,00        |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 1.884,22         | 26.154,11        | 25.828,15        |
| Kassenbestand                                 | 51.491,34        | 20.542,53        | 34.050,50        |
| Rechnungsabgrenzungsposten                    | 0,00             | 0,00             | 400,00           |
| <b>SUMME AKTIVA</b>                           | <b>53.375,56</b> | <b>46.696,64</b> | <b>95.180,65</b> |
| <b>Passiva</b>                                | <b>2016 in €</b> | <b>2015 in €</b> | <b>2014 in €</b> |
| Jahresüberschuss                              | 12.506,94        | -7.501,11        | 55.489,05        |
| Gewinnvortrag                                 | -56.186,16       | -48.685,05       | -                |
| Jahresüberschuss                              | -                | -                | -                |
| Eigenkapital                                  | <b>90.000,00</b> | <b>90.000,00</b> | <b>55.489,05</b> |
| Steuerrückstellung                            | -                | -                | -                |
| Sonstige Rückstellungen                       | 7.007,50         | 12.488,50        | 11.100,00        |
| Verbindlichkeiten                             | 47,28            | 394,30           | 28.594,60        |
| <b>SUMME PASSIVA</b>                          | <b>53.375,56</b> | <b>46.696,64</b> | <b>95.180,65</b> |

| <b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>     | <b>2016 in €</b> | <b>2015 in €</b> |
|----------------------------------------|------------------|------------------|
| + Umsatzerlöse                         | 0,00             | 19.500,00        |
| + Sonstige betriebliche Erträge        | 14.375,18        | 3,94             |
| - Sonstige betriebliche Aufwendungen   | 6.319,07         | 27.005,05        |
| + Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 532,00           | 0,00             |
| + Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 3.918,83         | 0,00             |
| = Ergebnis nach Steuern                | 12.506,94        | -7.501,11        |
| <b>= Jahresüberschuss/-Fehlbetrag</b>  | <b>12.506,94</b> | <b>-7.501,11</b> |

## **Situationsbericht**

### **Grundlagen des Vereins**

Der Klinikverbund Hessen e. V. wurde am 5. Dezember 2013 aus dem Kreis der ehemaligen Gesellschafter der Klinikverbund Hessen GmbH gemeinsam mit den hessischen kommunalen Trägerorganisationen (Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) gegründet.

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Etwaige Jahresüberschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

### **Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

In Deutschland ist jedes sechste Krankenhaus von der Insolvenz bedroht, jedes dritte schreibt rote Zahlen und fast jedes zweite Krankenhaus kann nicht ausreichend investieren. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuellen Krankenhaus Rating Report 2015 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Die Bundesregierung reagiert auf diesen Negativtrend mit einem neuen Gesetzesentwurf – dem sogenannten „Krankenhausstrukturgesetz“, welches am 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Hauptziel ist es, die Kosten im Kliniksystem zu senken und eine verbesserte medizinische Versorgungsqualität zu erreichen.

Die Krankenhauslandschaft in Deutschland steht daher im Blick auf die aktuell geplanten gesetzlichen Veränderungen, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, der strukturellen Unterfinanzierung und dem geplanten Umbau der Krankenhausstrukturen vor großen Herausforderungen. Vor dieser Herausforderung stehen insbesondere auch die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser, die unmittelbar über den Sicherstellungsauftrag ihrer Träger der Daseinsvorsorge verpflichtet sind.

### **Bericht zur Entwicklung und Handlungsfeldern des Vereins**

Mit der Gründung des Klinikverbundes Hessen e. V. wurde bundesweit erstmalig eine Interessenvertretung öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser etabliert, in der Geschäftsführungen und Träger öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser gemeinsam für die politik- und öffentlichkeitswirksame Positionierung abstimmen und positionieren.

Die Anzahl der Vereinsmitglieder hat sich von der Gründungsversammlung am 5. Dezember 2013 mit zehn Gründungsmitgliedern auf 25 Mitglieder Ende 2015 erhöht.

Der Klinikverbund Hessen e. V. ist im Rahmen der Interessenvertretung und Interessenvereinigung im Wesentlichen auf drei Feldern aktiv:

- Bundespolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Bundespolitik.
- Landes- und Kommunalpolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Landes- und Kommunalpolitik.
- Vereinsarbeit: Gemeinschaftsbildung, Kommunikation von Interessen und Bedarfen, Identifikation von Gemeinsamkeiten, Fokussierung auf Anliegen und Positionen.

## **Lage**

Die Sichtbarkeit und Wirksamkeit des Klinikverbundes Hessen hat sich durch kontinuierlichen Netzwerkauf- und ausbau, Öffentlichkeitsarbeit in Hessen und auf Bundesebene sowie eigene Veranstaltungen wie Zukunftskonferenz Kommunale Krankenhäuser und weiterem Ausbau der vereinsinternen Austauschformate und Arbeitskreise stetig verbessert.

## **Erlössituation**

Die Erlöse des Vereins betragen 2016 EUR 18.826,01.

## **Beschaffungs- und Investitionswesen**

Beschaffungen wurden im Jahr 2016 keine mehr durchgeführt.

## **Personalbereich**

Der Klinikverbund Hessen e. V. verfügte 2016 über kein eigenes Personal mehr.

## **Umweltschutz**

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Gütern und Waren (zertifizierte und umweltschonende Produkte) zum Tragen.

## **Ertragslage**

Der Verein hat einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 12.506,94 erzielt.

## **Finanzlage**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 sind keine finanziellen Engpässe entstanden. Eine ausreichende Liquidität war jederzeit gegeben.

### **Vermögenslage**

Der Verein hält im Anlagevermögen seine Betriebs- und Geschäftsausstattung vor. Weiteres Vermögen ist als Guthaben bei Kreditinstituten vorhanden.

### **Chancen und Risikobericht**

Die Aktivitäten des Klinikverbund Hessen e. V. wurden in 2015 sukzessive ausgebaut. Gemäß Mitgliederbeschluss vom 2. Mai 2016 ist künftig der Aufbau einer Repräsentanz in Berlin geplant. Dazu wird ein Businessplan erstellt und auf der Mitgliederversammlung am 14. November 2016 vorgestellt und abgestimmt.

### **Erlösrisiko**

In Abhängigkeit der weiteren Beschlussfassungen zum Aufbau einer Repräsentanz des Klinikverbundes Hessen in Berlin kann es zu Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge in 2017 kommen. Da die weiteren Entscheidungen jedoch von der Mitgliederversammlung zu treffen sind, ist im Falle der Beitragserhöhung von einer einvernehmlichen und gemeinschaftlichen Entscheidung auszugehen, so dass keine Erlösrisiken zu verzeichnen sind.

### **Finanzwirtschaftliche Risiken**

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Vereins sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

### **Gesamtaussage**

Die in 2015 erreichte und in 2016 erfolgte Ausweitung der Anzahl der Vereinsmitglieder wird sich in Zukunft nicht mehr fortsetzen lassen, da Mitte 2016 rund 100% der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser in Hessen und alle hessischen Trägerorganisationen Mitglieder im Verein sein werden.





## 7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH



### Unternehmensportrait

|                         |                                       |       |
|-------------------------|---------------------------------------|-------|
| <b>Adresse:</b>         | Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg        |       |
| <b>Rechtsform:</b>      | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |       |
| <b>Gesellschafter:</b>  | Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH       | 100 % |
| <b>Stammkapital:</b>    | 25.000 Euro                           |       |
| <b>Gründungsjahr:</b>   | 16.11.2005                            |       |
| <b>Gesell.-vertrag:</b> | in der Fassung vom 9. Dezember 2011   |       |

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

### **Gegenstand des Unternehmens:**

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art außer in den Bereichen Medizin und Pflege, überwiegend für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden u. a. im Reinigungsdienst, beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

### Organe des Unternehmens

|                          |                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                                                                           |
|--------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Geschäftsführung:</b> | Peter Schermuly<br>Stefan Eckert                                                                                                                                                                                                                   | Geschäftsführer<br>Pflegedienstleiter                                                                                                     |
| <b>Aufsichtsrat:</b>     | Manfred Michel, Landrat<br>Helmut Jung, 1. Kreisbeigeordneter<br>Dr. Dietrich Weiß<br>Dr. Ruth Kittler<br>Dr. Hans-Christoph Noack<br>Robert Becker<br>Dr. Frank Schmidt<br>Joachim Veyhelmann<br>Günter Henche<br>Renate Michel<br>Peter Hoffmann | Vorsitzender<br>stv. Vorsitzender<br>(bis 2.6.2016)<br>(ab 2.6.2016)<br><br><br><br><br><br><br>Betriebsrat<br>Betriebsrat<br>Betriebsrat |

### **Gesellschafterversammlung**

### **Bezüge**

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.  
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

## Unternehmensdaten

### Bilanz

| <b>Aktiva</b>                                     | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  | <b>2014 in €</b>  |
|---------------------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Anlagevermögen: Sachanlagen                       | 17.552,50         | 12.471,25         | 7.737,75          |
| Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände |                   |                   |                   |
| 1. Forderungen gegen Gesellschafter               | 118.868,87        | 121.147,53        | 141.077,68        |
| 2. Sonstige Vermögensgegenstände                  | 908,65            | 1.562,01          | 1.940,26          |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten      | 50.836,80         | 18.756,35         | 1.919,13          |
| <b>SUMME AKTIVA</b>                               | <b>188.166,82</b> | <b>153.937,14</b> | <b>152.674,82</b> |
| <b>Passiva</b>                                    | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  | <b>2014 in €</b>  |
| Eigenkapital                                      |                   |                   |                   |
| I. Gezeichnetes Kapital                           | 25.000,00         | 25.000,00         | 25.000,00         |
| II. Gewinnvortrag                                 | 45.854,02         | 42.043,21         | 38.982,09         |
| III. Jahresüberschuss                             | 3.567,82          | 3.810,81          | 3.061,12          |
| Rückstellungen                                    | 134,00            | 249,83            | 1.252,00          |
| Sonstige Rückstellungen                           | 13.708,80         | 10.833,17         | 18.924,28         |
| Verbindlichkeiten                                 | 99.902,18         | 72.000,12         | 65.455,33         |
| <b>SUMME PASSIVA</b>                              | <b>188.166,82</b> | <b>153.937,14</b> | <b>152.674,82</b> |

| <b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>                                                          | <b>2016 in €</b>    | <b>2015 in €</b>    | <b>2014 in €</b>  |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|---------------------|-------------------|
| 1. Umsatzerlöse                                                                             | 1.351.728,80        | 1.044.855,58        | 975.993,24        |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge                                                            | 16.494,19           | 5.368,17            | 13.539,47         |
|                                                                                             | <b>1.368.222,99</b> | <b>1.050.223,75</b> | <b>989.532,71</b> |
| 3. Materialaufwand                                                                          |                     |                     |                   |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe                                         | 47.020,97           | 38.156,66           | 33.201,41         |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen                                                     | 43.589,70           | 42.661,80           | 41.752,33         |
|                                                                                             | <b>90.610,67</b>    | <b>80.818,46</b>    | <b>74.953,74</b>  |
| 4. Personalaufwand                                                                          |                     |                     |                   |
| a) Löhne und Gehälter                                                                       | 1.002.841,05        | 766.308,98          | 727.685,27        |
| b) Soz. Abgaben & Aufwendungen f. Altersversorgung                                          | 210.360,52          | 154.873,20          | 146.054,14        |
|                                                                                             | <b>1.213.201,57</b> | <b>921.182,18</b>   | <b>873.739,41</b> |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 3.775,65            | 3.289,36            | 2.348,86          |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen                                                       | 56.128,28           | 39.559,15           | 34.177,58         |
| 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge                                                     | 0,00                | 0,00                | 0,00              |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen                                                         | 0,00                | 11,79               | 0,00              |
| <b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>                                      | <b>4.506,82</b>     | <b>5.362,81</b>     | <b>4.313,12</b>   |
| 10. Steuern von Einkommen und Ertrag                                                        | 939,00              | 1.552,00            | 1.252,00          |
| <b>Jahresüberschuss</b>                                                                     | <b>3.567,82</b>     | <b>3.810,81</b>     | <b>3.061,12</b>   |

## Situationsbericht

### Geschäftsverlauf

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2016 beträgt 1.351,7 TEUR (Vorjahr 1.044,9 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2016 um 234,7 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2016 angesetzten Planung von 1.117,0 TEUR.

Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, in der Verwaltung, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst, in den Bereichen Archiv / Aufnahme, im Bereitschaftsdienst des Seniorenwohnheimes Fellersborn sowie in den in 2016 neu hinzugekommenen Serviceleistungen in den Bereichen Pflege, Technik, Empfang, Hol- und Bringdienste und den Schreibdiensten der Ambulanzen.

### Vermögens- und Finanzlage

|                   | 2016 |       | 2015 |       | Veränderung |  |
|-------------------|------|-------|------|-------|-------------|--|
|                   | TEUR | %     | TEUR | %     | TEUR        |  |
| <b>Aktiva</b>     |      |       |      |       |             |  |
|                   | 17   | 9,3   | 12   | 7,8   | 5           |  |
| Anlagevermögen    | 120  | 63,7  | 123  | 79,9  | -3          |  |
| Forderungen       | 51   | 27,0  | 19   | 12,3  | 32          |  |
| Flüssige Mittel   |      |       |      |       |             |  |
|                   | 188  | 100,0 | 154  | 100,0 | 34          |  |
| <b>Passiva</b>    |      |       |      |       |             |  |
|                   | 74   | 39,5  | 71   | 46,1  | 3           |  |
| Eigenkapital      | 14   | 7,4   | 11   | 7,1   | 3           |  |
| Rückstellungen    | 100  | 53,1  | 72   | 46,8  | 28          |  |
| Verbindlichkeiten |      |       |      |       |             |  |
|                   | 188  | 100,0 | 154  | 100,0 | 34          |  |

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,6 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 39,55%.

Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter (Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH) in Höhe von 118,9 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 0,9 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2016 sowie Forderungen Lohn und Gehalt.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 70,3 TEUR und Sozialversicherung 1,7 TEUR aus dem Monat Dezember 2016, deren Zahlung im Januar 2017 erfolgte, laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 9,0 TEUR sowie Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 18,4 TEUR.

### Ertragslage

|                           | 2016       |            | 2015       |            | Veränderung |              |
|---------------------------|------------|------------|------------|------------|-------------|--------------|
|                           | TEUR       | %          | TEUR       | %          | TEUR        | %            |
| Betriebliche Erträge      | 1.368,2    | 100,0      | 1.050,2    | 100,0      | 318,0       | 30,3         |
| Betriebliche Aufwendungen | 1.363,7    | 99,7       | 1.044,8    | 99,6       | 318,9       | 30,5         |
| <b>Betriebsergebnis</b>   | <b>4,5</b> | <b>0,3</b> | <b>5,4</b> | <b>0,5</b> | <b>-0,9</b> | <b>-16,7</b> |
| Finanzergebnis            | 0,0        | 0,0        | 0,0        | 0,0        | 0,0         | 0,0          |
| Neutrales Ergebnis        | 0,0        | 0,0        | 0,0        | 0,0        | 0,0         | 0,0          |
| Steuern                   | 0,9        | 0,1        | 1,6        | 0,2        | -0,7        | -43,8        |
| Neutrales Ergebnis        | 3,6        | 0,2        | 3,8        | 0,3        | -0,2        | -5,3         |
| <b>Jahresergebnis</b>     | <b>3,6</b> | <b>0,2</b> | <b>3,8</b> | <b>0,3</b> | <b>-0,2</b> | <b>-5,3</b>  |

## Vergleich Prognose und tatsächliche Entwicklung

Das Ergebnis vor Ertragssteuern beträgt im Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 TEUR 5,0, tatsächlich wurde ein Ergebnis vor Ertragssteuern in Höhe von TEUR 4,5 erzielt.

Die Personalkostenquote beträgt 89,75% sowie die Materialaufwandsquote 6,70% des Umsatzes.

## Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg, einem weiteren Standbein des Kreiskrankenhauses Weilburg, übernommen.

Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft. Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen u.E. nicht.

Für 2017 wird von einem positiven Ergebnis ausgegangen.

## 7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH



### Unternehmensportrait

**Adresse:** Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg

**Homepage:** [www.profil-limburg.de](http://www.profil-limburg.de)

|                        |                                                                                                               |                   |             |
|------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-------------|
| <b>Gesellschafter:</b> | Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V. Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. | 6.500 Euro        | 25 %        |
|                        | Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg                                               | 6.500 Euro        | 25 %        |
|                        | <b>Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg</b>                                             | <b>6.500 Euro</b> | <b>25 %</b> |

**Stammkapital:** 26.000 Euro

**Gründungsjahr:** 25. Mai 1998

**Gesell.-vertrag:** 25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

#### **Gegenstand des Unternehmens:**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

## Organe des Unternehmens

### Gesellschafterversammlung

**Geschäftsführung:** Wolfgang Groebler

Der Geschäftsführer ist alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

### Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

## Unternehmensdaten

### Bilanz

| <b>Aktiva</b>                                     | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  | <b>2014 in €</b>  |
|---------------------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung | 43.258,10         | 58.157,86         | 74.038,68         |
| Umlaufvermögen/fertige Erzeugnisse und Leistungen | 2.960,00          | 13.797,00         | 14.096,28         |
| Forderungen                                       | 12.596,64         | 17.609,44         | 3.995,61          |
| Sonstige Vermögensgegenstände                     | 47.478,49         | 38.230,82         | 76.482,40         |
| Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten       | 26.274,84         | 27.749,31         | 38.183,56         |
| Rechnungsabgrenzungsposten                        | 0,00              | 0,00              | 0,00              |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag     | 227.792,36        | 334.778,29        | 206.226,15        |
| <b>Summe Aktiva</b>                               | <b>360.360,43</b> | <b>490.322,72</b> | <b>413.022,68</b> |
| <b>Passiva</b>                                    | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  | <b>2014 in €</b>  |
| Gezeichnetes Kapital                              | 26.000,00         | 26.000,00         | 26.000,00         |
| Kapitalrücklage                                   | 60.000,00         | 60.000,00         | 60.000,00         |
| Verlustvortrag                                    | -                 | -                 | -                 |
|                                                   |                   | 292.226,15        | 194.050,88        |
| Jahresfehlbetrag                                  | 106.985,93        | 128.552,14        | 98.175,27         |
| nicht gedeckter Fehlbetrag                        | 227.792,36        | 334.778,29        | 206.226,15        |
| buchmäßiges Eigenkapital                          | 0,0               | 0,00              | 0,00              |
| Rückstellungen                                    | 71.462,00         | 44.899,00         | 30.278,00         |
| Verbindlichkeiten                                 | 288.898,43        | 436.483,72        | 372.744,68        |
| Rechnungsabgrenzungsposten                        | 0,00              | 8.940,00          | 10.000,00         |
| <b>Summe Passiva</b>                              | <b>360.360,43</b> | <b>490.322,72</b> | <b>413.022,68</b> |

| <b>Gewinn und Verlustrechnung</b>                      | <b>2016 in €</b>  | <b>2015 in €</b>  |
|--------------------------------------------------------|-------------------|-------------------|
| + Umsatzerlöse                                         | 697.948,78        | 798.081,02        |
| + Verminderung Bestandes an und-/fertigen Erzeugnissen | 0,00              | 299,28            |
| + sonstige betriebliche Erträge                        | 238.419,07        | 12.125,68         |
| - Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren           | 332.132,03        | 381.338,84        |
| - Personalaufwand                                      | 306.128,84        | 328.024,99        |
| - Abschreibungen                                       | 15.657,58         | 15.880,82         |
| - sonstige betriebliche Aufwendungen                   | 174.467,47        | 210.994,50        |
| - Zinsen und ähnliche Aufwendungen                     | 782,00            | 1.774,75          |
| <b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>    | <b>107.199,93</b> | <b>128.106,48</b> |
| - sonstige Steuern                                     | 214,00            | 445,66            |
| <b>Jahresfehlbetrag</b>                                | <b>106.985,93</b> | <b>128.552,14</b> |

## **Situationsbericht**

Die Eingangsmengen sind weiterhin stabil, der Mai fällt aufgrund der wenigen Arbeitstage etwas ab. Die Behandlungspreise für Bildschirmgeräte sollen im 3. Quartal 2016 leicht gesteigert werden, entsprechende Gespräche stehen in Kürze an. Die Preise für den Verkauf von Stahlschrott sind im März und April um ca. 50 €/t. gestiegen, im Juni allerdings schon wieder in ähnlicher Größenordnung gesunken. Auch andere Stoff Erlöse zeigen sich weiterhin schwankend.

Für den AWB Limburg läuft die Optierung von Bildschirmgeräten nun zum 30.06.2016 aus. Soweit diese Mengen erwartungsgemäß über das EAR-System wieder der Profil zufließen, wird von einem wirtschaftlichen Vorteil von rund 30 T€/a. ausgegangen.

Im Mai wurde plangemäß ein weiterer Mitarbeiter verrentet, die Schwerbehindertenquote beträgt aktuell 42,7 %.

Für die im Februar durchgeführte Schall-Immissionsmessung liegt seit kurzem der Bericht vor, dieser fällt positiv aus und wurde dem RP Gießen vereinbarungsgemäß übermittelt (Auflage aus IED-Inspektion Nov. 2015).

Mit dem AWB Limburg wurde über ein mögliches Vertragsende sowie Optionen für eine Neubeauftragung ohne Sammelgruppe 3 gesprochen, hier besteht weiterhin Kooperationsbereitschaft seitens des AWB.

Mit der GAB wurde eine Übereinkunft zur Reduzierung der angemieteten Flächen erzielt, um die Kosten des Betriebs ab Januar 2016 zu senken.

Soweit möglich, wurden auch weitere Preisanpassungen umgesetzt.

Für die Jahre 2016 und 2017 wurde eine Planung unter Berücksichtigung der o.g. Punkte, absehbarer Entwicklungen (u.a. Personal, Änderungen im ElektroG) sowie einer leicht erholtten Marktlage erstellt.

Bei Eintreten der geplanten Annahmen kann ab Mitte 2016 mit einer Stabilisierung und positiven Monatsergebnissen gerechnet werden.





## **8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine**



## 8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2016

| Bezeichnung                                                         | Beitrag 2016 |
|---------------------------------------------------------------------|--------------|
| Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter                            | 55,00 €      |
| Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt                   | 172,00 €     |
| Bildungsforum Mengerskirchen                                        | 12,00 €      |
| Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn                       | 100,00 €     |
| Deutsche Burggenvereinigung Braubach                                | 52,00 €      |
| Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.                               | 77,00 €      |
| Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. | 423,00 €     |
| Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg                             | 30,00 €      |
| Deutscher KinderschutzbScheund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.  | 50,00 €      |
| Deutscher und Hessischer Landkreistag                               | 83.536,00 €  |
| Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge               | 746,46 €     |
| Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht                | 2.839,00 €   |
| Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.       | 125,00 €     |
| DJH Deutsche Jugendherberge Hauptverband e.V., Detmold              | 511,00 €     |
| Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)                        | 154,00 €     |
| Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.                        | 50,00 €      |
| Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.                         | 300,00 €     |
| Förderverein Tiergarten Weilburg                                    | 30,00 €      |
| Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.    | 102,00 €     |
| Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum     | 511,29 €     |
| Hessischer Heimatbund e.V.                                          | 36,00 €      |
| Höhlenverein Kubach e.V.                                            | 15,00 €      |
| International Police Association                                    | 25,00 €      |
| KAV - Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen                          | 4.248,57 €   |
| Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung          | 4.440,96 €   |
| Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.                            | 100,00 €     |
| Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar                                     | 12,27 €      |
| Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.     | 30,68 €      |
| Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.                                   | 102,26 €     |
| Rat der Gemeinden Europas                                           | 1.026,00 €   |
| RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik      | 50,00 €      |
| Schutzgemeinschaft Deutscher Wald                                   | 25,00 €      |
| Streuobstroute                                                      | 250,00 €     |
| THW Limburg                                                         | 460,16 €     |

|                                                                    |                     |
|--------------------------------------------------------------------|---------------------|
| THW Weilburg                                                       | 460,16 €            |
| Tierschutzverein Limburg                                           | 102,26 €            |
| Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt                       | 2.295,00 €          |
| Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.                | 50,00 €             |
| Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V. | 25,00 €             |
| Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.                           | 102,26 €            |
| Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar                      | 52,00 €             |
| Verein „Weltladen Regenbogen“ e.V. Weilburg                        | 1.500,00 €          |
| Verein „Eine-Welt-Laden“ Limburg                                   | 1.500,00 €          |
| vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.           | 300,00 €            |
| Weilburger Bürgergarde                                             | 30,68 €             |
| Weilburger Schlosskonzerte                                         | 1.000,00 €          |
| Westerwaldverein                                                   | 60,00 €             |
|                                                                    | <b>118.128,79 €</b> |

**Bei den nachstehend aufgeführten Gesellschaften, Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in Gesellschafterversammlungen bzw. Vorständen mit:**

**Dt. Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.**

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Mitgliederversammlung

**Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e. V.**

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Mitgliederversammlung

**Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen e. V.**

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Mitgliederversammlung

**Förderverein Tiergarten Weilburg**

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) Mitglied im Vorstand

**Jugendhilfe Limburg-Weilburg e. V.**

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Vereinsvorstand

**Kindersozialstiftung des Landkreises Limburg-Weilburg e. V.**

Manfred Michel (Landrat) Vorstandsvorsitzender

**Kreismusikschule Limburg e. V.**

Karl Nießler/ Peter Rompf (Kreistagsmitglieder) Mitglieder im Kuratorium  
 P... ..  
 V... ..  
 R... ..  
 Jürgen Dumeier (Kreisbeigeordneter) Vorstand Förderverein

**Kreismusikschule Oberlahn e. V.**

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)

Mitglied im Vorstand

**Lebenshilfe Limburg Diez e. V.** (vormals: LH für Menschen mit geistiger Beh. Limburg e.V.)

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied im Vorstand

**Lebenshilfe Limburg gGmbH**

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied im Vorstand

**Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg**

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitgliederversammlung

**Lebenshilfe Wohnen gGmbH**

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied in Gesellschafterversammlung

**Präventionskommission Limburg-Weilburg**

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Schifführer

**Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e. V.**

Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)

Vorsitzender

**Regionalversammlung Mittelhessen e. V.**

Martin Richard

Bernd Hartmann (Stellvertreter)

Thomas Scholz

Horst Kaiser (Stellvertreter)

Helmut Jung

Wolfgang Lippe (Stellvertreter)

Dr. Frank Schmidt

Kerstin Weyrich (Stellvertreterin)

Tobias Kress

Dr. Klaus Valeske (Stellvertreter)

Wolfgang Erk (bis November 2016)

Christian Radkovsky (bis November 2016)

Sabine Häuser-Eltgen (bis November 2016)

Mitglieder

**Verein Komitee für Nothilfe**

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Vorstandsmitglied qua Amt

**Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.**

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Schifführer



## 8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.



### Unternehmensportrait

**Adresse:** Schiede 43, 65549 Limburg

**Homepage:** [www.wfg-limburg-weilburg-diez.de](http://www.wfg-limburg-weilburg-diez.de)

**Rechtsform:** eingetragener Verein

**Mitglieder** **Landkreis Limburg-Weilburg**  
19 Städte und Gemeinden des Landkreises  
Verkehrs- und Verschönerungsvereine  
Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

**Gründungsjahr:** 14.01.1980

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

#### **Gegenstand des Unternehmens:**

Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

### Organe des Unternehmens:

**Mitglieder:** Landkreis Limburg-Weilburg, 19 Städte und Gemeinden des Landkreises, Verkehrs- und Verschönerungsvereine, Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

**Vorstand:** Manfred Michel, Landrat (Vorsitzender)  
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister (stellv. Vorsitzender)  
sowie weitere sieben Beisitzer

**Geschäftsführer:** Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH, Schiede 20, 65549 Limburg

|                        |                              |                           |
|------------------------|------------------------------|---------------------------|
| <b>Jahresergebnis:</b> | Gesamteinnahmen              | 80.212,94 €               |
|                        | Gesamtausgaben               | <u>86.260,40 €</u>        |
|                        | <b>Mindereinnahmen</b>       | <b>6.047,46 €</b>         |
|                        | Bestand aus 2015             | <b><u>38.086,46 €</u></b> |
|                        | <b>Bestand am 31.12.2016</b> | <b><u>32.039,00 €</u></b> |

**Prüfungsbehörde:** Revision des Landkreises Limburg-Weilburg

**Beitrag des Landkreises:** 2006: 50,000 €  
2007: 52.000 €  
2008: 53.443 €  
2009: 50.000 €  
2010: 56.516 €  
2011: 56.601 €  
2012: 57.665 €  
2013: 57.665 €  
2014: 58.391 €  
2015: 59.187 €  
2016: 60.281 €

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

### **Bezüge**

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.



## Haushalts – Werbeplan

| <b>Haushalts- und Werbeplan 2016</b>         |                            |
|----------------------------------------------|----------------------------|
| Bankbestände aus dem Vorjahr (ca.)           | <b>PLAN</b><br>51.000,00 € |
| <b>I. Einnahmen</b>                          |                            |
| Mitgliedsbeitrag Kreis                       | 59.187,00 €                |
| Sonstige Mitgliedsbeiträge                   | 1.600,00 €                 |
| Sonstige Erträge                             | 100,00 €                   |
| Kostenstelle LAWA                            | 5.045,40 €                 |
| Summe:                                       | <u><u>116.932,40 €</u></u> |
| <b>II. Ausgaben</b>                          |                            |
|                                              | <b>PLAN</b>                |
| Beitrag Hessischer Tourismus Verband e.V.    | 2.600,00 €                 |
| Beitrag Lahntal Tourismus Verband e.V. (LTV) | 41.000,00 €                |
| Beitrag Taunus Touristik Service e.V. (TTS)  | 1.500,00 €                 |
| Beitrag Westerwald Gäste Service e.V. (WTS)  | 1.100,00 €                 |
| Sonstige Ausgaben LTV                        |                            |
| Sonstige Ausgaben TTS                        |                            |
| Sonstige Ausgaben WTS                        |                            |
| Kostenstelle LAWA                            | 5.045,40 €                 |
| Vergütung GF                                 | 7.070,00 €                 |
| Werbung / Marketing / Infrastruktur etc.     | 58.617,00 €                |
| Summe:                                       | <u><u>116.932,40 €</u></u> |

### Rechtliche und wirtschaftliche Daten

|                       |                      |
|-----------------------|----------------------|
| Rechtsform:           | eingetragener Verein |
| Gründungsdatum:       | 1980                 |
| Sitz:                 | Limburg              |
| Vereinsregister-Nr.:  | VR 491               |
| Gesellschaftsvertrag: | -                    |
| Gesellschafter:       | -                    |



---

## 8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.

---



### Unternehmensportrait für das Jahr 2015

**Adresse:** Diezer Straße 35, 65549 Limburg

**Homepage:** [www.vhs-limburg-weilburg.de](http://www.vhs-limburg-weilburg.de)

**Rechtsform:** eingetragener Verein

**Gründungsjahr:** Zusammenschluss 1974

#### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks:**

In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltansichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

#### **Gegenstand des Unternehmens:**

Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

### Organe des Unternehmens

|                 |                        |                                |
|-----------------|------------------------|--------------------------------|
| <b>Vorstand</b> | Günther Schmitt        | 1. Vorsitzender                |
|                 | Silvia Scheu-Menzer    | 2. Vorsitzende                 |
|                 | Christine Bischof      | Beisitzerin                    |
|                 | Landrat Manfred Michel | Beisitzer                      |
|                 | Heinz Pfeiffer         | Beisitzer                      |
|                 | Dr. Frank Schmidt      | Beisitzer                      |
|                 | Bruno Götz             | Beisitzer                      |
|                 | Burkhard Seyffert      | Beisitzer                      |
|                 | Heinz Valentin         | Beisitzer                      |
|                 | Joachim Veyhelmann     | Beisitzer                      |
|                 | Winfried Weißmüller    | Beisitzer                      |
|                 | Michael Schneider      | Direktor                       |
|                 | Dr. André Hahn         | Leiter d. Hauptstelle Weilburg |

## Unternehmensdaten für das Jahr 2016

| <b>Einnahmen:</b>                     | <b>Euro</b>             |
|---------------------------------------|-------------------------|
| Teilnehmergebühren                    | 1.537.324               |
| Studienreisen                         | 210.655                 |
| Vermischte Einnahmen                  | 73.124                  |
| Kreiszuschuss                         | 301.291                 |
| Personalkostenzuschuss Land Hessen    | 139.634                 |
| Mitgliedsbeiträge                     | 44.303                  |
| Sonstige Zuschüsse                    | 5.281                   |
| Einnahmen ESF u. Hessencampusprojekte | 429.916                 |
| Überschuss aus dem Vorjahr            | 12.594                  |
|                                       | <b><u>2.754.122</u></b> |

| <b>Ausgaben:</b>                          | <b>Euro</b>             |
|-------------------------------------------|-------------------------|
| Honorare und sonstige personelle Ausgaben | 964.802                 |
| Dienstbezüge                              | 769.232                 |
| Werbung                                   | 60.738                  |
| Reisekosten                               | 71.798                  |
| Sonderveranstaltungen                     | 15.666                  |
| Studienreisen                             | 194.768                 |
| Lehr- und Lernmittel                      | 8.519                   |
| Ausgaben ESF und Hessencampusprojekte     | 233.974                 |
| Geschäftsbedarf/Erwerb von Geräten        | 177.469                 |
| Anbau und Unterhaltung der Gebäude        | 53.678                  |
| Mieten                                    | 58.760                  |
| Rücklage Personalkosten                   | 7.200                   |
|                                           | <b><u>2.616.604</u></b> |

| <b>Kennzahlen:</b>   | <b>2016</b> | <b>2015</b> | <b>2014</b> | <b>2013</b> | <b>2012</b> |
|----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Kurse                | 1.733       | 1.772       | 1.874       | 1.695       | 1.657       |
| Teilnehmer           | 22.381      | 22.459      | 22.856      | 21.596      | 20.693      |
| Unterrichtseinheiten | 40.162      | 43.108      | 40.412      | 40.099      | 38.070      |

## **Impressum**

**Herausgeber:** Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg  
Schiede 43  
65549 Limburg  
Telefon 06431/296-0  
06431/296-235

**Ansprechpartner:** Landrat Manfred Michel  
Amt für Finanzen und Organisation  
- FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen -

**Redaktion:** Amt für Finanzen und Organisation  
-FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen-

**Druck:** Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei

**Stand:** 31.12.2016